

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Mit spitzer Schnauze

Zum 120. Mal bieten wir Euch den „RotFuchs“ an. Er erscheint also seit zehn Jahren. – Da es zur Sache gehört, will ich ein Detail offenbaren: Im Dezember 1997 kam ich mit einer Fraktur in ein Berliner Klinikum. Der mich operierende portugiesische Oberarzt fragte – meine Sprachkenntnisse berücksichtigend –, ob ich mit einem Landsmann von ihm das Krankenzimmer teilen würde. Wie sich herausstellte, war der ein katholischer Priester. Doch wir hatten eine gute Zeit, übten uns in Toleranz und führten einen lebhaften Dialog. Einer trage des anderen Last ... Mein Gedankenaustausch mit dem recht konservativen Bettnachbarn erinnerte mich an diesen großartigen DDR-Film. Auch hier ging es ja um die Verständigung zwischen sehr verschiedenen denkenden Menschen.

Damals kam ich auf so manche Idee. Auch darauf, eine Zeitung ins Leben zu rufen, die dem gegnerischen Angriff die Stirn bieten, Positives aus der DDR bewahren und in die Zukunft weisen sollte. Als es soweit war, nannten wir sie „RotFuchs“. Der RF wurde bei der DKP-Gruppe Berlin-Nordost angesiedelt. Er sorgte für einigen Wirbel. Mancherorts stieß er auf Widerspruch, andererseits auf positive Resonanz. Wir traten für eine Legierung aus ost- und westdeutschen Kampferfahrungen ein, bezeichneten die DDR ungeachtet ihrer Defizite als die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung, nannten die zur „Wende“ verklärte Konterrevolution beim wahren Namen und setzten uns für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Basis ein. Die Zeit war dafür reif.

Das uns anfangs stärkende Korsett einer Parteigruppe wurde bald zu eng. Wir beschlossen deshalb, unabhängig von Parteien weiterzumachen, und gründeten für die Herausgabe des Blattes einen Förderverein. Er ist heute eine der politischen Bildungszentralen in Deutschland – wohl die einzige marxistische.

Unsere 21 000-köpfige Leserschaft ist bunt gemischt. Sie besteht vor allem aus der Sache treu gebliebenen Anhängern der Linkspartei, jetzt Parteilosen, Genossen der DKP und der KPD, in Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbänden Aktiven, früheren Mitgliedern aller DDR-Blockparteien, linken Christen und Sozialdemokraten auf der Linie Oskar Lafontaines.

Seit der ersten Nummer des RF, die schon lange in der exzellenten Berliner Druckerei „Bunter Hund“ hergestellt wird, haben wir rund 4000 Beiträge zu

aktuellen, historischen, ökonomischen, philosophisch-ideologischen, außenpolitischen und kulturell-feuilletonistischen Themen veröffentlicht. Die Zahl unserer Artikel- und Leserbriefschreiber geht in die Tausende. Nur wenige Namen stehen im Impressum.

Als der RF geboren wurde, zählten zu seinen ersten Mitstreitern zwei herausragende Kommunisten: Karl-Eduard von Schnitzler – unser Kled – und der DDR-Kundschafter im Brüsseler NATO-Hauptquartier Rainer Rupp. Seine Artikel kamen direkt aus dem Gefängnis.

Zu jenen, welche sich schon an die frühen Leser wandten, gehörten Eberhard Bock, Erich Buchholz, Wolfgang Clausner, Werner Döring, Gerhard Feldbauer, Walter Florath, Kurt Gossweiler, Hans-Dieter Hesse, Werner Hoppe, Ulrich Huar, Dieter Itzerott, Eike Kopf, Bernhard Majorow, Wolfgang Metzger, Frank Mühlefeldt, Norbert Paulig, Hartwig Strohschein, Herbert Thomas, Rolf Vellay u. a. Eine Riesenarbeit bewältigten Lena und Kurt André. Als Redaktionssekretär war Bruni Steiniger von Beginn an dabei.

Die Träger klangvoller Namen wie Peter Hacks, Eberhard Esche, Dieter Noll, Gerhard Bengsch und Kurt Schwaen wußten die kleine Zeitung mit der großen Ausstrahlung stets zu schätzen. Natürlich sind wir allen heutigen Autoren dankbar und eng verbunden.

Was wäre der „RotFuchs“ ohne seine künstlerischen Mitarbeiter, ohne Arno Fleischers Titelkopf, ohne Klaus Parches Grafiken, ohne Beiträge von Karlheinz Effenberger, Heinz Herresbach, SHAHAR und weiteren Illustratoren. Wenn man vom RF spricht, denkt man auch an den Layouter Egon Schansker, den Korrektor und Kulturredakteur Wolfgang Metzger, die Internetbetreuerin Sylvia Feldbinder. Nicht zu vergessen: die Verwalter unserer Finanzen Roswitha und Jürgen Thiele. Viele tausend Exemplare werden Monat für Monat etikettiert, verpackt und auf den Weg gebracht. Etwa 30 Genossinnen und Genossen zwischen 23 und 83 leisten gemeinsam mit Armin Neumann, Sonja Brendel und Hans Ludwig diese Arbeit. Die Post geht in 27 Länder.

Der Förderverein verfügt im Osten über intakte Strukturen. Sie reichen von der Küste bis ins Erzgebirge. Auch im Westen wächst unsere Anhängerschaft ständig. Das Fazit: Der „Fuchs“ kommt langsam in die Jahre. Dabei behält er seine blanken Zähne, seine scharfen Krallen und seine spitze Schnauze. Mit ihr kann er bei Bedarf gehörig zubeißen. Was mit jeder neuen Ausgabe bewiesen wird.

Klaus Steiniger



INHALT

Der Schoß ist fruchtbar noch	S. 2
Viele Räder standen still	S. 3
Zwischenruf	S. 3
München: Grandiose Oktoberfeier	S. 4
Wortmeldung aus Montpellier	S. 4
Debatte über ein umstrittenes Thema	S. 5
Wie Lenin die Akzente setzte	S. 5
Profitjagd als Haupttriebkraft des Systems	S. 6
Wider die Mär vom humaneren und reformierbaren Kapitalismus	S. 7
Leserbrief an die „Sächsische Zeitung“	S. 7
DDR: Hippokrates-Eid strikt eingehalten	S. 8
Prioritäten linker Gesundheitspolitik	S. 8
Herr Mohr hat seine Schuldigkeit getan	S. 9
Ein alter Hut aus Birthlers Kleiderschrank	S. 9
Unter die Räuber gefallen	S. 10
50 Jahre Revanchistenbrühe	S. 11
Warum mir der Kragen geplatzt ist	S. 12
Ideologiefrei?	S. 12
Gedanken zum Feminismus	S. 13
Inskript für ein Monument	S. 13
Wie uns das Fell abgezogen wird	S. 14
Hochkonjunktur für Statistikfälscher	S. 14
„Anti-Leide“ über Leides Leid	S. 15
Der fehlgeleitete Kohlezug	S. 16
■ Offener Brief an die Görlitzer Stadtoberen	RF-Extra I
■ Bekenntnisse Walter Victors	III
Wie die Ideologie-Wächter eingeschlafert wurden	S. 17
Das Minsker Treffen	S. 18
Ökonomen tagten in Hamada (Japan)	S. 18
Was brachte der XVII. Parteitag der KP Chinas?	S. 19
Bilder einer Flußreise	S. 20
Bolivien: Risiko eines Staatsstreichs	S. 21
Ungarn: KP-Führer verurteilt	S. 21
Athen: Der rote Stadtrat von Kalithea	S. 22
Brasilien Lula zwischen zwei Feuern	S. 23
„Krasnaja Swesda“ – Erinnern an Markus Wolf	S. 23
Teufel im Engelsgewand	S. 24
Philip Agee lebt in Kuba	S. 25
Der Beweis	S. 25
Jenseits der Grenze des Erträglichen	S. 26
Gerhard Branstners moderate Bilanz	S. 27
Günter Görlich zum Achtzigsten	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Vor 75 Jahren brachte das deutsche Kapital Hitler an die Macht Der Schoß ist fruchtbar noch ...

Am 30. Januar 1933, vor 75 Jahren, Aernannte und vereidigte der greise Reichspräsident Feldmarschall Paul von Hindenburg den „Gefreiten des ersten Weltkrieges“ und Führer der NSDAP Adolf Hitler zum Reichskanzler. Dieses Ereignis hatte fürchterliche Folgen für die Weltgeschichte, die bis heute nachwirken. Es ist deshalb kein Wunder, wenn um die Frage „Wie konnte es geschehen?“ heftig gestritten wird.

Hitler pries anfangs die „nationalsozialistische Revolution“, die er 1934 anlässlich des sogenannten Röhm-Putsches für beendet erklärte. Manche sprechen sogar von einer „legalen Revolution“, der im März 1933 noch die letzten „freien Wahlen“ gefolgt seien. Besonders häufig ist von der „Machtergreifung“ Hitlers die Rede. Dieser Begriff reduziert das Geschehen auf dessen veränderte Stellung und täuscht Machtveränderungen vor. In Wirklichkeit haben die bisher Herrschenden – ob in der Finanzwelt (Schacht, Abs), der Industrie (Krupp, Flick, Stinnes), der revanchelüsteren Generalität und im „Überbau“ (auch den Großkirchen) – Hitler auf den Kanzlerstuhl gehievt, damit die imperialistischen Machtverhältnisse nicht in Frage gestellt werden konnten. Wer den Neofaschismus von heute wirksam bekämpfen will, sollte auf zwei Erkenntnisse nicht verzichten:

Erstens: Es waren die deutschen Industriekapitäne und Finanzgewaltigen, die mit Hitler im November 1932 und im Januar 1933 die gemeinsamen Ziele berieten, die ihn zum Favoriten für die Kanzlerschaft in der krisengeschüttelten Republik machten: Hitler versprach, mit eiserner Hand gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen, und verhielt ein außenpolitisches Revancheprogramm, das Rüstungsgewinne und ökonomische Expansion zusicherte. Diese geheimen Absprachen sind seit langem dokumentiert und lagen den Prozessen in Nürnberg zugrunde. Sie sind in den Reden der USA-Chefankläger nachzulesen und von aktueller Bedeutung. Daß fast alle Generale Hitler begeistert folgten, ist ebenfalls nachgewiesen. Sie hatten die schon seit 1923 konspirativ betriebene Wiederaufrüstung, die Hitler forcierte und die im Zweiten Weltkrieg den deutschen Sieg möglich zu machen schien, gefeiert. Die Fakten widerlegen die verleumderische Behauptung, die Politiker um Adenauer ebenso verbreitet haben wie konservative Historiker vom Typ eines Ernst Nolte: Der von ihnen als Nationalsozialismus bezeichnete Hitlerfaschismus sei eine natürliche Reaktion auf die „kommunistische Gefahr“ gewesen. Mit dieser These sollen indirekt die Kommunisten, die schon vor 1933 vor dem Machtantritt der Nazis gewarnt haben, zu den Hauptschuldigen gestempelt werden, obwohl sie die heftigsten Gegner sowie

die ersten und zahlreichsten Opfer der Faschisten waren.

Es bleibt dabei: Wer die Ursachen von Faschismus und Krieg sucht, muß mit dem Finger auf die Mächte des Kapitals zeigen.

Zweitens: Es gibt keinen Grund, hinter den Erkenntnisstand des VII. Weltkongresses der Komintern in Moskau 1935 zurückzugehen, auf dem Georgi Dimitroff den „Faschismus an der Macht“ als „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ definierte. So ist der deutsche Faschismus in die Geschichte eingegangen. So hat er die Völker Europas unterjocht, so wurde Auschwitz zu seinem Synonym, der Völkermord zum System.

Durch einen Präsidentenerlaß Roman Herzogs wurde festgelegt, daß der „Opfer

Epilog

Ihr aber lernet, wie man sieht, statt stiert
Und handelt, statt zu reden noch und noch.
So was hätt einmal fast die Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Daß keiner uns zu früh da triumphiert –
Der Schoß ist fruchtbar noch,
aus dem das kroch!

AUS: BERTOLT BRECHT

„Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“

des Nationalsozialismus“ zu gedenken sei. Dieses kann positive Wirkung haben, aber mit dem Erlaß wurde der Begriff Faschismus offiziell durch den Begriff Nationalsozialismus ersetzt. Dagegen sind schwerwiegende Bedenken anzumelden.

Den Begriff Nationalsozialismus erfanden die Faschisten zur Tarnung ihrer Ziele und zur Täuschung der Massen. Mit ihm wurde es möglich, sozialistische Politik und Tradition (sogar Liedgut) zu mißbrauchen. Wenn Antifaschisten sich auf dieses Spiel einlassen würden, ergäbe sich, daß sie „Antinationalsozialisten“ sein müßten. (Übrigens: Eine der Todsünden der DDR soll laut Schäuble ihr „verordneter Antifaschismus“ gewesen sein.)

Nie darf aus dem Gedächtnis der Völker gelöscht werden, daß die Sowjetunion die Hauptlast der Antihitlerkoalition im Kampf gegen den Faschismus getragen hat. Und nie darf vergessen werden, daß der Schwur von Buchenwald lautete: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

An den 30. Januar 1933 und seine Folgen zu erinnern, verlangt zu prüfen, wie deutsche Politiker mit diesem Datum umgehen. Zunächst: Die BRD erhob nicht nur staatsrechtlich den Anspruch, „Rechtsnachfolger des Dritten Reiches“ zu sein. Jene bürgerlichen Reichstagsabgeordneten, die im März 1933 dem „Ermächtigungsgesetz“, also der „legalen“ Installation der Hitlerdiktatur zustimmten, gelangten nach 1945 wieder an die Schalthebel der politischen Macht. Symbol für sie war der erste Bundespräsident Theodor Heuss. Die personelle Kontinuität verkörperten auch Globke, Gehlen, Heusinger, Kiesinger, Filbinger und viele andere, die Hitler gedient hatten und nun in der BRD Spitzenränge einnahmen.

Seit 1945 wurden nur in der DDR jene demokratischen Umwälzungen vollzogen, welche auch SPD, CDU und Gewerkschaften anfangs für notwendig gehalten hatten. Seit 1990 erfolgte auch im Osten unter der Piratenflagge „Wiedervereinigung“ die Restauration alter Eigentums- und Machtverhältnisse, die Hitler nötig und möglich gemacht haben.

Zweifelloos: Die Bourgeoisie ist so fest etabliert, daß sie (bis jetzt) völkerrechtswidrige Kriege zur Verteidigung angeblicher deutscher Interessen ohne nennenswerten Widerstand führen kann. Dabei ist nebensächlich, ob mit der rot-grünen Koalition, die das Signal setzte, oder der großen Koalition unter Kanzlerin Merkel. Braune Uniformen sind vorerst unmodern, NATO-Kampfanzüge hingegen unentbehrlich.

Die staatlich verordnete Verleumdung der DDR-Geschichte ist ein Indiz dafür, daß der Satz Johannes R. Bechers noch aktuell ist: „Die Furcht vor der proletarischen Revolution ist die tiefste Wurzel, aus der die faschistische Despotie entspringt, aus welcher die terroristischen Handlungen und die mystischen Ideologien der Faschisten sich ableiten.“ Diese Feststellung hat sich weltweit bestätigt.

Inzwischen liegen Untersuchungen wie jene von Wolfgang Richter vor, welche die internationale Faschisierung im Schatten der USA-Politik analysieren. Auch in Deutschland erfolgen der Abbau demokratischer Rechte und die Sammlung der Rechtsextremisten nicht nur in der NPD. Unter dem Titel „Wer faschisiert die BRD?“ schrieb Klaus Steiniger in einem Leitartikel des RF: „Der Königsweg der Faschisierung aber führt durch die Institutionen. Man trägt Nadelstreifen und kommt durch die Vordertür. Die Hülle der bürgerlichen Demokratie – das Dekor von Parteien und Parlament – bleibt erhalten.“

Der 75. Jahrestag des 30. Januar 1933 muß Anlaß sein, die Lehren aus Krieg und Faschismus auf die Gegenwart anzuwenden.
Prof. Dr. Horst Schneider

In den Abendnachrichten von WDR II hieß es viele Stunden nach dem Ende des GDL-Streiks: „Die Bundesbahn setzt zusätzliche Kräfte ein, um Hunderte im Lande steckengebliebene Güterzüge zu ihren Bestimmungsorten zu bringen.“ Dazu paßte die Aufgeregtheit der politischen Prominenz, von Merkel über Tiefensee bis Beck. Durch die Feinde starker Gewerkschaften wurde auf einmal unisono die Tarifeinheit beschworen. Man beklagte unermeßliche Schäden für die „prosperierende Wirtschaft“ landein und landab, bezichtigte die GDL voller Entrüstung und im Brustton der Überzeugung der Sabotage. Mit anderen Worten: Das Kapital und dessen Politiker – von CDU bis SPD – fühlten sich ins Mark getroffen.

Irgendwie wirkte das ganze Theater aufgesetzt, wie es sich für eine Schmierenkommödie gehört. Man fragt sich unwillkürlich: Wozu dieser ganze Aufwand, wenn eine angeblich kleine Separatistengewerkschaft, der nur ein geringer Prozentsatz der Lokführer angehören soll, ihre schwachen Muskeln spielen läßt? Noch dazu wird sie von einem Mann geführt, der viel lieber zur Kur fährt, als sich vor Ort um die Dinge zu kümmern. Süffisant hat man Schells Erholungsaufenthalt ins Spiel gebracht, um den GDL-Vorsitzenden zu diskreditieren.

Daß der von Schröder erfundene Herr Mehdorn, als seine Bahn in solcher Gefahr war, mit Frau Merkel herumreiste und sich schon als der künftige Welt-Logistikmanager vorkam, entging den ultrademokratischen Meinungsmachern gänzlich. Was hat die Damen und Herren Sozialbetrüger mit zur Schau gestelltem pseudosozialem Gehabe derart aufscheucht? Welche Trümpfe besitzt die GDL, wie gelang es ihr, den abgebrühten Konzernboß Mehdorn in seiner ganzen Unbedarftheit und Ignoranz vorzuführen, so daß sich die gesamte Lohnräuberriege zum Rückzug genötigt sah? Dabei stellte sie sich demonstrativ vor den handzahn Transnet-Vorsitzenden Norbert Hansen und DB-Aufsichtsrat Werner Müller, heute einer der großen Energie-Profitere Deutschlands. Er war nur kurzzeitig bereit gewesen, ein Gastspiel als Bundeswirtschaftsminister zu geben.

Um das Ganze zu verstehen, muß man anhand von Mehdornschen Sachentscheidungen nachweisen, daß der weder seiner Aufgabe als Bahnchef noch als Unternehmer gerecht wird.

Ich hole etwas aus – aber keine Angst, nur kurz: Ein kaiserliches Ziel des Ersten Weltkrieges war die Inbesitznahme des Hafens Antwerpen durch Deutschland und die Errichtung einer direkten Verkehrsverbindung dorthin über den belgischen Güterbahnhof Montzen. In Aachen sollte sie an das deutsche Netz angeschlossen werden. So war es nur

Wie ein Streik den Lebensnerv des deutschen Imperialismus traf Viele Räder standen still ...

logisch, daß man noch 1914, nach der Einnahme Belgiens, damit begann, das fehlende Glied dieser Kette durch den Bau des gewaltigen Viadukts von Morsnet zu schaffen. Der deutsche Teil der Strecke führte durch den Gemmenicher Tunnel, der um 1880 gebaut worden war. Solange Dampflokomotiven die Szene beherrschten, reichte die eigentlich viel zu enge Röhre aus. Dann aber übernahmen Elektroloks, welche nicht hineinpaßten, die Traktion.

Die Zeiten, in denen der derzeitige GDL-Vorsitzende Schell seiner Lok in Montzen die Sporen gab, sind lange her. Heute wie

Hätte sich die GDL ohne eigenen Tarifvertrag nur darauf beschränkt, soviel Geld zu scheffeln, wie man kriegen konnte, dann wäre sie auf Mehdorns Niveau herabgesunken. Der wollte den Arbeitskampf nämlich nur abwürgen, um die Privatisierung und „Börsenfähigkeit“ der Bahn nicht zu gefährden oder zu „beschädigen“. Um das Unternehmen meistbietend an den Mann bringen zu können, brauchte der Bahnchef niedrigstmögliche Löhne und Gehälter des Personals. Die GDL aber hatte von Beginn an ein gewichtiges Pfund in der Hand, was ihr niemand anderes als Mehdorn verschaffte. Sie wäre



„Streik! Nach 20 Jahren trittst Du in den Streik! Weil Du um ein paar schöne Dollar unterbezahlt bist! Kennst Du denn keine Loyalität, Mutter!“ Aus: „The Guardian“, Sydney

damals aber geht die Hauptschlagader des deutschen Ex- und Imports durch das Nadelöhr des Gemmenicher Tunnels nach Antwerpen. Und so werden bis in unsere Tage alle Güterzüge nach Antwerpen zum Bahnhof Aachen-West dirigiert. Dort stellt man neue Züge zusammen, die dann mit uralten Dieselloks sowjetischer, belgischer und deutscher Baureihen lautstark zum „Vergnügen“ der Anwohner durch den Tunnel nach Montzen geschleppt werden.

Selbst als der große Streiktermin im November heranrückte, interessierte sich Bahnchef Mehdorn offensichtlich nicht für diese Sollbruchstelle in seinem ohnehin brüchigen System. Wozu auch, als politischer Kostgänger Schröders war ihm Deckung aus der voll auf Kapitallinie liegenden SPD sicher.

Daß Schell ausgerechnet seinen Enkel in Aachen besuchte, hatte scheinbar nichts zu bedeuten. Auffällig war jedoch, daß fast sofort nach Streikbeginn kein Zug mehr nach Montzen fuhr. Der Bahnhof Rote Erde war ruck, zuck vollgefahren. Dort herrschte ein unbeschreibliches Chaos. Die vielen Züge in Richtung Antwerpen mußten überall dort angehalten werden, wo man eine der durch die Mehdornsche Kahlschlagspolitik rar gewordenen Ausweichstellen fand.

keine Gewerkschaft, wenn sie die sich bietende Chance nicht voll genutzt hätte. Anderenfalls würde sie nicht mehr wert sein, als die von Reformisten und Anpassern geführten meisten Gliederungen des DGB.

Eberhard Wendt, Kelmis (Belgien)

Zwischenruf

Wenn „die da oben“ von dem „einen Boot“ sprechen, in dem angeblich „wir alle“ sitzen, ist höchste Vorsicht geboten. Zum Beispiel, wenn die sächsische Wirtschaftsförderung unter www.invest-in-saxony.de damit prahlt, was „uns Sachsen“ auszeichnet: „unsere Pffiffigkeit und Flexibilität“. Und „wir Sachsen arbeiten auch engagierter als unsere deutschen Nachbarn – 62 Stunden mehr pro Jahr zum Beispiel. Erfolgsorientiert und pragmatisch sind wir auch bei der Einigung auf flexible, unternehmensbezogene Tarif- und Arbeitszeitmodelle“ – bei angeblich minimaler Tarifbindung und niedrigem gewerkschaftlichem Organisationsgrad. Daß die abhängig Beschäftigten in Sachsen solcherlei Wir-Gefühl teilen, sei heftig bezweifelt. Der peinlich-anbiedernde Text stammt garantiert von einem Werbefachmann aus dem Westen.

Henrik Müller
Aus „ver.di News“

Chinesische Weisheit

Mich rührt der Heros nicht, unendlich hart –
mich rührt der Mensch, der seinen Stolz bewahrt,
nicht der, der hoch auf fremden Rücken steigt,
mich rührt, wer auch im Elend sich nicht beugt.

TAO YUAN-MING (372–427)

Grandiose Oktoberfeier in München

Am 9. November kamen gut 300 Menschen ins ausverkaufte Kulturhaus Milbertshofen im Münchner Norden zu einer Oktoberrevolutionsfeier der DKP. Zwei junge Kommunisten, Lisa und Kerem, stellten sich als „Zeitzeugen des nächsten Roten Oktober“ vor und führten durch das Programm. Die Eröffnungsworte sprach Hanne Hiob, die greise Tochter Bert Brechts. In dessen Worten forderte sie dazu auf, „das Unrecht auch mit schwachen Kräften zu bekämpfen“.

Der marxistische Philosoph und Universalgelehrte Prof. Hans Heinz Holz betonte in seinem Vortrag, die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917 habe das letzte Kapitel des zum Untergang bestimmten Kapitalismus eingeleitet. Zu Lenins Zeiten sei erstmals die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der gesamten Machtstruktur

der bürgerlichen Klassengesellschaft erfolgt. Die Oktoberrevolution war, so Hans Heinz Holz, der Aufbruch zu einem langen Weg in eine bessere Welt. Man könne das letzte Jahrhundert als Centennium der sozialistischen Revolutionen bezeichnen, aber auch als Jahrhundert, in dem sich der Kapitalismus bis zum Faschismus hin entwickelt habe. Der von der kommunistischen Weltbewegung formulierte große politische Gegenentwurf habe aber zum Zusammenbruch der wichtigsten faschistischen Systeme geführt und dazu, daß im Kapitalismus bis heute bestimmte demokratische Rechte erhalten geblieben seien. Diese würden vom Rückgriff der Machthaber auf immer mehr faschistoide Herrschaftsformen bedroht, so daß man von einer Refaschisierung sprechen müsse. Auch daher sei die Organisierung gegen das kapitalistische System angesagt.

Den kulturellen Höhepunkt des Abends bildete die Aufführung der unvollendeten Vers-Fassung des Kommunistischen Manifests von Marx und Engels, wie sie Bert Brecht hinterlassen hat. Die Regie führte dessen Schüler Manfred Wekwerth, später Intendant des Berliner Ensembles. Die Musik schrieb der junge Berliner Komponist Fred Syman, der auch am Piano brillierte. Renate Richter und Hendrik Duryan als Sprecher sowie Torsten Adrian am Schlagzeug ernteten stürmischen Beifall. Das Publikum war begeistert und entließ die Künstler erst nach mehrmaligem Wiedererscheinen.

Für die DKP München war die Tatsache, eine so große Veranstaltung aus eigener Kraft mit Erfolg ausgerichtet zu haben, ein anspornendes Erlebnis.

**Christoph Hentschel/Jürgen Köster,
München**

Wortmeldung aus Montpellier

Bei der Lektüre der interessanten Texte zur Oktoberrevolution im „RotFuchs“ denkt man unwillkürlich an die Diskussion zum Ende der DDR, die vor ein paar Monaten dort zu lesen war.

Die Gründung der DDR basierte ja auf den Errungenschaften und Erkenntnissen der Oktoberrevolution, ihre Führer hatten sich zu ihr bekannt. Daß dies dann inhaltlich immer mehr verblaßte, ist, so hoffen wir mit Hegel, nur einer der Umwege der fortschreitenden Geschichte, aus denen wir zu lernen haben.

Den Bolschewiki stand 1917 keine mächtige Sowjetunion zur Seite, anders als den späteren Erbauern der DDR. In beiden Ländern aber wurden parallel und vom Innern der Partei heraus die kämpferischen Ideale der Oktoberrevolution allmählich deutlich abgeschwächt. Waren ihre Führer den „Mühen der Ebene“, wie Brecht sagte, auf Dauer nicht gewachsen? In einer Ebene nimmt man seine Kräfte nicht mehr zusammen. So halte ich mich lieber an das Bild von Clara Zetkin, die vom „Fegefeuer der Übergangszeit“ sprach.

Daß man noch lange nicht in der Ebene angekommen war, dafür sorgten vor allem die Westmächte, die niemals aufgehört haben, das „Fegefeuer“ tüchtig anzuzünden. Nur wurde das anscheinend immer weniger im Osten erkannt, wenigstens handelte man nicht danach. Die westlichen Wölfe hatten Kreide gefressen und ihre Tatzen mit Mehl bestäubt. Ihre Ziele aber waren die gleichen geblieben. Wir wissen heute, was von der westlichen Annäherungspolitik zu halten war. Sie hat ihre Absichten vorerst durchgesetzt.

Schon Anfang 1917 hatte es eine gewisse Vertrauensseligkeit vieler Bolschewiki gegenüber den Menschewiki und anderen bürgerlichen Kreisen gegeben. Lenin prangerte das nach der Februarrevolution an und setzte alle Anstrengungen darein, seine Leute zur Raison zu bringen. So

ist es vor allem sein Verdienst, daß aus einer antifeudalen dann eine antikapitalistische Revolution wurde. Statt auf eine Revolution in den westlichen Ländern zu warten, wie ursprünglich angenommen, hoffte er nun darauf, daß Rußlands Mission darin bestehe, der europäischen Revolution den Weg zu ebnet. Dazu mußte sie im eigenen Land gegen innere und äußere Feinde befestigt werden, was nicht ohne eine Diktatur der neuen Klasse, des Proletariats, möglich war. Das erklärt, warum Clara Zetkin die Diktatur des Proletariats als Notwehr bezeichnete. Ebenso war die Herrschaft der Jakobiner in Frankreich eine Notwehr gegen den inneren und äußeren Feind der Revolution von 1789 gewesen.

Die Oktoberrevolution hatte sich nicht nur der Armeen der Weißen und ihrer Sympathisanten zu erwehren, sondern wurde auch, was heute weniger bekannt ist, von den Entente-Mächten angegriffen. Englische Verbände landeten im Norden, amerikanische im Nordosten, dazu drangen polnische Truppen unter dem heute in Polen hochgeehrten Marschall Pilsudski im Südwesten bis Kiew vor. Natürlich strebten die inneren und äußeren Feinde danach, sich zu vereinigen. (Daran hatte sich bis 1989 nichts geändert – nur die Mittel waren andere geworden).

Allein unter der Bedingung eines entschiedenen Vorgehens bei absoluter Einigkeit bestand eine Aussicht, die Feinde zu besiegen und so die Revolution zu retten. Richard Kosolapow zitiert in seinem vom RF veröffentlichten Beitrag Lenins Wort, daß eine Revolution nur dann etwas wert sei, wenn es ihr gelingt, sich zu verteidigen. Das ist dann nicht mehr mit den sanften Mitteln christlicher Nächstenliebe zu machen, die am allerwenigsten zum Arsenal der Revolutionsgegner gehören. Dazu hat Peter Hacks gesagt: „Sinn der sozialistischen Revolution ist die Einrichtung der Welt als einer freien,

gerechten und friedlichen; jede Anwendung von Gewalt ist für sie zunächst ein Unsinn. Die klassischen Revolutionen, die französische und die russische, sind unblutig verlaufen; das Einbeziehen von Körperverletzung in die Spielregeln blieb in beiden Fällen nachträglich der Konterrevolution vorbehalten.“

Nach 1917 wurde deutlich, daß die Revolution bei dieser harten Verteidigung auf Leben und Tod gegen ihre eigentliche friedliche und volksnahe demokratische Natur ankämpfen mußte, zum Teil eben gegen das, um dessentwillen ihr die Massen des Volkes in der heroischen Anfangsphase zugelaufen waren. Nur um diesen Preis konnten die sozialen Errungenschaften der Revolution wohl auf Dauer befestigt werden (wobei man sich davor zu hüten hat, Maßnahmen der Not als grundlegende sozialistische Tugend zu installieren). Clara Zetkin weist darauf hin, daß „die proletarische Diktatur um so milder und großherziger sein kann, je stärker und befestigter die Macht des schaffenden Volkes ist, je schwächer und bedeutungsloser die Kraft seiner Feinde“. Das gilt nicht nur für den Ablauf der Revolution selbst, sondern auch für die lange Übergangsphase danach.

Einer der entscheidenden Fehler der leitenden Politiker der DDR bestand ja darin, daß sie die Kraft und vor allem die Entschlossenheit ihrer Feinde unterschätzt haben. Das ist wahr: Zur Verwaltung einer Revolution bedarf es anderer Fähigkeiten und anderer Persönlichkeiten als dazu, sie zu machen. Dennoch werden die Führer sozialistischer Staaten nicht umhin können, sich von Zeit zu Zeit nach dem Verlauf und den Erkenntnissen der ersten sozialistischen Revolution zu erkundigen. Nur so kann verhindert werden, daß eine schädliche Selbstzufriedenheit an die Stelle einer an den Anfängen orientierten Wachsamkeit tritt.

Dr. Heidi Urbahn de Jauregui

Es ist eine Binsenweisheit, daß dem Aufbau des Sozialismus ausnehmend größere Schwierigkeiten entstehen, wenn er nicht weltweit, wenigstens in den großen Industrieländern, gleichzeitig in Angriff genommen werden kann. Er muß sich dann mit einer feindlichen kapitalistischen Umwelt auseinandersetzen, muß Interventionen, Subversionen und Repressionen abwehren, muß – seiner eigenen ökonomischen Systematik zuwider – Rüstung zur Aufrechterhaltung der Abwehrkraft und des internationalen Gleichgewichts betreiben. Er muß sich im Welthandel auf den Kapitalismus einstellen. Die imperialistischen Mächte unterstützen die noch fortbestehenden Teile der Bourgeoisie in ihren Versuchen, den Übergang zum Sozialismus zu verhindern, zu stören, zu verzögern; so werden die Klassenwidersprüche im eigenen Lande geschürt.

Die Revolution in einem Lande entspricht nicht der idealtypischen Konzeption. Lenin rechnete hoffnungsvoll wenigstens mit der Anschlußrevolution in Deutschland, wenn nicht sogar in den westeuropäischen Staaten. Aber er wartete nicht darauf, als die Zeit in Rußland reif war; reif unter den besonderen Bedingungen zaristischer Mißwirtschaft und Gewalt Herrschaft, eines verlorenen Krieges, zunehmender Unzufriedenheit weiter Teile auch des Kleinbürgertums und vor allem der Bauernschaft, die die drückende Herrschaft der Großgrundbesitzer abschüteln wollte. Die Kleinbürger wären wohl mit Kerenski einverstanden gewesen; die Bauern waren es nicht (wie auch 30 Jahre später in China), und Lenin erkannte, daß nur eine Interessengemeinschaft der proletarischen Minderheit mit der großen Mehrheit der Bauern eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse würde herbeiführen können.

Hätte er warten sollen? Nein! Hätte eine halb- und kleinkapitalistische Agrarstruktur, wie sie zehn Jahre später dem Programm der Kollektivierung der Landwirtschaft entgegengesetzt wurde, den Übergang zum Sozialismus überhaupt zugelassen? Nein! Den Termin des Aufstufens zu verpassen, hätte die langfristige Konsolidierung der bürgerlichen Position bedeutet. Es mußte in einem Lande gewagt werden. Und die Klassenwidersprüche auf dem Dorf nicht zu lösen, hätte den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsstruktur verhindert. Das waren Fragen der politischen Priorität. Eines ergab sich aus dem anderen.

Aber ist die ideale Situation einer gleichzeitigen sozialistischen Revolution in den Industrieländern überhaupt real möglich und nicht nur ein Denkmuster, an dem man sich orientiert, von dem die Wirklichkeit aber immer abweicht? Unbestreitbar ist die ungleichmäßige Entwicklung der verschiedenen Länder und Regionen, auch innerhalb eines und desselben Gesellschaftstyps. Das ist nicht nur eine Erfahrungstatsache. Der Kapitalismus funktioniert nach dem Prinzip des Wettbewerbs, der Konkurrenz zwischen den Unternehmen auf dem Markt und

Debatte über ein umstrittenes Thema Sozialismus in einem Lande?

letztlich der Konkurrenz zwischen den Volkswirtschaften auf dem Weltmarkt. Konkurrenz bedeutet Verdrängung des einen Konkurrenten durch den anderen. Der Verdrängte ist der Schwächere. Unter diesen Umständen entstehen jeweils andere soziale Strukturen, Abhängigkeiten, Konflikte; ein Gefälle im allgemeinem Wohlstand, im Bildungsniveau, im Grad der Politisierung, in der Organisationsbereit-

T&P

schaft ist die Folge, und zwar keineswegs so, daß diese Differenzierungen systematisch parallel laufen, sondern auch gegenläufig sein können. So entwickeln sich die innerkapitalistischen Widersprüche nicht einheitlich. Es ist auch nicht notwendig das schwächste Kettenglied, das bricht; das Zusammentreffen vielfältiger Bedingungen muß analysiert werden.

Diese prinzipielle Ungleichmäßigkeit der Entwicklung macht es unwahrscheinlich, daß Revolutionen simultan stattfinden; allenfalls kann man unter ähnlichen Voraussetzungen Kettenreaktionen erwarten. Mit Wahrscheinlichkeit wird also ein revolutionärer Umsturz der politischen Herrschaftsverhältnisse zunächst in einem Lande stattfinden. Das ist die eigentliche Revolution im engeren Sinne des Wortes. Daran schließt sich ein langer Prozeß der Umgestaltung der Gesellschaft an, in dem sich die Veränderung der Produktionsverhältnisse, die Entwicklung

neuer Bewußtseinsinhalte und -formen, die Identifikation der Menschen mit der neuen Gesellschaft und ihre aktive Teilnahme an deren Gestaltung zum Teil nebeneinander, zum Teil zeitverschoben vollziehen. Diese Übergangszeit ist die Periode der Ausbildung neuer Demokratieformen unter Leitung der politischen Avantgarde, die die Aufgabe übernimmt, ihre eigene Rolle überflüssig zu machen. Solange Widerstände der einstigen herrschenden Klasse und Einmischungen von außen diesen Prozeß stören, bedarf es der Sicherung der neuen Ordnung, für die im klassischen Marxismus der Terminus „Diktatur des Proletariats“ gebraucht wird.

Grundsätzlich stellen sich dem Übergang zum Sozialismus die gleichen Probleme, ob er in einem Land oder überall in der Welt erfolgt. Sie verschärfen sich jedoch, wenn ein Land oder eine Ländergruppe diesen Weg zunächst allein gehen muß, weil dann die außenpolitischen Bedingungen und, beeinflusst von ihnen, die Verhärtung der inneren Klassengegensätze zusätzliche Belastungen mit sich bringen. Davon wird keine revolutionäre Bewegung verschont bleiben; und wenn sie sich nicht nach ihrem Sieg auf die Fortsetzung des Klassenkampfes einstellt verfällt sie in einen selbstzerstörerischen Revisionismus. Lenin hat das schon in den ersten Monaten nach der Oktoberrevolution ausgesprochen; seine ungetreuen Erben haben es nach vierzig Jahren vergessen.

Prof. Dr. Hans Heinz Holz
Leicht gekürzt aus: Theorie & Praxis

Wie Lenin die Akzente setzte

Prof. Dr. Gerhard Fricke untersucht die Auffassungen Lenins in verschiedenen Abschnitten der Entwicklung Sowjetrußlands „zum Aufbau des Sozialismus in einem Lande“. Dabei gelangt er zu der Feststellung, daß es falsch sei, „einen Gegensatz zwischen Weltrevolution und Aufbau des Sozialismus in der UdSSR zu konstruieren oder von einer Absage an die Weltrevolution durch den Kurs auf den Aufbau des Sozialismus zu sprechen“. Diese Aussage unterstütze ich mit allem Nachdruck.

Lenin hat m. E. nie von einer Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande oder mehreren Ländern gesprochen. Das von ihm entdeckte und formulierte Gesetz bezieht sich auf die „Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung im Kapitalismus“. In seiner Arbeit „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ widerlegt er die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Sozialdemokratie weit verbreitete Auffassung von der „Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande“. Und in diesem Zusammenhang schreibt er: „Die

Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Land möglich ist.“ Lenin spricht ganz bewußt von einer Möglichkeit und nicht von einer Gesetzmäßigkeit. Die Oktoberrevolution und der Aufbau des Sozialismus in der UdSSR bestätigten die Richtigkeit dieser Prognose.

Auch die Kommunistische Internationale befaßte sich in den 20er Jahren mit der Leninschen Auffassung. Der Anlaß dafür war die erneute Leugnung der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande durch oppositionelle Kräfte innerhalb der KPdSU, die mit dem „Argument“ auftraten, durch den technischen Fortschritt vollziehe sich eine „Nivellierung im Entwicklungsniveau der kapitalistischen Länder“, wodurch das Gesetz von der „Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung letztlich außer Kraft gesetzt“ würde.

Prof. Kurt Tiedke

Profitjagd als Haupttriebkraft des Systems

Warum sie über Leichen gehen

Vor wenigen Monaten erst richteten verheerende Waldbrände in Spanien, Frankreich, Italien, Kroatien und Griechenland furchtbare Schäden an. Allein in Kalabrien und auf Sizilien zählte man mehr als 300 Großfeuer. In Griechenland wurde der nationale Notstand ausgerufen. Die Flammen vernichteten Tausende Hektar Wald und zerstörten ganze Ortschaften. Man beklagte viele Opfer, unzählige Familien verloren ihre Existenzgrundlage. Wie sich herausstellte, handelte es sich oft um sogenannte Brandrodungen, die von Baulandspekulanten in Auftrag gegeben worden waren. Politiker wie Medien der Bourgeoisie stellen kriminelle Handlungen aus Profitgründen gerne als Ausnahmen von der Regel dar, als „Fehlverhalten schwarzer Schafe“. Das aber ist wenig glaubhaft, denn das Vorgehen der Unternehmer, gleich ob legal oder strafbar, hat stets dieselbe Grundlage: das Streben nach Profit. Die Verlockung, sich diesen, gegebenenfalls auch auf verbotene Weise, zu beschaffen, ist groß. Um so mehr, als selbst „normale“ Profiterwirtschaftung immer öfter am Rande oder außerhalb der bürgerlichen Legalität erfolgt.

Zweifellos erweist sich die Jagd nach Profit als eine Triebkraft, die in den entwickelten Industrieländern zur Anhäufung gewaltigen materiellen Reichtums und zu einem höheren Lebensstandard als in der übrigen Welt geführt hat, wo die Mehrheit der Erdbevölkerung lebt.

Eines aber steht fest: Wer auf Profit setzt, folgt unweigerlich dem Motto: „Eigennutz geht vor Gemeinnutz“. Prüfen wir diese These an ganz alltäglichen Vorgängen:

Ein Kunde findet über Wochen bestimmte Waren im Supermarkt immer am gleichen Fleck. Das erleichtert ihm den Zugriff. Plötzlich sucht er sie dort vergeblich. Es wurde umgeräumt. Fast alles, was er zu erwerben beabsichtigt, ist an anderer Stelle plaziert. Das wiederholt sich in regelmäßigen Abständen. Warum?

Der Konsument soll durch den Zwang zum Suchen Zusätzliches entdecken und kaufen. Das ist der Sinn der Übung. Auf den Kunden wird keine Rücksicht genommen, geht es doch allein um Profit.

Ein anderes Beispiel: Überall schießen Callcenter wie Pilze aus dem Boden. Ihr Auftrag nennt sich Telefonwerbung. Fast alle Angerufenen fühlen sich massiv belästigt. Das aber ficht die Betreiber nicht an. Ihr Profitinteresse läßt sie zu ständig neuen, unlauteren Mitteln greifen.

Auch lebenswichtige Bereiche menschlicher Daseinsvorsorge sind betroffen. So werden Verfallsdaten von Nahrungsmitteln manipuliert. Man bringt Gammel- oder Ekelfleisch gezielt auf den Markt. Auch andere Methoden sind längst zur Norm geworden. Man bietet allenthalben mit Pestiziden und weiteren Schadstoffen schwer belastetes Obst und Gemüse an.

In der Nutztiermast werden widerrechtlich Antibiotika eingesetzt, um die

Gewichtszunahme zu beschleunigen. Resistenzfolgen, die sich auf die Humanmedizin auswirken, nimmt man bewußt in Kauf.

Tabakwaren mengt man Suchtstoffe bei, die zum Nikotingenuß animieren.

Der größte Profiteur von allen ist die Pharmaindustrie. Ihre Preise stehen in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten. Überdies werden vermeintliche Wundermittel ohne jede Heilwirkung angeboten. Deren jährlicher Umsatz beläuft sich allein in Deutschland auf über eine Milliarde Euro.

In Alten- und Pflegeheimen sehen sich hilfsbedürftige Patienten nicht selten unwürdiger Behandlung ausgeliefert, weil qualifizierte Mitarbeiter aus „Einsparungsgründen“ weggefallen sind.

Unlautere Praktiken zur Profitsteigerung sind in den verschiedensten Branchen üblich. Anleger werden geprellt, Versicherte nicht entschädigt, Kreditnehmer sittenwidrig abgezockt.

Nicht ohne Grund spricht der Volksmund von „Haien“, wenn von gewissenlosen Immobilienmaklern und fragwürdigen Kredit- oder Versicherungsanbietern die Rede ist.

Besonders berüchtigt sind „Kaffeefahrten“, Glücksspielangebote, Gewinnversprechen per Telefon oder Internetgeschäfte. Im „Kleingedruckten“ vieler Verträge muß man auf heimtückische Fallen achten.

Wenden wir uns dem Arbeitsmarkt zu. Da verkauft Siemens z. B. seine Handysparte wegen verschlafener Innovation und daraus resultierender Marktverluste an die thailändische Firma Ben Q. Die Übernahme wird dem Käufer durch eine Finanzspritze in sechsstelliger Millionenhöhe „versüßt“. Ein Jahr später geht Ben Q mit

seinem von Siemens erworbenen Werk in Konkurs. Der Betrieb wird dichtgemacht. Über 3000 Beschäftigte verlieren ihren Job.

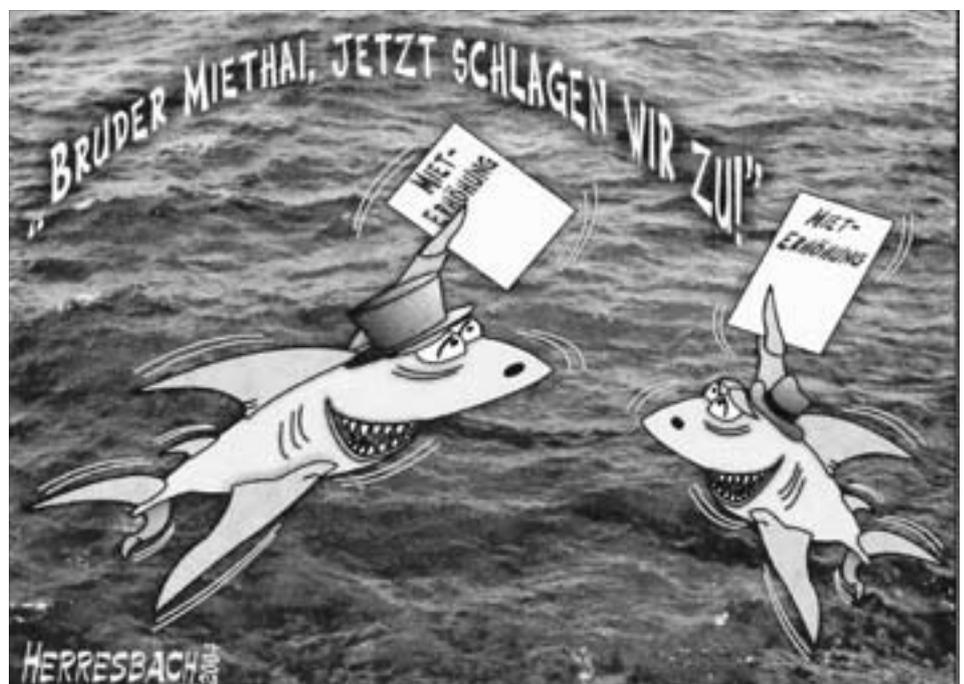
Solche Transaktionen finden in einem Riesenausmaß statt, seitdem weltweit operierende Finanzfonds zu Großkäufern geworden sind und mit meist geliehenem Geld florierende Unternehmen reihenweise aufkaufen, sie ausschlachten, die Belegschaften „abwickeln“ und durch Weiterveräußerung Milliardenprofite einspielen.

Längst erfolgt die Profitjagd losgelöst von tatsächlicher Wertschöpfung, also ohne daß der Transaktion irgendeine reale Arbeits- oder Dienstleistung zugrunde liegt. Die Börsen besorgen das.

Den Gipfel der Profitmacherei bilden die Vorbereitung und Anzettelung imperialistischer Kriege, bei denen es fast immer um Rohstoffe geht. Zu dieser Sparte zählt auch der lukrative Waffenexport in Spannungsgebieten.

Bei all dem handelt es sich weder um Entartung oder persönliches Fehlverhalten einzelner, sondern um einen Wesenszug des kapitalistischen Systems. Ihm ist weder durch Appelle an das Gewissen noch durch öffentliche Kritik beizukommen, wie sie von Parteien, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und anderen Kreisen ausgehen. Gesetzliche Vorschriften oder strafrechtliche Drohungen verfehlen ihr Ziel. Kein deutscher Kapitalist nimmt z. B. die Forderung des Grundgesetzes der BRD ernst, daß „Eigentum verpflichtet“. Wohl kaum ein anderes Verfassungsgebot wird so mißachtet wie dieses. Nur eine Radikalkur, die zu anderen Macht- und Eigentumsverhältnissen führt, würde hier Abhilfe schaffen.

Eberhard Fensch



Manche Mitglieder der Partei „Die Linke“ versuchen, den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital kooperativistisch und nicht aus sozialistischer Sicht „zu lösen“. Doch Antworten auf zentrale Fragen kann der Kapitalismus auch in seiner „modernen“ Form nicht geben. Sie müssen von den Menschen, die ihn überwinden wollen, ob nun aus Überzeugung, d. h. vom Klassenstandpunkt aus, oder einfach aus blanker Notwendigkeit des Überlebens, gefunden und erteilt werden.

Für die Zukunft stehen uns kaum viele Wege offen. Wenn wir nicht zu Ärzten am Krankenbett des Kapitalismus mutieren wollen, die seine Verbrechen sozial abfedern, sind wir bald seine Handlanger, und das Leid der Menschen verlängert sich. Oder die Rechte der Arbeitenden und Ausgegrenzten werden in den Mittelpunkt gestellt, was die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise voraussetzt und über Etappen zu einem sozialistischen Gesellschaftssystem führen muß. Man sollte sich der Worte Rosa Luxemburgs erinnern, daß der Opportunismus doppelt verliert: nicht nur die Grundsätze, sondern auch den politischen Erfolg.

Die neue Bewegung, um die es geht, soll viele Kräfte zusammenführen. Sie ist wie ein zartes Pflänzchen, das gehegt und beschützt werden muß. Deshalb kommt es darauf an, zerstörerische Tendenzen rechtzeitig zu erkennen und dagegen anzugehen. Erfahrungen in Ost und West sind unsere Grundlage. Den Feind haben wir vor Augen und hoffentlich nicht in den eigenen Reihen. Wir dürfen dem Gegner nicht in die Hände spielen und so an Kraft verlieren. Voneinander lernen, Geschichte im Westen wie im Osten aufarbeiten, sich akzeptieren, verschiedene Biographien verstehen und gemeinsam stark werden – darum geht es. Der Kapitalismus ist unser gemeinsamer Gegner. Das Beispiel der Dresdener Zerrissenheit ist eine Schande für jedes Mitglied der Linken und macht uns bei den Mitbürgern und Sympathisanten unglaubwürdig.

Zur Lösung der Macht- und Eigentumsfrage ist nachhaltiges Handeln gefragt. Ziel können nicht kurzfristige Erfolge angepaßter Politik sein. Der Widerspruch zwischen dem sehr starken und international operierenden Kapital auf der einen

Wider die Mär vom humaneren und reformierbaren Kapitalismus Sag mir, wo Du stehst ...

und den Interessen der Lohn- und Sozialabhängigen auf der anderen Seite wird immer größer. Viele Menschen haben „Sachzwänge“ mit Selbstverständlichkeit verinnerlicht, sind kapitalistisch domestiziert und vergessen dabei, daß unsere Situation selbstgemacht und kein Naturgesetz ist. Sehr viele haben ihre Identität aufgegeben bzw. verloren und damit ihr Menschsein auf gut funktionierende Konsummaschinen reduziert.

Unser Anliegen muß es deshalb sein, nicht nur die bestehenden Verhältnisse anzuprangern oder ihre Auswüchse durch Kritik scheinbar zu lindern, sondern eine gesellschaftliche Bewußtseinsentwicklung anzustreben, die verändert und in den Kampf zur Überwindung des kapitalistischen Systems mündet. Das westliche Zivilisationsmodell dient letztlich der Anerkennung einer falsch verstandenen Pluralität. Kapitalismus, neoliberale „Globalisierung“ oder welche Namen sich die Bestie auch immer zulegt – sie wird keine sozialistischen Zukunftsmodelle gestatten, solange ihr Existenzrecht eingeräumt wird. Es ist der Eindruck entstanden, daß man sich in den programmatischen Papieren der neuen Linken vor konkreten Gesellschaftsmodellen scheut und alternative Ziele mit bürgerlichem Vokabular abschwächt. Aber haben wir das nötig? Es muß doch möglich sein, ein sowohl gegenwartsbezogenes als auch der Zukunft zugewandtes Programm mit einem Endziel zu entwickeln, in dem sozialistische Termini ihren festen Platz haben. Die DDR war doch gegen das, was heute in unserem Anti-Sozialstaat geschieht, geradezu ein Schlaraffenland!

Die Linkspartei ist nicht nur ein Projekt, eine Idee, ein Versuch, sondern viel mehr. Sie ist endlich eine Hoffnung und eine Chance zugleich. Dafür ist jeder gefordert. Ein Konzept ohne gesellschaftstheoretische Fundierung mit klar definierten Machtverhältnissen und Klassenstrukturen, die angestrebt werden, verliert sich in unverbindlicher Beliebigkeit. Entschuldbarkeit und Auslegbarkeit politischer Fehlentscheidungen können dazu führen, daß „Die Linke“ bewußt oder unbewußt dazu beiträgt, der Sozialdemokratie zugeführt und von ihr geschluckt zu werden. Darüber können Genossen der alten BRD aus jahrzehntelanger Erfahrung berichten. Dafür steht auch die Selbstverstümmelung der Grünen bis zu totaler Unkenntlichkeit. Eine „marktwirtschaftliche Moderne“ ist genauso fraglich wie ein angeblich „reformiertes“ Sozialsystem. Es ist durchaus bürgerliche Ideologie, für einen etwas sozialer erscheinenden Kapitalismus zu kämpfen, für einen „dritten Weg“, den es nicht gibt. Damit wird nur die Gegenwart verteidigt, die keine Zukunft bietet.

„Die Linke“ muß sich ihren Namen verdienen – konsequent, glaubwürdig, fundiert. Schwarze Schafe bringt man wieder in die Reihen zurück oder läßt sie ihren eigenen Weg gehen, aber die Herde bleibt zusammen. Unser Gegner ist die sich neoliberal gebärdende Kapitalistenklasse, von der die täglich praktizierte Faschisierung und Remilitarisierung ausgehen. Der Klassenfeind hat sich international zusammengeschlossen. Dem muß die Einheit der Linkskräfte entgegengestellt werden. „Die Linke“ muß zu einer neuen Kultur einer anderen Gesellschaft beitragen, deren Verwirklichung ein theoretisches Fundament benötigt. Ihr müssen Produktionsverhältnisse zugrunde liegen, die alle kollektiven bzw. individuellen Menschenrechte garantieren. Der tödliche Charakter im Kapitalismus bestehender Widersprüche wird dann aufgehoben sein. Wir werden gegen von der heutigen Gesellschaft in uns erzeugte Perversionen kämpfen müssen, um die Verwirklichung von Solidarität, Toleranz und Aufrichtigkeit zu erreichen. Nur durch eine starke soziale Bewegung können wir uns befreien und entfalten.

Sandra Ludwig

Leserbrief an die „Sächsische Zeitung“

Die „SZ“ veröffentlichte am 24. September unter dem Zwischentitel „Sozialismus konnte sich noch nie frei entwickeln“ die folgenden Zeilen ihres Lesers **Gerhard Schiller** aus Dresden:

Wie sollte denn die DDR gewesen sein? Ein zweiter kapitalistischer Staat auf deutschem Boden macht keinen Sinn, sagte Herr Eppelmann 1990. Das wußte man schon vorher. Eine bürgerliche Demokratie konnte sie auch nicht sein, wo das Geld alles ist und letzten Endes die Demokratie nichts, wenn das Geldscheffeln in Gefahr ist. Eine superreine Demokratie ging wegen der kapitalistischen Umkreisung und ihrer Aktivitäten zur Eindämmung bis Vernichtung des Sozialismus ebenfalls nicht. Also was? Die DDR blieb vorerst nur ein autoritärer Staat. Und das mußte sie den Umständen entsprechend sein. Der Sozialismus hatte nie, schon ab 1917, die Möglichkeit, sich frei entwickeln zu können. Die äußeren Bedingungen zwangen zur wesensfremden inneren Entwicklung.

Eingesandt von Reinhard Melzer,
Moritzburg

Am **29. Januar** um **15 Uhr** trifft sich der **Marxistische Bildungskreis** bei der **Regionalgruppe Rostock** im Mehr-Generationen-Haus in Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52.
Thema:

**Zur Aktualität der
Leninschen
Imperialismustheorie**

Lektor ist **Prof. Dr. Götz Dieckmann**.

Gäste sind herzlich willkommen.

DDR: Hippokrates-Eid strikt eingehalten

Die Vergangenheit lebt. Sie bleibt eine Triebkraft für die Zukunft. „Gesundheit, Entwicklung und Erziehung in der frühen Kindheit“ heißt ein neues Buch, in dem vier Ärztinnen über ihre jahrzehntelange Arbeit in Kindereinrichtungen der DDR berichten.

Prof. Dr. med. Gerda Niebsch, Dr. med. Christa Grosch, Dr. med. Ursula Boßdorf und Prof. Dr. med. Gisela Graehn-Baumann heben besonders den wissenschaftlichen Beitrag von Prof. Dr. Eva Schmidt-Kolmer (25. 6. 1913 bis 29. 8. 1991) hervor, der international anerkannten Begründerin der interdisziplinären Forschung zur frühkindlichen Erziehung. Die Autorinnen geben fundierte Empfehlungen für die Anwendung dieser Erkenntnisse und Erfahrungen für die Zukunft – auch in der BRD.

Aus der Fülle der Fakten, Zusammenhänge und Probleme seien einige herausgegriffen: 1989 waren 89% der Frauen in der DDR berufstätig; 80% der Kinder des entsprechenden Alters besuchten eine Krippe, 95% einen Kindergarten. 80% der Schüler bis zum zehnten Lebensjahr gingen in einen Hort. Nach einer neueren Einschätzung der OECD (Organisation für Wissenschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) liegt die Quote der Versorgung mit einem Kindergartenplatz in Ostdeutschland jetzt bei 37%, in Westdeutschland (Alt-BRD) bei 2,7%.

Das IHKJ (DDR-Institut für Hygiene des Kindes- und Jugendalters) in Berlin war ein Unikat und wegen seiner hervorragenden interdisziplinären Arbeit von Mediziner-

nern, Pädagogen, Psychologen, Soziologen und Praktikern international anerkannt. Seine als „Abwicklung“ bezeichnete Liquidierung im Jahre 1990 erfolgte aus rein politischen Gründen. So wurden z. B. die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit für die Kinderkrippen der DDR nach dem als Beitritt getarnten Anschluß ignoriert und politisch wie fachlich inkompetent ausgelegt. In der DDR durfte es nichts Vernünftiges, Progressives, Zukunftsträchtiges gegeben haben.

Die Forschungsergebnisse der vier Medizinerinnen berechtigen zu der Frage, welche Bedeutung die zu DDR-Zeiten gewonnenen Erkenntnisse zur Gesund-erhaltung und Gesundheitsförderung von Säuglingen und Kleinkindern heute noch haben. Unvoreingenommene Fachleute gelangen zu dem Schluß, daß eine kontinuierliche, einheitliche präventiv-gesundheitliche Betreuung der Klein- und Vorschulkinder – wie in der DDR praktiziert – vorbildlich ist. Ihr Gesundheitswesen zeichnete sich durch seinen staatlichen Charakter, die Planung des Gesundheitsschutzes, die Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit in allen Landesteilen sowie die Zugänglichkeit und Unentgeltlichkeit für alle Bürger unabhängig von ihrer sozialen Stellung in der Gesellschaft aus.

Kinder und Jugendliche im Alter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr machten im letzten Jahrzehnt des Bestehens der DDR einen Anteil von 20 bis 25 Prozent der Gesamtbevölkerung (in der BRD zur gleichen Zeit 18 bis 20 Prozent) aus.

Nach dem Anschluß an die BRD kam es 1990 in Ostdeutschland zu einem dramatischen Geburtenrückgang.

In der BRD zeigen heute die Ergebnisse von Einschulungsuntersuchungen deutlich die Folgen anhaltender Massenarbeitslosigkeit und partieller Verelendung. Verbreitet sind offene oder verdeckte Armut, nicht ausreichende kindgerechte Ernährung, ungesunde Lebensweise, eingeschränkte Gesundheitsförderung. Möglichkeiten frühzeitiger Bildung und Erziehung in Kindereinrichtungen bleiben sozial benachteiligten Kindern oft verschlossen.

Die DDR wird daher von zeitgenössischen Experten als besonders kinderfreundlicher Staat eingeschätzt. Der Stellenwert medizinisch-sozialer Betreuung unter vorbeugenden Aspekten war anerkannt. In der BRD indes besteht ein enormer Nachholbedarf bei der Durchsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung optimaler Kindesentwicklung.

Obwohl sich das Buch der vier Ärztinnen vor allem an Mediziner, Psychologen, Pädagogen und Soziologen wendet, dürfte es auch für Laien von Interesse sein.

Besonders anzuraten wäre die Lektüre den Ministerinnen von der Leyen, Schmidt und Schavan.

Horst Jäkel

Gerda Niebsch, Christa Grosch, Ursula Boßdorf, Gisela Graehn-Baumann: Gesundheit, Entwicklung und Erziehung in der frühen Kindheit. Peter-Lang-Verlag, Frankfurt/Main 2007, 188 Seiten, 36 Euro

Nein zu Merkels und Schmidts Abstiegskurs Prioritäten linker Gesundheitspolitik

Die Mehrheit der Bevölkerung, der Versicherten, der Patienten, aber auch der Beschäftigten im Gesundheitswesen ist mit der Gesundheitspolitik der BRD-Regierung unzufrieden. Das besagen sämtliche Umfragen. Der Widerspruch besteht darin, daß ebenso wie in der Frage des Rückzugs aus den Kriegseinsätzen, der Rücknahme von Hartz IV und einer Ablehnung der Rente mit 67 sowie hinsichtlich der Einführung eines Mindestlohnes die Linken zwar Meinungsmehrheiten, nicht jedoch parlamentarische Majoritäten besitzen, um ihre Ziele verwirklichen zu können. Um so notwendiger ist es, in der Bevölkerung alternative Zielstellungen mental und soziologisch zu verankern, damit die Abgeordneten der „Linken“ einen Kompaß erhalten. Welche unabdingbaren gesundheitspolitischen Anliegen erscheinen mir dabei unverzichtbar?

1. Erhaltung des Solidarprinzips der Kranken- und anderen Sozialversicherungen und deren Ausbau durch Einbeziehung aller, auch Beamter u. a. Privatversicherter, in eine einheitliche Bürgerversicherung.
2. Stopp der Privatisierung der Kliniken, denn bei Krankenhauskonzernen steht

die Profitmaximierung im Vordergrund. Rückführung in kommunales, öffentlich-rechtliches oder kirchliches bzw. Verbandseigentum.

3. Umfassende Förderung der Hausärzte. Von ihnen wird der größte Teil der medizinischen Betreuung getragen.

4. Unterstützung aller kooperativen Versorgungsformen (Integrierte Versorgung durch Hausärzte, Fachärzte, Krankenhäuser, Polikliniken/Medizinische Betreuungszentren u. a.).

5. Abschaffung des Geldverkehrs zwischen Patienten und Praxen bzw. Krankenhäusern. Er führt zur Benachteiligung der erkrankten Versicherten sowie zu Bürokratie und stört die Patient-Arzt-Beziehung erheblich.

6. Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Arzneimitteln, Prothesen und medizinischen Hilfsmitteln. Die Preistreiberei ist konsequent zu bekämpfen. Linke müssen unbedingt auf einer Positivliste für Arzneimittel bestehen.

7. Alle Maßnahmen der medizinischen Prävention und der allgemeinen Prophylaxe sind sowohl aus ethischer als auch

aus ökonomischer Sicht zu fördern, insbesondere die vernachlässigten Bereiche medizinischer Arbeitsschutz, Kinder- und Jugend-Gesundheitsschutz sowie Lebensmittelhygiene.

8. Sowohl für Krankenhäuser als auch für Pflegeheime und Reha-Einrichtungen sind verbindliche Muster-Stellenpläne aufzustellen, um sowohl der Unterversorgung als auch der zunehmenden Qualifikationsausdünnung entgegenzuwirken.

9. Die deutsche Linke sollte die guten Erfahrungen des DDR-Gesundheitswesens (Polikliniken, Mutter-Kinder- und Jugend-Gesundheitsschutz, Betriebsgesundheitswesen, Impfwesen, Dispensaire-Betreuung u. a.) bewußt nutzen.

10. Dem sich beschleunigenden Zurückfallen der ostdeutschen Bundesländer, auch im Gesundheitswesen, ist durch Sonderförderprogramme zu begegnen.

Für Experten gäbe es noch eine Vielzahl von Punkten aufzuzählen, für eine Leserorientierung dürfte das Dargestellte indes ausreichen.

OMR Prof. Dr. sc. med. Herbert Kreibich

Der „RotFuchs“ dokumentiert im Folgenden den Schriftwechsel zwischen der BRD-Justiz und einem Rechtsanwalt, der Volksverhetzung (§ 136 StGB) nach wie vor für strafbar hält.

Schreiben der Staatsanwaltschaft Berlin an RA Armin Fiand, Hamburg, ohne Datum, Aktenzeichen 81 Js 2971/07

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,

das auf Ihre Strafanzeige vom 15. August 2007 gegen Marianne Birthler und Jörg Stoye wegen Volksverhetzung eingeleitete Ermittlungsverfahren habe ich eingestellt (vgl. § 170 Abs. 2 Strafprozeßordnung), da zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten nicht gegeben sind.

Insbesondere sind keine ausreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß sich die Beschuldigten der Volksverhetzung gemäß § 130 StGB strafbar gemacht haben könnten. Unabhängig davon, welche Intention mit der Veröffent-

lichung des in Rede stehenden Dokuments verbunden war, kann allein die Veröffentlichung eines authentischen historischen Dokuments keine Strafbarkeit (nach dieser Norm) begründen. Durch die Veröffentlichung wird weder ein Angriffsobjekt des Tatbestands der Volksverhetzung betroffen noch ist die Verwirklichung eines der Tatbestandsmerkmale des § 130 StGB erkennbar. Als Angriffsobjekt wären allenfalls „Teile der Bevölkerung“ in Erwägung zu ziehen. Dabei handelt es sich um Personenmehrheiten, die auf Grund gemeinsamer äußerer oder innerer Merkmale als unterscheidbarer Teil der

Gesamtheit der Bevölkerung abgrenzbar sind. Durch die Veröffentlichung wird weder ein genau bestimmbarer noch ein abgrenzbarer Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland betroffen; so sind weder die Führung noch sonstige Verantwortliche der DDR „Teile der Bevölkerung“ i. S. d. Norm. Die von Ihnen letztlich unterstellte Irreführung der Öffentlichkeit ist auch sonst nicht geeignet, eine Strafbarkeit zu begründen.

Hochachtungsvoll

Mohr
Staatsanwalt

Das Ermittlungsverfahren wieder aufnehmen! Ein alter Hut aus Birthlers Kleiderschrank

RA Armin Fiand hat an die Staatsanwaltschaft Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

3. Dezember 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Ermittlungsverfahren gegen Marianne Birthler wegen Volksverhetzung lege ich gegen Ihren Bescheid vom 18. September 2007 Dienstaufsichtsbeschwerde wegen unrichtiger Sachbehandlung ein. Entgegen der Auffassung der Staatsanwaltschaft sind sehr wohl zureichende Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten gegeben.

Es kann keine Rede davon sein, daß die BStU, die von der Beschuldigten zu 1. geleitet wird, nichts anderes getan habe, als – quasi kommentarlos – „ein authentisches historisches Dokument zu veröffentlichen“.

In der Strafanzeige habe ich ausgeführt, daß der angebliche „Schießbefehl“ von der Birthler-Behörde als sensationeller Fund bezeichnet und als solcher mit einem großen Wirbel der Öffentlichkeit präsentiert worden ist. „Nun endlich habe man es schwarz auf weiß, wonach man schon lange gesucht habe“ – das war der Tenor. In Wahrheit handelte es sich um einen „alten Hut“. Denn das Dokument war schon seit langem bekannt. Es hing seit Jahren an der Wand des Informations- und Dokumentationszentrums der Behörde in Berlin.

„Spiegel-Online“ schreibt hierzu am 18. August 2007:

„Zu Fuß sind es gut 30 Minuten vom Chefbüro der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit an der Berliner Otto-Braun-Straße bis zum haus-eigenen Informations- und Dokumentati-

onszentrum in der Mauerstraße 38. Dort liegt seit vielen Jahren, akkurat gerahmt und kommentiert, exakt jener Auftrag der Stasi-Hauptabteilung I, der nun zum Menetekel für die Aufklärer wird.

Scharen von Touristen hat der brutale Ton des Befehls schon schaudern lassen. Doch Behördenchefin Marianne Birthler kannte weder das Ausstellungsstück, noch wußte sie, daß ein Mitarbeiter ihrer Forschungsabteilung bereits 1993 ein gleichlautendes Dokument gefunden und 1997 veröffentlicht hatte. Stattdessen stellte Birthler pünktlich zum Jahrestag des Mauerfalls am 13. August dieses Jahres den Fund des Stasi-Schießbefehls als neu und „so unverhüllt und deutlich, wie er bis jetzt noch nicht vorgelegen hat“ dar. Das Ausstellungsstück stammt, wie das Magdeburger Papier, aus der Akte eines Spitzels der Einsatzkompanie der Stasi-Hauptabteilung I und gleicht dem vermeintlichen Sensationsfund stellenweise bis ins Detail.“

Das sollte eigentlich, wenn sie den Vorgang in den Medien aufmerksam verfolgt hat (was man von ihr erwarten kann und darf) auch der Staatsanwaltschaft bekannt sein – als „offenkundige Tatsache“. Falsch ist auch die Auffassung der Staatsanwaltschaft, weder die Führung noch sonstige Verantwortliche der DDR seien ein genau bestimmbarer oder ein abgrenzbarer Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der Vorschrift des § 130 StGB.

Absatz 2 umfaßt außer den namentlich (entsprechend § 220 a StGB) aufgeführten nationalen, rassischen, religiösen oder durch ihr Volkstum bestimmten Gruppen auch Bevölkerungsteile, die durch ihre politische oder weltanschauliche

Überzeugung oder durch soziale oder wirtschaftliche Verhältnisse als besondere Gruppe erkennbar sind, also jede Personenmehrheit, die sich durch irgendein Unterscheidungsmerkmal aus der Allgemeinheit so heraushebt, daß sich der Kreis der Betroffenen umgrenzen und die Zuordnung des einzelnen zu diesem Kreis feststellen läßt. Das sind zum Beispiel die Arbeiter, die Bauern, die Beamten, die Soldaten, Richter und Staatsanwälte, die Katholiken, die Protestanten, die Juden, die Freimaurer, die Bayern, die Schwaben, aber auch politische Gruppen oder die Bevölkerung einer Gemeinde (vergleiche hierzu Tröndle/Fischer, 49. Auflage, Rdn. 3 zu § 130 StGB).

Wer zu den Regierenden der DDR gehört und auch sonst in diesem Staate, insbesondere bei der Staatssicherheit, Verantwortung getragen hat, läßt sich ohne weiteres feststellen. Dieser Personenkreis läßt sich auch ohne Schwierigkeit von der übrigen Bevölkerung der DDR unterscheiden.

Die Anwendbarkeit des Volksverhetzungs-Paragrafen scheidet im vorliegenden Falle nicht an der mangelnden Tatbestandsmäßigkeit. Sie scheidet daran, daß die Staatsanwaltschaft aus politischen Gründen – oder sogar auf Weisung von „oben“ – keine Neigung hat, sich der Sache anzunehmen. Das ist nach der Strafprozeßordnung kein anerkannter Grund.

Ich bitte, die Staatsanwaltschaft im Wege der Dienstaufsicht anzuweisen, das Ermittlungsverfahren wieder aufzunehmen und durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Fiand

Im ersten Teil meines Berichts über den Weg des VEB Greizer Industrieelektronik (RF 119) habe ich geschildert, wie wir Aufstieg und Niedergang des Sozialismus erlebten. Jetzt erzähle ich, wie es uns weiter erging.

1990 wurde unser Betrieb in eine GmbH umgewandelt. Die Treuhand bestätigte mich als Geschäftsführer. Man erteilte mir Ratschläge: „Ihnen muß klar sein, daß Sie sich von jetzt an auf der anderen Seite des Flusses befinden, und daß Sie sich Ihren Arbeitern gegenüber entsprechend zu verhalten haben.“ Entscheidungsfreudigkeit, Fähigkeit zum Manager, Durchsetzungsvermögen und wahrscheinlich auch Nützlichkeit für die TH wurden mir bescheinigt. Ich bekam beigebracht, daß sich ein Leiter auch bei Fehlentscheidungen nicht zu entschuldigen habe. Irgendwann tauchte ein echter Großkotz-Wessi auf und wollte uns die Gewinn- und

Treuhandchef Rohwedder hatte sich eingebildet, gegen die Kapital„heuschrecken“ zu bestehen und aus DDR-Betrieben bodenständige kapitalistische Genossenschaften zu machen. Er bezahlte diese Fehleinschätzung mit dem Leben. Sein Treuhandkonzept widersprach der politischen Vorstellung einer totalen Liquidierung der DDR-Wirtschaft. Rohwedders Nachfolgerin Breuel meisterte diesen Auftrag hervorragend und erfuhr dafür hohe Ehrungen. Im Oktober 1990 wurde uns mitgeteilt, daß die Greizer Industrieelektronik (GIE) per 31. 12. zu liquidieren sei. Vorerst setzte man mich als Liquidator ein. Ich erhielt einen eleganten, aber unfähigen Münchner Rechtsanwalt als Oberliquidator vor die Nase gesetzt, der nach ca. sechs Monaten wegen mangelnder Sachkenntnis wieder gehen mußte. Das menschliche Problem bestand für mich in der Entlassung der

nicht in der SED war, wurde als ungenügend karrierebewußt und auch für die „neue Ordnung“ unbrauchbar eingestuft. Industrieleiter erklärten rundheraus, im Westen spiele die Parteizugehörigkeit beim Einsatz in bestimmte Funktionen die gleiche Rolle, wie das im Osten der Fall gewesen sei.

Da meine Zukunft bis zur Rente unsicher war, mußte ich nach einer sozialen Verankerung Ausschau halten. So wurde ich Aufsichtsratsmitglied bei der AOK Thüringen/Hessen und bei der OTEGAU. Diese Firma ging nach kurzer Zeit an Substanzmangel ein. Von der AOK wurde ich zu Sitzungen nicht mehr eingeladen, da ich wiederholt kritische Bemerkungen zu deren Arbeitsstil gemacht und bei Finanzbewilligungen gezögert hatte. Ich nahm daraufhin eine Dozentenstelle bei einer Privatschule an und unterrichtete Betriebs- und Finanzwirtschaft. Als aber das Arbeitsamt die staatlichen Zuschüsse strich, hauchte auch die Schule ihren Geist aus. Mehr aus Spaß gründete ich nun mit zwei Ukrainern eine Import/Export-GmbH, die mit Gold, Osmium, Schrott, Ölpresen, Sägewerken u. v. m. handeln wollte. Es kam nichts dabei heraus, nachdem ich die Zusammenarbeit mit der Russen-Mafia abgelehnt hatte. Einer meiner ukrainischen Geschäftspartner mußte in Sibirien untertauchen, weil er der Mafia rund 150000 Dollar schuldete. Immerhin: Ich erhielt weitere Einblicke in kapitalistisches Geschäftsgebaren, das nur mit Bestechung, Betrug und hemmungsloser Verschleierung funktioniert. Um einen Eindruck vom „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“ zu gewinnen, hatte ich schon in meiner Zeit als GIE-Geschäftsführer einen Hofer Unternehmer verklagt, der partout die von uns geleistete Arbeit (16 TDM) nicht bezahlen wollte. Die Verhandlung verlief wie das Hornberger Schießen. Obwohl ich recht bekam, erklärte der Anwalt des Schuldners, das Gericht könne festlegen, was es wolle, sein Mandant sei zahlungsunfähig. Schließlich einigten wir uns darauf, daß er lediglich 3000 DM in Raten zu überweisen habe. Im April des darauffolgenden Jahres war noch kein Pfennig auf unser Konto geflossen.

Der mir von der Treuhand vorgesetzte Münchner Oberliquidator vollbrachte eine wahre Großtat. Er trieb offenstehende GIE-Forderungen in Höhe von 53 000 DM ein, die er für seine mit Null zu bewertende Leistungen einfach einbehielt. Nachdem ich alles archiviert und in das Landesdepot Thüringen überführt hatte, wurde ein neuer Liquidator eingesetzt. Mit einer Abfindung wechselte ich in die Arbeitslosigkeit.

Im nachhinein bin ich der Meinung, daß das von unseren Großvätern, Vätern und uns selbst errichtete Gesellschaftssystem trotz seiner Mängel fortschrittlicher und zukunftsfruchtiger war als das gegenwärtige. Wir sind in eine Barbarei geraten, die nach Jürgen Kuczynskis Prognose „spätestens in 45 Jahren“ wieder durch den Sozialismus ersetzt werden dürfte.

Dietrich Henning, Reimersgrün

Wie sich der Liquidator eines VEB am Ende selbst liquidierte Unter die Räuber gefallen

Verlustrechnung beibringen. Er holte sich von mir die produktbezogene Kostenabrechnung, stellte dann die Ausgaben den Erlösen gegenüber und war mächtig stolz, uns vertrottelten Osis endlich etwas beigebracht zu haben. Dabei analysierten wir schon jahrelang Monat für Monat und produktbezogen Gewinne oder Verluste und leiteten daraus unsere Leitungsentscheidungen ab. Allerdings fehlte bei uns der Posten „Schmiergelder“, die steuerlich absetzbar sind. Er ist fester Bestandteil des Berechnungssystems.

Ein sehr vernünftiger Wessi erschien mit dem Auftrag, den Wert der Firma zu ermitteln. „Wie hoch soll ich gehen?“, fragte er freundlich. Er überließ mir die Einschätzung. Da ich nicht wußte, ob hoch gut oder niedrig besser sei, einigten wir uns von ehemals 10 Mio. M Stammkapital auf zunächst 2 Mio. Westmark, dann auf 559 TDM. Ein Steuerbüro wurde uns zur weiteren Bilanzprüfung zugewiesen. Es übertrug meine Unterlagen auf seine Kopfbogen und berechnete dafür 7.500 DM. Solche Preise ohne nennenswerte Leistung war ich nicht gewöhnt und sträubte mich anfangs vergeblich gegen die Bezahlung.

Inzwischen arbeiteten wir bereits auf Sparflamme. Unsere elektronischen Geräte wurden nirgends gelistet, wahrscheinlich verkörperten sie auch keinen Weltstand. Wir mußten zur Sklavenarbeit übergehen. Am lukrativsten konnten wir unsere Ingenieure als Leiharbeiter vermieten.

Arbeiter und Angestellten. Für unser ingenieurtechnisches Personal sah die Perspektive zunächst nicht schlecht aus. Es kam fast vollständig bei Westfirmen unter. Schließlich handelte es sich um hochqualifizierte Spezialisten. Das Kuriose aber war, daß der Parteisekretär, Fachdirektor und Geschäftsführer Henning als einziger angestellt blieb und am Ende den Betrieb der Firma Spaleck für rund 550 TDM übergab, wofür 250 TDM „Fördergelder“ flossen.

Interessant waren 1990/91 Kontakte mit Fachleuten der westdeutschen Industrie. Fast alle zeigten sich aufgeschlossen und vermieden Besserwisserei. Sie versuchten, uns mit Ratschlägen und auch mit Aufträgen zu helfen. Dabei hörten wir Aussprüche wie diese: „Wenn einer von sozialer Marktwirtschaft redet, dann lügt er das Blaue vom Himmel herunter.“ Dieses System ist hemmungslos und brutal.“ „Eine Firma muß akkumulieren und darf sich nur auf den Profit orientieren.“ „Das, was jetzt mit Eurer Industrie geschieht, ist ein Verbrechen, das sich in Zukunft bitter rächen wird.“ Interessant war auch die Einstellung einiger Mitarbeiter der Geraer Treuhand-Filiale. Zwei Meister sprachen dort mit der Forderung vor, den ehemaligen SED-Parteisekretär als Geschäftsführer und Liquidator abzulösen. Ihr Verlangen blieb jedoch unbeachtet, da ich als Fachmann galt und erst einmal gebraucht wurde.

Aus Gesprächen konnte man entnehmen: Wer angab, früher keine leitende Position im Betrieb erhalten zu haben, weil er

Natürlich posierte die Kanzlerin anlässlich der Erinnerung an eine Geburt, die sich 1957 im Schoß der alten Bundesrepublik vollzog: beim 50. Jubiläum des Bundes der Vertriebenen. Im Kronprinzenpalais schwärmte sie vor den als „Opfer“ bezeichneten Revanchisten vom geplanten Zentrum gegen Vertreibung: „Ich habe das Projekt immer unterstützt und werde das auch weiter tun“, feuerte sie die „Ewiggestrigen an.

Heutzutage spekuliert man in den regierungstreuen Medien auf Vergeßlichkeit, will die authentischen und geschichtsträchtigen Folgen der Herrschaft des deutschen Faschismus und seines Krieges aus dem Gedächtnis tilgen.

Wie lehrt man das die Jugend? Im aktuellen „Geschichtlichen Arbeitsbuch“ mit dem Titel „Die Reise in die Vergangenheit“ (das an Hauptschulen mit Abstand verbreitetste Geschichtsbuch) ist zu erfahren: „Im letzten Abschnitt des Krieges waren etwa vier bis fünf Millionen Deutsche vor der Roten Armee in das Innere des Reiches geflohen.“

Es handelte sich um eine Situation, die Hitler schaffen wollte: Allein aus Schlesien sollten 500 000 Menschen ins „Reichsinnere“ evakuiert werden. Insgesamt veranschlagten Vertreter der Reichsregierung am 19. Februar 1945 die Zahl von 8 500 000 „Volksgenossen“, die zwischen Ostpreußen und dem Sudetenland dem Feind nicht in die Hände fallen sollten.

Doch weiter im „Impfstoff“ für unsere Jugend: „Nachdem das Kriegsgeschehen vorbei war, wurden diejenigen *vertrieben*, die in den deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße sowie im Sudetenland und in einigen Siedlungsgebieten osteuropäischer Staaten verblieben waren. Sie hatten schon im Winter 1944/45 Schreckliches durchgemacht, als der sowjetische Angriff auf Deutschland sie überrollte.“

Lakonisch heißt es im aktuellen bundesdeutschen Schullehrbuch: „Leichtfertig hatte Hitler einen neuen Weltkrieg entfesselt.“ Entschuldigung! Excuse me! Sorry! Das kleine Versehen des „Führers“ gab doch den Russen nicht gleich das Recht, Deutschland anzugreifen? So erklärt sich dann auch die Feststellung der Chefin vom BdV: „Der Bund der Vertriebenen ist eine Opferorganisation!“ Und überhaupt: „Die Vertreibung der 15 Millionen war völkerrechtswidrig!“

Hier die Tatsachen:

Bereits 1925 hat Hitler in seinem Machwerk „Mein Kampf“ folgendes Ansinnen formuliert: „Heute werde ich nur von der nüchternen Erkenntnis geleitet, daß man verlorene Gebiete nicht durch die Zungenfertigkeit geschliffener parlamentarischer Mäuler zurückgewinnt, sondern durch ein geschliffenes Schwert zu erobern hat, also durch einen blutigen Kampf.“

Und dieser nahm mit Unterstützung der deutschen Industrie nach 1933 seinen barbarischen Lauf.

13. März 1938: Einmarsch in Österreich; 1. Oktober 1938: Okkupation der Tschechoslowakei; 23. März 1939: Besetzung des Memelgebiets. Alles vergessen, Frau Merkel?

Heinrich Himmler erklärte am 4. Oktober 1943: „Ein Grundsatz muß für den SS-Mann absolut gelten: ehrlich, anständig, treu und kameradschaftlich haben wir zu den Angehörigen unseres eigenen Blutes zu sein und zu sonst niemandem. Ob die anderen Völker im Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht.“

Nur ein einziges Beispiel: Am 25. Januar 1940 berichtete der Generalgouverneur in Polen, Hans Frank, an Göring: „Bereitstellung und Transport von mindestens einer Million Land- und Industriearbeitern und -arbeiterinnen ins Reich – davon etwa 750 000 landwirtschaftliche Arbeitskräf-

oder von Bestandteilen derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß.“ Ein Zusatzprotokoll vom 20. November 1945 regelte diesbezüglich: „1. Die gesamte aus Polen ausgewiesene deutsche Bevölkerung (3,5 Millionen Menschen) wird in die sowjetische und in die englische Besatzungszone Deutschlands aufgenommen. 2. Die gesamte aus der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn ausgewiesene deutsche Bevölkerung (3 150 000 Menschen) wird in die amerikanische, französische und sowjetische Besatzungszone Deutschlands aufgenommen.“

Im Lehrstoff für die höheren Schulen der BRD erfährt man: „Unter Führung Konrad

Weshalb Frau Merkel auf ein „Zentrum gegen Vertreibung“ dringt 50 Jahre Revanchistenbrühe

te, von denen mindestens 50 % Frauen sein müssen – zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Erzeugung und als Ersatz für im Reich fehlende Industriearbeiter.“

Tatsachen: Zu jenen plötzlich abrupt 1942 aus ihrer Heimat vertriebenen Arbeitssklaven zählte auch das Ehepaar Tofil aus dem Ort Klyzow im Karpatenvorland; die Eltern, beide Jahrgang 1899, und ihre fünf Kinder: Józef *1924; Mieczislaw *1926; Stanislaw *1929; Maria *1934 und Jan *1940. Eine amtliche Bescheinigung des Bürgermeisters der Stadt Monheim am Rhein vom 23. 8. 2005 belegt: „Hiermit wird Frau Stanislaw G., geb. Tofil, bescheinigt, daß sie vom 21. 2. 1942 bis zum 30. 8. 1945 beim Bauern Hans D. auf dem Laacherhof in Monheim (Rhein-Wupper-Kreis) gemeldet war und dort in der Landwirtschaft arbeiten mußte.“ Auch Maria und Jan erhielten noch Belege. Was aber geschah mit anderen ihrer Heimat Beraubten? Allein 825 Eisenbahnwaggons mit „Beutegut“ wurden 1943 aufgelistet. In ihnen ist die Habe der in Lublin und Auschwitz Ermordeten nach Deutschland transportiert worden. Darunter befanden sich: 22 000 Paar Kinderschuhe, 301 000 Hemden. Die Vergasteten wurden nach ihrem Tode geschoren: ein Waggon voller Frauenhaare, heißt es da.

Welch ein Zynismus klingt aus den Worten der Frau Merkel: „Es traf die Vertriebenen besonders hart.“

Tatsachen: In der „Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin“ (2. August 1945) ist der Abschnitt XIII überschrieben: „Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile“. Darin liest man: „Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung

Henleins haben sich die Deutschen in der Tschechei zur ‚Sudetendeutschen Heimatfront‘ zusammengeschlossen und sind dadurch zur stärksten Partei des Staates geworden.“ Zu gern würden die „Opfer“ um Frau Steinbach (CDU) wohl wieder einen solchen Gauleiter in Prag installieren, wimmelte es doch in ihrem Bund der Vertriebenen und vor allem an dessen Spitze von ehemaligen Nazis. Noch heute gibt es dort etliche.

„Man kann eben nicht ungestraft zweimal in zwanzig Jahren alle Gesetze menschlichen Zusammenlebens auf den Kopf stellen“, schrieb am 25. November 1945 der Westberliner „Tagesspiegel“. Und selbst die „Neue Zeitung“, das Presseorgan der USA-Besatzungsmacht, konstatierte damals: „Millionen Deutsche, die in der Tschechoslowakei und im heutigen Polen sowie in allen anderen Grenzländern wohnten, müssen eine neue Heimat finden, da ihr Verhalten sie nicht für eine Staatsbürgerschaft der genannten Länder befähigt. Sie müssen nach Deutschland zurückkehren.“

Inzwischen sieht man das anders. So schrieb die „Berliner Zeitung“ am 31. März 1992: „Daß die adligen Erben der Junker wieder das Agrar-Regiment im deutschen Osten übernehmen, ist längst keine Vision mehr.“ Leute wie die Freiherrn von Reitzenstein sind hier angesprochen. Noch sitzen sie zunächst wieder auf ihrem Gut in Bietikow bei Prenzlau, aber sie schielen auf ihre einstigen Güter in Jezów Sudecki (Grunau) und Pawlowice (Pawlowitz) im Schlesischen.

Schließlich handelten doch die „Alliierten völkerrechtswidrig“, weshalb Frau Merkel auch ein „Zentrum gegen Vertreibung“ wärmstens unterstützt. **Hans Horn**

Brief eines auf Kreta lebenden Deutschen

Warum mir der Kragen geplatzt ist

Vorweg möchte ich bemerken, daß mir der „RotFuchs“ wie ein Glas Wasser in der Wüste ist, wenn es auch hin und wieder ein bitteres Aufstoßen gibt. Nachdem ich schon mehrfach Artikel über die Nationale Volksarmee der DDR im RF mit angestrengtem Stirnrnzeln gelesen habe, schlägt nun der Leserbrief von Dieter Meusel aus Strausberg (Nr. 117) meinem Verständnis-Faß den Boden aus.

Man mag ja beklagen, daß die Verheißungen des letzten „Verteidigungsministers“ der DDR, Pfarrer Eppelmann, hinsichtlich der Übernahme von Berufssoldaten und

Zivilbeschäftigten der NVA in die Bundeswehr leeres Gerede waren. Auch, daß der größte Teil der Armeeingehörigen ins soziale Abseits gedrängt und gedemütigt wurde. Man kann sich selbstverständlich auch darüber aufregen („Schnäppchenartikel“ im RF Nr. 116), daß nur eine geringe Zahl von Soldaten und Beschäftigten der NVA in die Bundeswehr eingegliedert wurde. Aber was haben die Betroffenen denn von einem siegreichen kapitalistischen Staat anderes erwartet, und wie ist solch eine Übernahme guten Gewissens einzufordern? Die Armee eines Staates ist doch, wie ich es einst in der Marxistischen Abendschule gelernt habe, Teil des Machtinstruments der herrschenden Klasse, des Staates nämlich und keine x-beliebige Schraubenfabrik, deren Inhaber mal eben gewechselt hat.

In fast jeder Ausgabe des RF wird das wenig klassenmäßige Herangehen von Mitgliedern der PDS/Die Linke kritisiert und an Pau, Gysi und Co. kein gutes Haar gelassen. Beim Thema NVA scheinen mir einige Autoren und Leser des RF diese Herangehensweise indes nicht zu praktizieren. Ist es denn egal, welchem Herrn ich diene, gleich, ob ich den Frieden verteidige oder in fremde Länder einfalle?

Und nun dieser Leserbrief! Nicht zum ersten Mal weht mir aus den Seiten des RF ein strenges Lüftchen Selbstgerechtigkeit ins Gesicht. „Verantwortungsbewußtsein und Überzeugungstreue ... waren typisch für das Denken und Handeln der Verantwortungsträger in der Zeit von 1989/90“, schreibt Meusel. Ich weiß nicht, inwieweit die Verantwortungsträger von 89/90 mit denen der Jahre zuvor identisch sind, aber eine gehörige Portion Opportunismus muß bei vielen von ihnen schon früher vorhanden gewesen sein. Wie soll ich mir sonst erklären, daß der Wechsel von der NVA zur Bundeswehr, von einer sozialistischen Armee zur imperialistischen Angriffsmarine so keinerlei Skrupel verursacht?

Als ehemaliger Westberliner weiß ich von vielen westdeutschen Jugendlichen, die sich durch willentlichen Umzug in die „besondere politische Einheit“ Westberlin dem Wehrdienst in der Bundeswehr entzogen hatten. Das verstand ich gut. Aber daß sich ausgerechnet Soldaten und Offiziere der NVA um die Bundeswehr reißen – eine Armee, die Nazi-Größen zu ihren Helden zählt –, das verstehe ich nicht.

Höre ich da den Einwurf, daß man eben nur den einen Beruf, den des Soldaten, erlernt hätte und schließlich sich wie die Familie ernähren müsse?

Ich will daran erinnern, daß die Diskriminierung und Benachteiligung von Kommunisten und solchen, die dafür gehalten wurden, in der BRD nichts Neues ist. Ich denke an Zehntausende Genossen der KPD in Westdeutschland, die verfolgt, eingesperrt und ins soziale Abseits gedrängt wurden. Sie haben auch bis heute fortbestehende Rentenkürzungen in Kauf nehmen müssen, weil die Haftjahre bei der Berechnung der Altersbezüge nicht berücksichtigt wurden. (Interessierten empfehle ich „Ein Staat sieht rot“, Anhörung „50 Jahre KPD-Verbot“, veranstaltet und veröffentlicht von „Die Linke“ im Bundestag).

Ich denke auch an die Westberliner SEW-Genossen, denen wegen ihres Wirkens für diese Partei der öffentliche Dienst verschlossen blieb, sowie an die mutigen Lehrer, die mit Berufsverbot belegt, also ihrer sozialen Stellung und dadurch nicht selten auch ihrer Biographie beraubt wurden. Sie alle hatten ebenfalls Familien zu versorgen, aber ich kenne keinen, wenigstens was Westberlin betrifft, der zu Kreuze gekrochen wäre. Das nenne ich Überzeugungstreue.

Nichts für ungut, aber ich mußte es mal loswerden. Übrigens: Ich freue mich schon auf die nächste Ausgabe des „RotFuchs“.

Heinz Ehrenfeld

Ideologiefrei?

Ich fasse es nicht: Ehemals hochdotierte Offiziere der NVA (mit einem großen Anteil Akademiker) fühlen sich bestätigt, wenn sie heute von Bundeswehr-Verantwortlichen „vereinnahmt“ oder sogar noch ideologisch in „demokratischere Sphären“ geführt werden.

So werben einige von ihnen inzwischen für eine „ideologiefreie Traditionspflege“ und andere, die sich nach wie vor im Deutschen Bundeswehrverband (DBwVB) oder entsprechenden Marinegliederungen wohl fühlen, setzen sich sogar öffentlich für das von „Verteidigungsminister“ Jung vorangetriebene Projekt eines „Denkmals für Dienstote“ ein.

Im Umfeld der Auseinandersetzungen um die Begehung des 50. Jahrestages der NVA war erschreckend, feststellen zu müssen, daß viele der den DBwVB Lobenden den Hintergrund der sogenannten Molinari-Stiftung gar nicht kannten und deshalb auch mit dem „Traditionsnamen“ dieser angeblichen Bildungseinrichtung überhaupt nichts anzufangen wußten. Molinari, der erste Vorsitzende des DBwVB, wurde wegen Kriegsverbrechen als Major im Panzerregiment 36 der 34. Panzerdivision der Nazi-Wehrmacht von einem französischen Tribunal in Metz im April 1952 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. 1944 war er wegen seiner „Verdienste bei der Feindbekämpfung“ mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet worden.

Die mir unverständliche Begeisterung für den Bundeswehrverband veranlaßt mich zu der Frage: Möchten da etwa einige wiederum zur „militärischen Elite“ gehören?

**Joachim König,
Fregattenkapitän a. D., Dresden**



Grafik: Heinrich Ruynat

Eine 23jährige Agrarstudentin stellt zur Diskussion: Was ich über Feminismus denke

Feminismus. Für viele ist dieser Begriff nur mit Vorurteilen erklärbar, durch sie belastet und verzerrt. Für eher wenige ist er der Zugang zu einer neuen Lebensweise. So geht es mir, wenn ich im Alltag diesen Begriff gebrauche. Durch die unklare Wahrnehmung des Feminismus ist es schwer, seine Bedeutung für die Zukunft einzuschätzen. Bietet er eine Lösung für die allgegenwärtige Ungleichstellung von Frauen und Männern? Kann der Feminismus Frauen und Männer aus ihren sozialen Geschlechterrollen befreien?

Um eines vorwegzunehmen: Ich bin keineswegs der Ansicht, daß ausschließlich Frauen der Gleichberechtigung im Privat- und Berufsleben bedürfen. Auch unsere männlichen Mitbürger leiden unter Klischees und sozialen Rollen, die sie erfüllen müssen. Die Frage muß also korrekt heißen: Kann uns der Feminismus in eine Welt führen, in der sich jeder nach seinen eigenen freien Vorstellungen und seinem Willen entwickeln kann?

Auf dem Weg zur Beantwortung der Frage möchte ich von der Feminismus-Definition von Renate Wurts ausgehen, um eine Abgrenzung klar erkennbar zu machen. Demzufolge verkörpert er im engeren Sinne eine Richtung in der Frauenbewegung, die die Unterdrückung der Frau in erster Linie „durch die Aneignung ihrer Sexualität zum Zweck der Ausbeutung ihrer Reproduktionsfähigkeit durch den einzelnen Mann und/oder patriarchalische Institutionen erklärt, die patriarchalisch geprägte Kultur und Gesellschaft in den Mittelpunkt der Kritik stellt und vorrangig den Kampf gegen das Patriarchat führt“.

Auch innerhalb des Feminismus gibt es verschiedene Strömungen, die ich an dieser Stelle nicht näher erläutern will. Geht man davon aus, daß sich der Feminismus erst umfassend entwickeln konnte, als die Idee der revolutionären Umgestaltung der Klassengesellschaft in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts in den Köpfen der Linken der BRD langsam ver-

blaßte, so läßt sich schlußfolgern, daß er eine alternative Lösung der Geschlechterfrage darstellt. Die meisten Strömungen im Feminismus suchen dementsprechend nach Lösungsansätzen innerhalb des Systems und unterscheiden klar zwischen Unterdrückung und Ausbeutung. Cristine Behrens und anderen zufolge wick „die Vorstellung der kollektiven Veränderung der Gesellschaft mehr und mehr der Auffassung, daß Frauenunterdrückung ein Problem sei, das vor allem auf der Ebene individueller Beziehungen ausgefochten werden müsse“. Mit der Aufteilung von Frauen und Männern in zwei unversöhnlich zueinander stehende „Klassen“ durch Shulamith Firestone wurden der tatsächliche Klassenkampf quasi negiert und alle bisher gewachsenen Strukturen als patriarchalisch bezeichnet und gemieden. Es sollten neue, von Frauen geschaffene Strukturen entwickelt werden. Zu einem zentralen Punkt wurden Selbsterfahrungsgruppen, in welchen sich Frauen von ihrem Leben erzählten und nach Lösungen suchten. Wurden aus diesen Runden heraus anfänglich noch Demonstrationen und Aktionen

Dieser Falle sind wir bis heute noch nicht entronnen. Deshalb ist es so schwer, Menschen politisch zu sensibilisieren und zu mobilisieren. In welchem Rahmen kann dies wieder möglich werden? Ich denke, daß es noch zu vielen in der derzeitigen Gesellschaft so gut geht, daß sie nicht bereit sind, für ihre eigentlichen Klasseninteressen auf die Straße zu gehen. Wir sind aber nicht allein, denn wir sind viele!

Juliane Barten



Vorstand berief redaktionellen Beirat

In seiner Beratung am 1. Dezember bestätigte der Vorstand den redaktionellen Beirat unter Vorsitz von **Dr. Klaus Steiniger**.

Ihm gehören an:

- Rolf Berthold**, Vorsitzender des Fördervereins,
- Prof. Dr. Götz Dieckmann**, stellvertretender Vereinsvorsitzender,
- Dr. Hans-Jürgen Audehm**, (Schwerin),
- Sieghard Kosel** (Bautzen),
- Dr. Hans-Dieter Krüger** (Halle),
- Dr. Walter Lambrecht** (Rostock),
- Wolfgang Metzger** (Berlin),
- Dr. Udo Stegemann** (Potsdam)

Inskription für ein Denkmal

Seit dem 3. Oktober 1989 ist der Weg frei für die Allmacht des Geldes, für die Herrschaft der Reichsten der Reichen, denen der schaffende Mensch nur Arbeitsvieh ist, ihren Reichtum zu mehren.

Abgerissen die Fassade des goldenen Westens. Ungenutzt die Chance für ein neues Deutschland, ein friedliches Europa, in dem die Arbeit dem Wohle der Menschen dient – nicht Räubern, Spekulanten und Zinserpressern. Untauglich eine Mauer. –

Den Terror des Geldes überwinden und vor ihm beschützen kann nur die Solidarität der schaffenden Menschen.

Johannes Dressler

initiiert, so zog man sich mit der Zeit mehr und mehr auf die oben bereits genannte individuelle Ebene zurück. Die Lebensstilpolitik wurde zu einem Schlagwort. Ist der Feminismus vor diesem Hintergrund in der Lage, die Ungleichberechtigung von Frauen und Männern zu beseitigen? Ich glaube, auf diesem Weg werden wir niemals zum Ziel gelangen. Auf ihre Individualität beschränkte Menschen werden sich ihrer vereinten Kraft nicht bewußt. Einzelkämpferinnen in Beruf und Politik passen sich, um voranzukommen, eher dem männlichen Rollenbild an, als daß sie für den Erfolg aller Frauen streiten. Wenn sie dann doch in deren Namen kämpfen, sind sie noch immer allein. Viele Schritte gegen die Gleichberechtigung werden mit einzelnen „Reformen“ für ein freieres Leben übertönt. Wir müssen uns klarmachen, daß der Arbeiter nicht von der Frauenunterdrückung profitiert. Es gilt zu begreifen, daß der Behauptung, das Proletariat sei tot, die Individualisierung jeglicher Probleme folgte.

Wie uns das Fell abgezogen wird Zur Preisexplosion

Stellen wir uns einmal vor, Klaus Feldmann oder irgendein anderer Sprecher des DDR-Fernsehens hätte von Adlershof aus ohne jeden Regierungsbeschluss und fast beiläufig verkündet, die Preise für Milch, Butter, Fleisch und Getreideprodukte würden vermutlich bald um bis zu 30 Prozent steigen. Und auch die Energieversorger sähen sich leider gezwungen, ihre Tarife um etwa 10 Prozent anzuheben. Was wäre passiert?

Man hätte die Führung vermutlich noch am selben Tage zum Teufel gejagt, um Schlimmeres zu vermeiden. Keine Regierung der DDR wäre unter solchen Umständen länger als 24 Stunden im Amt geblieben. Bekannt ist, daß Erich Honecker und das Politbüro der SED strikt dagegen waren, den äußerst niedrigen Brotpreis, die oftmals unter den Selbstkosten liegende Wohnungsmiete oder die spottbilligen Verkehrstarife zu verändern.

Doch in der kapitalistischen BRD kräht fast kein Hahn danach, was die eigentlichen Machthaber in den Unternehmerverbänden, Konzernen und Banken gerade im Schilde führen. Die „freie Marktwirtschaft“ gestattet es den Kapitaleignern – in bestimmten, aber sehr weitläufigen Grenzen – völlig frei darüber zu befinden, wann, wie und in welchem Grade sie den Verbrauchern, also uns, in die Tasche greifen. Der maßlos „verschlangte“ Staat läßt den immer feister gewordenen

„Wirtschaftskapitänen“ ihren „Ermessensspielraum“. Sie entscheiden darüber, was in der Bundesrepublik Deutschland wirklich zu geschehen hat. Die Regierenden bekritteln dann zögerlich und verhalten deren Tun und Lassen, ohne ihnen wirklich Schranken zu setzen. Die „Privatwirtschaft“, hinter der sich Namen und Hausnummern von Großaktionären verbergen, legt im Grunde genommen die Preise nach eigenem Ermessen fest. Die vielbeschworene Preisspirale ist ihr Werk. An ihr wird allein aus Profiterwägungen „gedreht“. Da liegt der Hase im Pfeffer. Nur deshalb wird den Konsumenten das Fell über die Ohren gezogen.

Die Massen knurren zwar, viele Menschen sind empört, doch am System ändert sich nichts. Solange sich nicht aus latenter Unzufriedenheit Protest und Widerstand entwickeln, bleibt alles beim alten.

Aber es gibt auch Lichtpunkte. Die Lokführer haben uns gezeigt, daß man nicht ewig stillhalten darf.

Geradezu grotesk ist es, wenn sich ausgerechnet die Regierenden darüber beschweren, in Deutschland werde zu wenig Getreide angebaut. Das begünstige den Preisaufrtrieb. Diese Schuldzuweisung

ist ein Witz. Hat man nicht im Komplott mit Brüssel riesige Ackerflächen gegen Entschädigung für unterlassene Produktion bewußt in Brachen verwandelt? Und wird nicht der zur Spielwiese für Biodiesel-Konzerne degradierte Osten immer mehr in ein grell-gelbes Raps-Reservat verwandelt?

Übrigens: Die eingangs unterstellte Situation hat es nie gegeben. In der DDR ereigneten sich keine vergleichbaren Preisexplosionen, weil Industrie und Landwirtschaft volkseigen oder genossenschaftlich waren, wodurch kapitalistischer Profitgier als Triebkraft von vornherein der Weg verlegt wurde. Die Preise für Brot, Fleisch, Milch, Butter und andere Güter des täglichen Bedarfs sowie die Tarife für Energie – an den Zapfsäulen der Tankstellen wie aus den Steckdosen oder Gasherdfammen – blieben bis zum letzten Tag der DDR stabil. Natürlich auch die Fahrpreise. Den inflationären Anstieg verdanken wir allein und ausschließlich solchen Glücksbringern wie Kohl, Schröder und Merkel samt ihrer „freien Marktwirtschaft“.

K. S.

Brief aus der „Heldenstadt“ Hochkonjunktur für Statistik-Fälscher

Nach Winston Churchill soll man nur jener Statistik glauben, welche man selbst gefälscht hat. Ich weiß nicht, wie viele Bären der britische Premierminister seinem Volk aufgebunden hat. Aber es ist sicher, daß es in der BRD zahlreiche Nachahmer Churchills gibt. Ein Schwerpunkt ist der Arbeitsmarkt. Hier findet die massivste Tatsachenverdrehung statt. Unstrittig ist, daß Arbeitslosigkeit für die ostdeutsche Bevölkerung nach wie vor das gravierendste Problem darstellt. So wissen z. B. Experten in den Gewerkschaften seit langem, daß die Leitmedien die sogenannte Dynamik des Arbeitsmarktes und damit der Wirtschaft einfach ausblenden. In Leipzig besteht die monatliche Presseinformation der Agentur für Arbeit aus einem ca. 30 Seiten umfassenden Papier, in dem sich einige „Lücken“ auftun. In der Statistik fehlen die Beschäftigungsentwicklung, die Häufigkeit und absolute Dauer von Langzeitarbeitslosigkeit und die Auswirkung des Abwanderns von Fachkräften in den Westen. Den Hauptfilter installieren die medialen Desinformationszentralen des Leipziger und mitteldeutschen Raumes dadurch, daß sie mindestens die Hälfte aller relevanten Fakten einfach verschweigen. Dazu gehören nach Berufsbranchen aufgegliederte Stellenzüge.

Ebenfalls unbekannt ist den Bürgern die hochbrisante Langzeitgrafik, ohne deren Kenntnis die reale Entwicklung nicht verfolgt werden kann. Diese „Fieberkurve“ offenbart die ständige Unsicherheit in der kapitalistischen Wirtschaft, die sich in schwankenden Auftrageingängen mit kurzfristigen Entlassungen, Einstellungen, Firmenschließungen und Neugründungen manifestiert. Sie zeigt u. a. das Versagen von Rosa-Grün und Schwarz-Rosa bei der Mittelstandsförderung und läßt erkennen, daß hiesige Politiker die Unwahrheit verbreiten, wenn sie – wie der frühere Leipziger OB Wolfgang Tiefensee – allein den Zusammenbruch der Industriebetriebe für die Misere verantwortlich machen. Dieser erfolgte bis 1993 und führte zum plötzlichen Verlust von 70 000 Arbeitsplätzen, erklärt aber nicht den nachfolgenden Abbau von bis jetzt 120 000 Stellen. Über dessen Ursachen schweigt sich die „politische Elite“ der Messestadt beharrlich aus!

Ergänzend noch einige Angaben aus der Presseinformation des Agenturbezirkes Leipzig vom September 2007: Arbeitslose insgesamt – 62 825 (15,8 %). Freie Stellen – 5530 (ungefördert und sinkend). In der Ausbildungsmarktbilanz gab es 10569 Bewerber bei 583 Stellen. Seit 17 Jahren besteht nun diese katastrophale „Unterversorgung“. Damit ist nachgewiesen, daß

nur die angeblich „marode“ Wirtschaft der DDR dazu imstande war, den Bedarf hundertprozentig zu decken.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind in Ostdeutschland nur noch 5,1 Millionen Menschen. Bezöge man die 2 Millionen „Ostflüchtlinge“ und die 500 000 Zwangspendler sowie alle von Hilfsmaßnahmen Erfassten und die „stille Reserve“ in die hiesige Arbeitsmarktstatistik wieder ein, dann würde die Arbeitslosenquote die Marke von 50 % erreichen.

Die politisch bedingten Hauptprobleme beim Mittelstand werden von Kennern der Verhältnisse wie folgt definiert: Hohe Steuer- und Abgabenbelastung; Investitionskürzungen im Bereich der öffentlichen Hand; Kaufkraftschwund durch Dumpinglöhne, staatlich organisierte Überkonkurrenz; ungehemmter Import von Billigprodukten; mangelnde Rechtssicherheit im Zahlungsverkehr zu Lasten der Auftragnehmer. Übrigens sind staatliche Auftraggeber häufig die säumigsten Zahler und größten Schuldner der Handwerksbetriebe und kleinen Industriefirmen. Sie kalkulieren offenbar Massenpleiten, enorme Verluste und Zehntausende weitere Arbeitslose kaltblütig ein. Leipzigs „Stadtväter“ besitzen für die genannten Probleme keine Lösungsansätze.

Joachim Spitzner

Das Buch von Henry Leide „NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR“, dem die Autoren des Anti-Leide ihre analytische Aufmerksamkeit widmen, gehört in die Reihe auftragsgemäßer Publikationen, welche darauf abzielen, die DDR zu delegitimieren. Es geht im besonderen um die anhaltende Attacke, den Antifaschismus der DDR in Frage zu stellen. Man weiß bundesdeutscherseits genau um das Gewicht, das dieser für deren Legitimität besitzt.

Leide hat sich im Schwerpunkt des Themas angenommen, wie und auf welche Weise ehemalige Anhänger der Nazis vom MfS angeworben wurden, um für die Sicherheit der DDR insofern tätig zu werden, daß sie zu organisierten Feinden der DDR in der BRD Zugang fanden und für entsprechende Informationen sorgten. Diesen Teil des Buches untersuchen die Autoren nicht. Sie haben sich der Absicht Leides gewidmet, die Aburteilung nazistischer Verbrecher durch die DDR-Justiz als „Propagandaveranstaltungen“ zu diskreditieren. Das veranlaßte ihn dazu, sich mit einem dieser Verfahren besonders zu beschäftigen. Es handelt sich um die Strafsache gegen den einstigen SS-Obersturmführer Heinz Barth, der an dem Massaker im französischen Oradour-sur-Glane beteiligt war. Am 10. Juni 1944 hatte ein SS-Kommando die Ortschaft überfallen, um für Widerstandsaktionen französischer Patrioten Vergeltung zu üben. Fast die gesamte Bevölkerung wurde ermordet, Oradour dem Erdboden gleichgemacht.

Nach langwierigen Ermittlungen gelang es der DDR, einen der SS-Täter ausfindig zu machen, was zu einem Strafprozeß gegen ihn führte, der am 7. Juni 1983 mit der Verurteilung Barths zu lebenslanger Freiheitsstrafe endete.

Leide will nun beweisen, daß dieses Verfahren mit dem Ziel in Szene gesetzt wurde, die Verfolgung weiterer NS-Täter in der DDR zu verhindern und andererseits die BRD wegen ihrer Untätigkeit auf diesem Gebiet bloßzustellen. Die Autoren des „Anti-Leide“ waren insofern persönlich angesprochen, als sie in dieser Sache und einigen anderen Fällen selbst aktiv gewesen waren. Hans-Herbert Nehmer hat z. B. als Richter im Strafverfahren gegen Barth gewirkt. Kennzeichnend für die von Leide betriebenen Nachforschungen ist die Verbreitung von Halbwahrheiten. Die besondere Schwierigkeit bestand darin, diese exakt nachzuweisen. Bis ins Detail mußten Leides Formulierungen geprüft werden, um zu zeigen, wie voreingenommen er mit Tatsachen und der Wahrheit umgegangen ist. Daß der „Anti-Leide“ in manchen Passagen nicht leicht zu lesen ist, hängt mit der Notwendigkeit zusammen, die Manipulationen Leides minutiös darzulegen, was viele Querverweise erforderlich machte.

Eine zentrale Stelle in Leides Fabrikat nimmt der Vorwurf ein, das Gericht habe zwei Komplizen Barths ermittelt und sie eindringlichen Vernehmungen ausgesetzt, diese aber im Verfahren dann nicht als

Das Leid des Herrn Leide unter dem Seziermesser des „Anti-Leide“ Aufguß eines bekannten Gebräus

Zeugen geladen. Der Autor des allein auf die Abwertung der DDR zielenden „Werkes“ behauptet, diese beiden Personen habe man absichtlich vor Gericht herausgehalten, weil die Gefahr bestanden hätte, „daß deren eigene Taten in der medienwirksam inszenierten Hauptverhandlung zur Sprache gelangt wären. Man befürchtete Negativschlagzeilen in der Westpresse“. Die Autoren des „Anti-Leide“ machen deutlich, daß unauflösbare Widersprüche in den Aussagen der beiden SS-Angehörigen eine Zeugenschaft im Verfahren ebensowenig zuließen wie ein Vorgehen gegen sie selbst. Im übrigen müsse die Frage, warum wohl die BRD nach dem Anschluß der DDR kein Strafverfahren gegen diese ehemaligen Nazis eröffnet habe, aufgeworfen werden. Dieses wäre doch ein schlagender Beweis für die von Leide der DDR angelastete Nichtverfolgung von Tätern aus politischen Gründen gewesen. Die Autoren konstatieren: „Angesichts der konkreten Beweislage hätte sich kein Gericht der BRD gefunden, die beiden ‚Verdächtigen‘ zu verurteilen.“ Außerdem handelt es sich um ein Beispiel für die Absurdität der Behauptung, die DDR habe Hunderte Nazis versteckt gehalten, um in Sachen Antifaschismus mit „weißer Weste“ dazustehen. Das hohe Niveau der Zurückweisung solcher Unterstellungen im Zusammenhang mit der Strafsache Barth steht für die Auseinandersetzung mit seinem gesamten Machwerk.

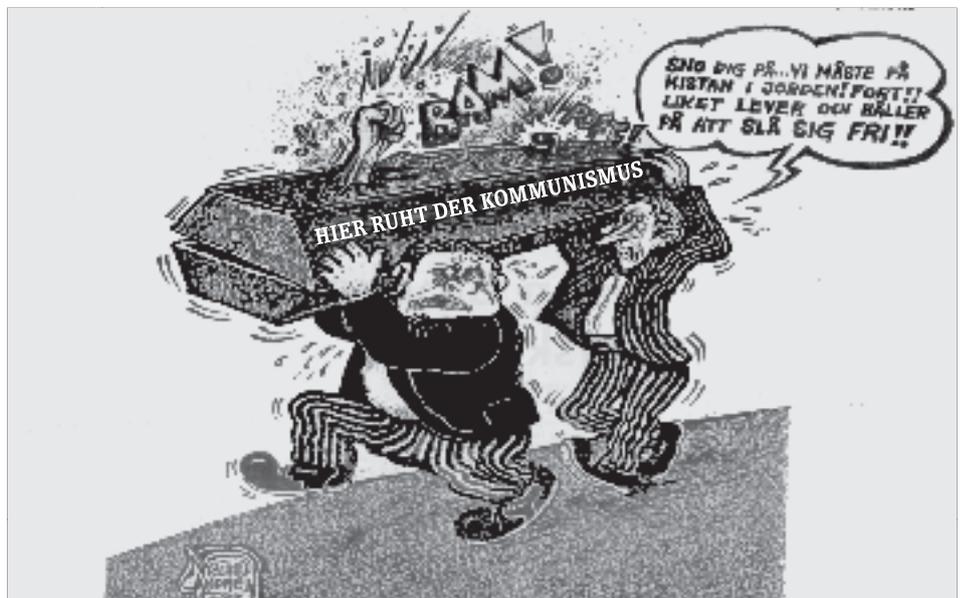
Typisch ist, daß Leide die von ihm behandelten Vorgänge und Dokumente mit Wertungen belegt, die der DDR grundsätzlich politische Börsartigkeit unterstellen. Sein Vorgehen in der Angelegenheit Barth kann

als exemplarisch für die Beurteilung dieser Methodik betrachtet werden.

Das hier rezensierte Buch enthält im Anhang eine wichtige Dokumentation. Sie bestätigt die korrekte Durchführung des Strafverfahrens gegen Barth – das Urteil ist im Wortlaut abgedruckt –, und läßt den Leser anhand der Akten des MfS die mühselige und gewissenhafte Kleinarbeit nachvollziehen, die zur Täterermittlung und -überführung erforderlich war. Der in der bundesdeutschen Öffentlichkeit vorherrschende Standpunkt, das MfS habe die Strafjustiz der DDR gesteuert, wird ad absurdum geführt. Was in der Chronik der DDR längst Geschichte war – bis zum Jahre 1955 sind Kenntnisvermerke von Politbüromitgliedern auf bestimmten Urteilsentwürfen bekannt –, verlagert der Mitarbeiter der BIRTHLER-Behörde Dr. Gieseke einfach in spätere Jahrzehnte. Am 21. 10. 2005 schrieb er an Oberrichter Nehmer: „Der ganze Ablauf des Prozesses gegen Barth erweckt bei mir vielmehr den Eindruck, daß das Strafmaß aufgrund der intensiven Ausstrahlung des Verfahrens nach Frankreich und in die Bundesrepublik nicht auf der Richterbank, sondern im Politbüro festgelegt wurde.“ Vorurteile sind, wenn es gegen die DDR geht, offenbar unausrottbar.

Prof. Dr. Detlef Joseph

Horst Busse, Hans-Herbert Nehmer, Dieter Skiba: Herr Henry Leides Umwälzung der Geschichte der DDR – „Anti-Leide“, Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e. V. (Hg.), Berlin 2007, 212 S., 6,- Euro



**„Mach hin, die Kiste muß in die Erde. Nichts wie weg! Der Leichnam ist lebendig und dabei, sich wieder freizuschlagen.“
Aus: „Proletären“, Göteborg**

Als ein Sondertransport aus dem Hamburger Hafen über Bayern nach Mecklenburg fuhr Der fehlgeleitete Kohlezug

Der Winter ist da. Er fügt die meteorologische Kälte jener hinzu, welche uns aus dieser Gesellschaft täglich entgegenschlägt. Vielen Haushalten bringt er zusätzliche Belastungen, denn auch Wärmeenergie und Brennstoffe unterliegen gnadenlosen Profiterwägungen.

Unvorhersehbare Witterungsverhältnisse konnten uns allerdings auch zu DDR-Zeiten empfindlich treffen. Gewaltige Schneemassen waren bisweilen die Ursache von Havarien, aber auch langanhaltender oder außergewöhnlich strenger Frost. Ich erinnere mich an den Winter 1982/83, den niemand in dieser Härte einkalkuliert hatte. Dadurch verursachter Mehrverbrauch bescherte uns zusätzliche Kosten, von denen die Privathaushalte nicht ausgeschlossen waren. Aber die Preise für Energie und Brennstoffe bildeten in der DDR kein Spekulationsobjekt. In jenem Winter steckte ich als Mitglied des Rates des Bezirks Neubrandenburg und Leiter der Bezirksenergiekommission (BEK) mittendrin. (Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes wurde ich erst später.) Die verfügbaren Brennstoffbestände nahmen weitaus schneller ab, als es der Plan vorsah, und die Produktion im eigenen Land vermochte die Löcher nicht zu stopfen. Sie war witterungsbedingt ebenso erschwert wie der Transport in total vereisten Waggonen. Andere sozialistische Staaten konnten uns nur partiell helfen, denn sie sahen sich ähnlichen Problemen gegenüber. Also mußte die Lösung auf dem kapitalistischen Weltmarkt gesucht und gefunden werden. Der aber war ein Schauplatz des gegen uns gerichteten Klassenkampfes.

Wir durchlebten schwere Monate. Die Energiekommissionen der Bezirke hatten die zentral geleitete Energie- und Brennstoffversorgung mit den Mitteln und Möglichkeiten ihrer Territorien zu unterstützen. Sie sollten den eigenen Verbrauch so beeinflussen, daß er mit dem verfügbaren Aufkommen gedeckt werden konnte. Der Kampf um strengste Sparsamkeit war noch konsequenter zu führen.

Seitdem ruft jeder neue Winter bei mir Erinnerungen wach und weckt zugleich den Stolz darauf, wie die DDR diese kritische Situation zu meistern verstand. Im Bezirk Neubrandenburg gab es nirgendwo durch

sie ausgelöste Produktionsstillstände, Unterrichtsausfälle oder Einschränkungen der gesundheitlichen Betreuung. Die Bevölkerung wurde rund um die Uhr und überall versorgt. Eine Kinoveranstaltung konnte schon mal ausfallen, und es stimmt auch, daß die Schwimmhalle einer FDGB-Ferieneinrichtung vorübergehend dichtgemacht werden mußte, weil man dort plötzlich eine „außerplanmäßige Renovierung“ ansetzte.

In dieser Lage wurden sonst unübliche Methoden der Planung, Leitung und Kontrolle praktiziert. So kam es vor, daß der Staatssekretär im Ministerium für Kohle und Energie vor einer jetzt nicht nur einmal wöchentlich stattfindenden Koordinierungsberatung mit uns BEK-Vorsitzenden bei seiner Mutter im Bezirk Dresden anrief und sie bat, doch mal aus dem Fenster zu schauen, ob beim benachbarten Kohlenhändler Briketts an die Bevölkerung verkauft würden und – wenn ja – welche Länge die Schlange habe.

Der Ernst der damaligen Situation wird daran erkennbar, daß ich nahezu allabendlich in vorgerückter Stunde mit dem Bezirksdirektor des Kohlehandels in dessen „Gefechtsstand“ zusammentraf, um den Tagesverlauf und die Bestände zu bilanzieren. Noch in der Nacht war ein Rapport an den 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates fällig.

Täglich wurden in einer Arbeitsgruppe der Regierung operative Entscheidungen über außerplanmäßige Brennstoffimporte getroffen. Dabei ging es in der Regel um harte Valuta. So ergab es sich, daß eine Schiffsladung Steinkohle aus den USA in die DDR auf den Weg gebracht wurde. Der Zielhafen war Hamburg. Man fragte sich unwillkürlich, ob dafür keine günstigere Lösung hätte gefunden werden können. Doch die bundesdeutschen Freunde des überseeischen Lieferlandes waren offenbar als Ratgeber aufgetreten.

Die amerikanische Kohle wurde also in Hamburg in bereitstehende Ganzzüge umgeladen, die für Bezirke der DDR oder ausgewählte Großverbraucher bestimmt waren. Dispatcher des VE Kombinat Kohleversorgung hatten sich dort eingefunden und betreuten den Vorgang exakt. Sie informierten die vorgesehenen Empfänger minutiös über den Abgang der Trans-

porte, wobei sie ihnen auch die jeweilige Zugnummer nannten. So wurden wir im Detail unterrichtet. Fest stand, wie mit der Kohle zu verfahren war. Wir hatten maximal vier Verteilungsschwerpunkte auszuweisen, in denen dann die Ladung beschleunigt zu löschen war.

Inzwischen ergriffen auch unsere westlichen Nachbarn ihre Maßnahmen. Wir gingen davon aus, daß der Zug auf dem kürzesten Wege in unseren Bezirk einfahren würde. Dementsprechend hatten wir disponiert. Durch die Räte der in Betracht kommenden Kreise waren Entladetechnik und Arbeitskräfte an den jeweiligen Bahnhöfen zusammengezogen worden. Doch der Zug kam nicht. Wir warteten einen Tag und noch einen.

Die Dispatcher in Hamburg bestätigten uns, daß der Kohletransport längst abgefertigt worden sei und sich in Bewegung gesetzt habe. Auf unserer Seite der Staatsgrenze aber wußte niemand etwas von seinem unmittelbar bevorstehenden Eintreffen. Vielleicht gebe es Gründe für die Benutzung eines anderen Übergangs, fragten wir und stellten weitere Nachforschungen an. Schon bald kam vom Verkehrswesen die Antwort. Über einen solchen Zug wisse niemand etwas, erfuhren wir zu unserer Verblüffung. Auf dem Territorium der DDR befand er sich nicht. Und zum Passieren der Grenze, war er nirgendwo angemeldet. Da schien guter Rat teuer. Unterschiedliche Organe befaßten sich nun mit dem Problem. Die Entladetechnik rollte unterdessen in die Genossenschaften zurück. Am zweiten Tag nach der Abfertigung des Zuges aber kam Licht in das Dunkel. Wir erhielten die Nachricht, unsere Kohle befinde sich irgendwo in Bayern und werde tags darauf im Bezirk Gera die Grenze zur DDR passieren.

So geschah es auch. Während bei uns die Energieträger dringend benötigt wurden, mußte der Zug fast durch das ganze Land rollen. Ich weiß nicht mehr mit Sicherheit zu sagen, wie vielen anderen Bezirken der DDR ähnlich mitgespielt worden ist. Der Nord-Süd-Transfer unserer Kohle wurde dennoch in einer Zeit bewältigt, die uns in Erstaunen versetzte und begeisterte. Die Entladetechnik rückte wieder an, allerdings nicht ohne spitz Bemerkungen unmitttelbar Beteiligter.

Auch das hier Geschilderte war ein Stück Klassenkampf. Dieser westliche Störversuch gehörte zu den Hieben und Stichen, die uns der Gegner versetzte. Natürlich hat es uns Geld und Ressourcen gekostet. Die von den Auslösern der „kleinen Verzögerung“ erhofften Folgen aber blieben aus. Heute müssen wir uns allerdings eingestehen, daß wir solche für sich selbst sprechenden Episoden viel zu wenig publik gemacht haben. **Wolfgang Mäder**

Herzlich gratulieren wir der Genossin

Ursula Berthold

aus Berlin, die mit reichen internationalen Erfahrungen zum Gelingen unserer Arbeit beiträgt, zu ihrem

70. Geburtstag am 9. Januar.

Zeitschrift und Förderverein
beglückwünschen
Genossin

Brigitte Tichauer

aus Berlin, die sich um den Vertrieb des RF und die Arbeit mit Kindern verdient gemacht hat,
zu ihrem **70. Geburtstag**
am **28. Januar.**

Unter den Gründen, die als Ursachen für den Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa genannt werden, fehlt oftmals der Bezug auf den ideologischen Revisionismus. Das ist um so verwunderlicher, als die Abkehr der führenden Parteien von Grunderkenntnissen der Klassiker des Marxismus-Leninismus zu den Hauptvoraussetzungen einer erfolgreichen Konterrevolution in einem sozialistischen Staat gehört. Um der Gefahr zu begegnen, hätte man die Lehren der ungarischen, tschechoslowakischen und polnischen Ereignisse, die – historisch betrachtet – nicht weit zurücklagen, rechtzeitig analysieren müssen. Doch in den meisten europäischen sozialistischen Ländern fand niemals eine tieferlotende Untersuchung der seit dem Sieg der volkdemokratischen Revolution unternommenen Aktionen des Gegners und der Rolle des ideologischen Klassenkampfes statt. Dafür gibt es unterschiedliche Erklärungen. Die einen mochten nicht an diese „unangenehmen Episoden“ erinnert werden, deren mögliche Wiederholung man leichtfertigerweise ausschloß. Andere wollten vermeiden, durch ihre Analysen den Protest der betroffenen Bruderparteien auszulösen. Wieder andere nahmen an, der Revisionismus sei nur eine vorübergehende Erscheinung gewesen, deren Träger sich entweder selbst diskreditiert oder sofort wieder zurückgezogen hätten. In einigen Parteien, darunter auch der SED, vertraute man vermeintlich hinreichender und lange Zeit auch geübter Klassenwachsamkeit, so daß man sich gegen jeglichen Anflug des Rechtsopportunisten gewappnet fühlte.

Offenbar hielt man diesen, der bereits Ende des 19. Jahrhunderts Schritt für Schritt zur Umwandlung revolutionärer in reformistische Parteien vom Schläge der SPD geführt hatte, unter den Bedingungen der Vorherrschaft marxistischer Ideen nicht für akut gefährlich. Dennoch besaßen die Revisionisten in nahezu jeder Partei stets Anhänger und Verfechter. Allerdings hatte sich ihr äußeres Erscheinungsbild gewandelt und der neuen Lage angepaßt. Die Träger ihrer Ideologie traten in den 80er und 90er Jahren weniger in oppositionellen Fraktionen unter Führung bekannter Theoretiker oder Funktionäre auf, wie das zuerst bei Eduard Bernstein, dann bei dem Ungarn Imre Nagy oder dem tschechoslowakischen Sozialdemokraten Alexander Dubcek der Fall gewesen war, sondern agierten vor allem unter Parteimitgliedern im künstlerischen Bereich, in Bildungs- und Forschungseinrichtungen, in Schlüsselpositionen der Medien, in Wissenschaftsakademien einschließlich derer der staatstragenden Partei.

In Polen war der Revisionismus in den 60er Jahren zwar auf administrativem Wege bekämpft worden, eine inhaltliche Auseinandersetzung hatte aber nie stattgefunden. Da sich seine Protagonisten nicht fraktionell-organisatorisch zusammenschlossen, also das Statut formell einhielten und die Einheit der Partei unangetastet ließen, wurden sie von der PVAP auch nicht als feindliche

Gruppierung wahrgenommen. Weil die wissenschaftliche Weltanschauung in der polnischen Partei ohnehin nur sporadisch und schwach vermittelt worden war, konnten sich Verfechter marxistisch-leninistischer Positionen seit Gomulkas Tagen in Personalangelegenheiten kaum noch durchsetzen. Während der Konterrevolution 1980/81, auf die mit der Verhängung des Ausnahmezustands reagiert wurde, bestimmten Revisionisten bereits ganz wesentlich die Parteilinie. Doch die Wucht des Frontalangriffs der Reaktion ließ deren Konzepte nicht vollends aufgehen.

Nach der zeitweiligen Niederlage der polnischen Konterrevolution verbuchte die Parteilinke zwar Terraingewinne, doch mit der erneuten Destabilisierung 1988

lung der Parteien unbrauchbar gemacht wurden. Der nicht vom Himmel gefallene „gesellschaftliche Druck“, den die Gegner des Sozialismus selbst inszeniert hatten, trieb die der Sache treu Gebliebenen rasch in die Defensive. Das „Vakuum“ füllten jene auf, welche die Staatsmacht zuvor weitgehend gelähmt hatten.

Der Klassenfeind konnte sich sehr frühzeitig darauf einstellen, daß die Verteidigungs-, Sicherheits- und Schutzorgane der sozialistischen Länder durch den ausdrücklichen Befehl zur Gewaltlosigkeit neutralisiert worden waren. Die Hauptkräfte der Parteien erwiesen sich als führungslos, desorientiert, verunsichert und nicht mehr aktionsfähig. Ihr konterrevolutionärer Gegner aber vermied bewußt den Einsatz physischer Gewalt,

Wie Ideologie-Wächter eingeschläfert wurden „Mut zur Erneuerung“

vermochten sich dann die Rechten endgültig durchzusetzen, was ein Jahr später Volkspolen in die Kapitulation zwang. Dieses Szenarium wäre ohne die Abschwächung der ideologischen Arbeit in der KPdSU, ohne die verräterische Politik Gorbatschows, der die Errungenschaften des Sozialismus kampfflos preisgab, nicht möglich gewesen. Nun war auch in den anderen sozialistischen Ländern unter dem Vorwand einer „von höchster Stelle“ angeratenen Suche nach neuen Modellen bei gleichzeitiger Verwerfung „überholter“ marxistischer Konzepte der Weg für die Artikulation reformistischer Auffassungen frei. Erneut erwiesen sich die Parteien Ungarns und Polens als Vorreiter der zunächst schleichenden, dann offenen ideologischen Konterrevolution.

Da sich der Gegner schnell darauf einstellte, dem „Mut zur Erneuerung“ Anerkennung zollte und die Lage außenpolitisch stabil blieb, glaubten viele, „im Trend“ zu liegen. Die Illusionen über Gorbatschow sowie die als Perestroika und Glasnost bezeichnete Untergrabung des Sozialismus, vor allem durch die westlichen Medien propagiert, schufen ein Umkehrbild: Ausgemachte Revisionisten galten nun als „moderne Reformer“, und standhafte Marxisten wurden als Verfechter der „reinen Lehre“ in Verruf gebracht. Das verunsicherte die mit der Verbreitung sozialistischer Ideologie befaßten Institutionen, die zunehmend von Revisionisten zersetzt und für die Strategieentwick-

die das linke Potential erneut mobilisiert hätte. Die sogar zur Losung erklärte Gewaltlosigkeit garantierte den Erfolg der Konterrevolution.

Statt die Partei auf den Übergang in den Kapitalismus vorzubereiten, erzeugten die Revisionisten die Illusion, es gehe um den Aufbau eines „verbesserten“, „demokratischeren“ Sozialismus. „Runde Tische“ dienten der Täuschung.

Angesichts des sich scharf zuspitzenden Klassenkampfes stellten die meisten Kommunisten die organisatorische Einheit und das Weiterbestehen ihrer Partei höher als die Auseinandersetzung mit den massiv an Einfluß gewinnenden Rechten. Nur dadurch konnten diese jetzt überall das Zepter übernehmen und die Parteien rasch in reformistische Organisationen umwandeln. Als die von ihnen vorangetriebene Entwicklung dann außer Kontrolle geriet, bildeten sie „Übergangsregierungen“, deren Programm die ideologische Kapitulation in der Hoffnung verkündete, weiterhin an der Macht beteiligt oder im künftigen politischen System wenigstens geduldet zu werden. Festzuhalten bleibt, daß die nun vorübergehend regierenden Revisionisten tatsächlich nichts für die Verteidigung oder Rettung sozialistischer Errungenschaften taten, sondern der Bourgeoisie gewollt oder ungewollt die „friedliche“ Machtübernahme ermöglichten.

Dr. Bernhard Majorow

9. Internationale Beratung der Kommunisten

Das Minsker Treffen

An der 9. internationalen kommunistischen Konferenz, die vom 3. bis 5. November in der belarussischen Metropole Minsk stattfand, beteiligten sich Abgesandte von 80 kommunistischen und Arbeiterparteien aus über 60 Ländern. Im Mittelpunkt der Beratungen, denen entsprechende Treffen in Athen und Lissabon vorausgegangen waren, stand der 90. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Ihre Bedeutung für das 21. Jahrhundert und damit verbundene strategisch-taktische Fragen bildeten den Gegenstand der lebhaften Diskussion. Unter den Teilnehmern befanden sich Delegationen staatstragender kommunistischer Parteien aus China, Kuba und Vietnam.

Minsk war vor allem aus zwei Gründen als Tagungsort gewählt worden: Erstens fand dort im Jahre 1898 der I. Parteitag der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPR) statt, auf dem die marxistische Vorhutpartei des russischen Proletariats gegründet wurde. Zweitens ist Minsk heute die Hauptstadt der Republik Belarus, die seit 13 Jahren unter ihrer fortschrittlichen Regierung einen Kurs im Interesse des Wohlergehens der Massen verfolgt. Während in anderen früheren Sowjetrepubliken das Revolutionsjubiläum nicht mehr begangen wird, ist in Belarus der Jahrestag des Roten Oktober 1917 als staatlicher Feiertag beibehalten worden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR durch die von Michail Gorbatschow und Boris Jelzin herbei- und angeführte Konterrevolution geriet auch Belorußland unter den Einfluß proimperialistischer „Reformkräfte“, von denen die Restauration des Kapitalismus sofort in Angriff genommen wurde. Allgegenwärtiges Chaos, eine galoppierende Inflation und landesweit grassierender Sittenverfall waren die Folgen. 1994 fegte eine Massenbewegung unter führender Beteiligung von Kommunisten das korrupte Regime hinweg. Alexandr Lukaschenko, ehemals Leiter eines sozialistischen Landwirtschaftsbetriebes, der das Beste aus sowjetischen Zeiten bewahren wollte, wurde Staatspräsident. Später wählte ihn das belarussische Volk zum offenen Entsetzen der alle Register ziehenden NATO-Imperialisten abermals in dieses Amt.

Die Republik Belarus bezeichnet ihr ökonomisches System als „sozial orientierte Marktwirtschaft“ – ein Terminus, der mit in China gebräuchlichen Begriffen Ähnlichkeit besitzt. Während kapitalistische Elemente zugelassen sind, befinden sich sämtliche strukturbestimmenden Unternehmen der Industrie und des Agrarsektors fest in staatlicher Hand. Das Schul- und das Gesundheitswesen stehen allen Bürgern unentgeltlich zur Verfügung. Es gibt de facto keine Arbeitslosigkeit. Belarus ist inzwischen einer der größten Lebensmittelexporteure Europas.

Der erste Tag der 9. internationalen Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien begann mit Kranzniederlegungen am Minsker Lenin-Denkmal und am Monument für die Helden des Großen Vaterländischen Krieges der Völker der Sowjetunion. Anschließend empfing Präsident Lukaschenko die Teilnehmer des Treffens zu einem herzlichen Gespräch. Am 3. Beratungstag besichtigten die Gäste vier florierende Staatsbetriebe.

Am 5. November reisten die Delegationen mit dem Nachtzug nach Moskau. Dort suchten sie zunächst das Lenin-Mausoleum auf und waren dann bei einer Festveranstaltung der KP der Russischen Föderation zum Oktober-Jubiläum zugegen. Den äußeren Rahmen hierfür lieferte der historische Säulensaal des Hauses der Gewerkschaften. Zu den Rednern gehörten der KPRF-Vorsitzende Gennadi Sjuganow sowie die Kosmonautin und kommunistische Duma-Abgeordnete Swetlana Sawizkaja, die als zweite Frau im Weltall gewesen war.

Am 7. November beteiligten sich alle ausländischen Abordnungen an einem Umzug mit anschließender Kundgebung, zu der die russischen Kommunisten aufgerufen hatten. Die Polizei schätzte die Zahl der Demonstranten auf 40 000. Die Veranstalter gingen von einem Mehrfachen aus. Die KPRF-Zentrale sprach vom „größten Aufmarsch politischer Kräfte in Moskau seit 1993“.

R. F., gestützt auf „The New Worker“, London

Tagung der Weltgesellschaft für politische Ökonomie in Hamada (Japan)

Wurzeln geschlagen hat die 2006 in Shanghai gegründete und in Hongkong registrierte Weltgesellschaft für politische Ökonomie (WAPE). Im Juni 2006 berichtete ich den RF-Lesern von ihrem Start. Die Gesellschaft veranstaltete im Oktober 2007 in der neu entstandenen Shimane-Universität von Hamada (Japan) – die Stadt liegt etwa 200 Kilometer nordöstlich von Hiroshima – ihr 2. Forum. Das Thema lautete: „Die Politische Ökonomie über die gegenwärtige Beziehung zwischen Arbeit und Kapital in der Welt“.

Die Resonanz war beachtlich. Über 80 Ökonomen aus 15 Ländern aller Kontinente hatten sich eingefunden. 40 neue Mitglieder wurden von der WAPE aufgenommen. Genügte vor einem Jahr noch ein Protokollband, um alle eingereichten Beiträge in englischer und chinesischer Sprache zu erfassen, so waren diesmal zwei Bände mit je 450 Seiten erforderlich. Auf der abschließenden Plenarsitzung wurde eine Erklärung verabschiedet, deren Entwürfe seit Juli im Umlauf gewesen waren und über die drei Tage in Japan intensiv diskutiert worden ist.

Dabei wurde die Vorstellung zurückgewiesen, daß nachteilige Entwicklungen der Lage der Arbeiter im Interesse des

wirtschaftlichen Fortschritts in Kauf genommen werden müßten. Die Gründe für diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen müßten analysiert werden, wurde beschlossen. Zu den Faktoren, die intensiver zu studieren seien, gehörten die zunehmende ökonomische Integration, welche die Verhandlungsmacht der Arbeiter unterminiert habe; das Verschwinden der meisten sozialistischen Staaten, durch deren Existenz das Vermögen des Kapitals in Schach gehalten worden sei, die Lage der Werktätigen zu verschlechtern; die Schwächung kommunistischer, sozialistischer und anderer linker Parteien in den kapitalistischen Ländern und in einigen Fällen die Preisgabe der Verteidigung von Arbeiterinteressen durch frühere linke Parteien; die Untergrabung der Gewerkschaftsbewegung in vielen kapitalistischen Staaten; der Neoliberalismus, der die Deregulierung, die Privatisierung öffentlichen Eigentums, den Abbruch oder die Aufhebung sozialer Programme, den Wechsel von progressiven zu rückschrittlichen Steuerformen und Angriffe auf die Gewerkschaften verfolge; die Erneuerung der Arbeiterbewegung und der Massenwiderstand gegen die derzeitige Politik.

Es wurde beschlossen, das 3. Forum der Weltgesellschaft für Politische Ökonomie am 24. und 25. Mai 2008 in Beijing durchzuführen. Dort wird es durch die Tsinghua-Universität, an der u. a. Präsident Hu Jintao und Parlamentspräsident Wu Bangqiao studiert haben, durch die Akademie für Marxismus der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften und durch die von Prof. Erwin Marquit herausgegebene Zeitschrift „Nature, Society and Thought“ der Universität von Minnesota in Minneapolis (USA) ausgerichtet.

Das vorgesehene Thema lautet: „Marxismus und wissenschaftlich fundierte nachhaltige Entwicklung“. Schon 2009 soll in Paris das 4. Forum zum Thema „Märkte und Gesellschaften. Geschichte und Werden der Menschheit“ stattfinden. Ob der 190. Geburtstag von Friedrich Engels am 28. November 2010 nicht ein würdiger Anlaß wäre, das 5. Forum in Wuppertal, wo Engels zur Welt kam, stattfinden zu lassen? Dort könnte man darüber diskutieren, welchen Beitrag dieser Klassiker unserer Lehre zur Entwicklung und Wirkung der Marxschen Ökonomie geleistet hat.

Prof. Eike Kopf, Beijing

Was brachte der XVII. Parteitag der KP Chinas?

Seit dem Ende der Kulturrevolution wurde auf den Parteitag der KP Chinas die im Dezember 1978 beschlossene Strategie der Reformen und der Öffnung nach außen weiterentwickelt und den konkreten Bedingungen angepaßt. Kein Parteitag war eine einfache Fortschreibung oder eine völlige Veränderung der politischen Linie. Die seitdem zu verzeichnende ökonomische Entwicklung bestätigt das.

Im Bericht des ZK an den XVII. Parteitag, der vom 15. bis 21. Oktober in Beijing stattfand, wurde festgestellt, daß in den fast 30 Jahren seit Beginn der neuen Politik das „Antlitz des sozialistischen China“ historische Veränderungen erfahren hat. Sozialismus und Marxismus haben in China ihre Vitalität entfaltet. Im Bericht heißt es: „Entscheidend ist, daß wir an den Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus festhalten und ihm entsprechend der Situation Chinas und der heutigen Zeit eine deutliche chinesische Prägung geben.“

Während in der ersten Phase der Reformen eine expansive Wirtschaftsentwicklung im Mittelpunkt stand, später die Notwendigkeit einer makroökonomischen Steuerung betont wurde, steht jetzt die Aufgabe, den Entscheidungsprozessen wissenschaftlich fundierte Gesamtkonzeptionen zugrunde zu legen. Dieses Ziel ist nur auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln erreichbar.

Im Mittelpunkt der Entwicklungspolitik stehen der Mensch, die Gestaltung einer harmonischen sozialistischen Gesellschaft, das richtige Verhältnis von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften, von Basis und Überbau.

Aber man darf das Streben nach einer harmonischen sozialistischen Gesellschaft nicht mit „Klassenkompromiß“ oder Verzicht auf Klassenkampf verwechseln, wie das in einem Bericht der „UZ“ vom 26. 10. der Fall war. Seit fast 60 Jahren widersteht die KP Chinas erfolgreich allen Versuchen, die Errungenschaften der chinesischen Revolution zunichte zu machen. Sie hat unter Überwindung eigener Fehler den Weg des Volkes in eine sozialistische Zukunft geebnet. Handelt es sich dabei etwa nicht um Klassenkampf?

Der Parteitag stellte das Ziel, bis zum Jahr 2020 eine Gesellschaft mit angemessenem Wohlstand zu schaffen. Das Pro-Kopf-Inlandsprodukt soll gegenüber 2000 vervierfacht, ein flächendeckendes Sozialsystem geschaffen, die Armut in Stadt und Land vollkommen beseitigt werden. Die sozialen Fragen standen noch nie hinten an, jetzt stehen sie aber deutlicher im Vordergrund, weil die Möglichkeiten ihrer Lösung größer geworden sind. Die Lehren aus den Ereignissen in China 1989 und der Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und anderen Ländern werden bei der Ausarbeitung der Strategie der KP Chinas gründlich ausgewertet.

Die Lösung der bis 2020 gestellten Ziele bedeutet einen weiteren Schritt auf dem Weg der Anfangsphase des Sozialismus, für die mit einem historisch langen Zeit-

raum gerechnet wird. Auch das ist eine Lehre aus den Erfahrungen des Sieges der Konterrevolution in der UdSSR und anderen Ländern. Höhere Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung sind nicht in historisch kurzen Zeiträumen möglich. Auf dem Parteitag wurde der weiteren Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie große Beachtung geschenkt. Volksdemokratie wurde als das Leben des Sozialismus bezeichnet. Aber, so wird im Bericht betont, die Vertiefung der Reform der politischen Strukturen erfordere eine korrekte politische Richtungsbestimmung. Wenn im ND geschrieben wird, „... hinter den Erfordernissen zurückblieben die angekündigten politischen Reformansätze“ (23. 10.), dann muß man schon fragen, welche und wessen Erfordernisse hier gemeint sind. Die KP Chinas wird auch weiterhin nicht von den 1979 formulierten vier Grundprinzipien abrücken: Festhalten am sozialistischen Weg (d. h. an den sozialistischen Produktionsver-

Wissen zu erwerben, ohne über das Erlernte nachzudenken, ist sinnlos; nur nachzudenken, ohne zu lernen, führt zu gefährlichen Überlegungen.

KONFUZIUS (551–479 v. u. Z.)

hältnissen, dem sozialistischem Eigentum, an der demokratischen Diktatur des Volkes (d. h. am sozialistischen Staat), an der führenden Rolle der Kommunistischen Partei sowie am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen als Leitideologie.

In jedem grundsätzlichen Dokument der KP Chinas ist ein Abschnitt der Taiwan-Frage gewidmet. In ihr kreuzen sich entscheidende innen- und außenpolitische Probleme. Die Taiwan-Frage entstand, weil sich die Reste des in der Revolution besiegten Tschiang-Kai-schek-Regimes 1949 auf die Insel Taiwan absetzten. Gleichzeitig ist es das sensibelste Thema in den Beziehungen zwischen der VR China und den USA.

Die VR China tritt für eine friedliche Vereinigung nach dem Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ ein, aber sie ist gegen jede Form einer „Unabhängigkeit“ Taiwans.

Nach zahlreichen Vorschlägen Beijings zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen beiden Seiten in der Vergangenheit, gab es im Bericht des ZK eine neue Formulierung: „Laßt uns auf der Basis des Ein-China-Prinzips über ein formelles Ende der Feindseligkeiten beraten, einen Friedensschluß erreichen, einen Rahmen für eine friedliche Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße schaffen und eine neue Phase

der friedlichen Entwicklung einleiten.“ Auf außenpolitischem Gebiet wird das Streben nach Frieden und Entwicklung unverändert in den Mittelpunkt gestellt. China ist gegen Hegemonie und Gewaltpolitik, für eine harmonische Welt. China beteiligt sich nicht am Wettrüsten, droht keinem Staat mit Waffengewalt, betreibt keine Expansionspolitik.

Nachdrücklich hervorgehoben wird die Solidarität und Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, die Vertiefung der Freundschaft und die Hilfeleistung im Rahmen der Möglichkeiten sowie die Verteidigung der gerechten Forderungen und der gemeinsamen Interessen dieser Staaten.

Das internationale Gewicht der VR China hat sich deutlich erhöht. Alle Anschuldigungen, sie sei eine Gefahr für andere Länder, erweisen sich als böswillige Verleumdungen. Ihre Politik ist ein starker Faktor gegen das imperialistische Welt herrschaftsstreben, sie bietet den Staaten der dritten Welt eine gesellschaftliche Alternative.

Intensiv hat sich der Parteitag mit der Entwicklung der KP beschäftigt. Ausgehend von den eigenen Erfahrungen und den Lehren aus der Niederlage in der UdSSR und anderen Ländern wurde auf die weitere Stärkung der Partei als marxistische Regierungspartei orientiert. Diese müsse die Gesetzmäßigkeiten der Machtausübung, des sozialistischen Aufbaus und der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit immer besser beherrschen.

Die Kontrolle der Partei habe mit deren Mitteln zu erfolgen. Deshalb wurde in das Statut aufgenommen, daß die Delegierten zu den Parteitag aller Ebenen für die gesamte Wahlperiode fungieren und die Aufgabe haben, die Parteikomitees zu kontrollieren. Die innerparteiliche Demokratie soll entwickelt, das Verhältnis zwischen Partei und Massen gefestigt werden.

Die KP Chinas hat über 73 Millionen Mitglieder. Mit der Änderung des Statuts auf dem XVI. Parteitag (2002) wurde es Beschäftigten im nichtsozialistischen Sektor ermöglicht, Antrag auf Mitgliedschaft in der Partei zu stellen. Heute gehören ihr über drei Millionen in diesem Bereich Tätige an. Die wenigsten von ihnen sind Eigentümer solcher Firmen. Auch sie haben die Möglichkeit, bei Erfüllung der Anforderungen des Statuts aufgenommen zu werden.

Hu Jintao wurde als Generalsekretär des ZK bestätigt, der Ständige Ausschuß des Politbüros mit Blick auf den Wechsel der Spitze auf dem nächsten Parteitag 2012 verjüngt. Prinzip ist die Sicherung von Kontinuität, Qualität und Erfahrung.

Rolf Berthold

Mit „MS Wolga“ und „MS Dnepr-Star“ in guten und schlechten Gewässern Bilder einer Flußreise

Der Beitrag „Nachsinnen über Erlebnisse und Eindrücke am Heiligen Baikal“ von Walter Ruge (RF 117) veranlaßt mich, über eigene Urlaubserlebnisse im vergangenen Jahr zu berichten.

Der Weg war das Ziel. Mit dem ICE fuhren wir von Berlin nach Passau. Weiter ging es mit dem „MS Wolga“ bis in das Donaudelta nach Tulcea (Rumänien). Hier wechselten wir das Schiff und navigierten fortan mit dem „MS Dnepr-Star“ über Odessa, Sewastopol, Jalta, Cherson, Saporoschje den Dnepr aufwärts bis nach Kiew. Wir durchquerten acht Länder und hatten überall mindestens einen Ausflug gebucht.

Abgesehen von den landschaftlichen Reizen, den Dörfern und Städten mit ihren historischen Bauten – meist wurden uns Kirchen und Kathedralen gezeigt – konnten wir uns auch ein gewisses Bild von den jeweiligen Lebensumständen machen. Allein die unterschiedliche Darstellung der Verhältnisse durch die Reiseleiter war äußerst aufschlußreich. Bis zum Donaudelta stammten sie jeweils aus den Orten, wo unser Schiff anlegte, oder aus deren näherer Umgebung. Ab der slowakischen Hauptstadt Bratislava bis nach Tulcea im rumänischen Donaudelta war nach ihren Aussagen immer die „Herrschaft der Roten“ an allen Problemen schuld. Ein großer Teil der Reisetilnehmer aus dem Westen der BRD nahm solche „Informationen“ begierig auf.

Während der Fahrt mit dem „MS Dnepr-Star“ hatte jede Gruppe immer denselben ukrainischen Begleiter. Die „Guides“ gehörten zwar nicht zur Schiffsbesatzung, leisteten uns aber bis Kiew Gesellschaft. So kamen wir mit ihnen immer wieder ins Gespräch. Der Tenor ihrer Aussagen lautete, daß es sich gegenwärtig nicht schlecht leben lasse. Allerdings fehle die soziale Sicherheit, die man in sowjetischen Zeiten gewohnt gewesen sei. Mit Stolz zeigten sie uns rekonstruierte oder neu erbaute Kirchen und Klöster. Wir wurden aber auch zu sozialistischen Memorialen und zum jeweiligen Lenin-Denkmal geführt. Sie gab es in allen besichtigten Städten der Ukraine. Auf Fragen, warum sie erhalten geblieben seien, wurde uns erklärt: „Lenin gehört zu unserer Geschichte. Wir müssen uns seiner nicht schämen.“

In Sewastopol fühlten wir uns in die Sowjet-Ära zurückversetzt. Pioniere hielten am Denkmal für die gefallenen Seeleute Ehrenwache. Lenin grüßte auch hier vom höchsten Punkt der Stadt. Es gab Reliefs und Standbilder, die den Kampf der Roten Matrosen während des Zweiten Weltkrieges symbolisierten. Am Ufer des Schwarzen Meeres wurden für Rentner spezielle Bereiche eingerichtet, wo sie in Ruhe ihren Gedanken nachhängen können. Wir sahen Hochzeitspaare, die Blumen an Gedenkstätten niederlegten. Zum Beginn des

neuen Unterrichtsjahres, trugen die Mädchen und Jungen die aus früheren Tagen bekannte Schulkleidung. Solche Erlebnisse riefen bei uns nostalgische Empfindungen hervor. Die Reisetilnehmer aus der Alt-BRD begegneten dieser Situation überwiegend mit Unverständnis.

Das Gesehene erklärt sich daraus, daß große Teile der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol beheimatet sind und die Familien ihrer Besatzungen das Bild der Stadt prägen.

In Cherson, dem Heimathafen der „Dnepr-Star“, lag unser Schiff kurz im Fluß auf Reede. Während des technischen Halts wurden wir mit kleineren Schiffen zu einer Insel im Dnepr-Delta gebracht. Dort erwarteten uns die Bewohner in ihren Gärten mit der uns von Besuchen in der Sowjetunion bekannten Gastfreundschaft. Sie hatten Schwarzbrot mit Speck, Süßigkeiten, Walnußwodka und Wein aufgetischt, natürlich alles aus heimischer Produktion. Die Bewirtung kostete offiziell nichts, man erwartete aber ein angemessenes Trinkgeld zur Aufbesserung der knappen Finanzen. Groß war das Angebot an Handarbeitsartikeln. Unsere Gastgeber zeigten den Besuchern bereitwillig ihre Wohnungen. Die dort bei aller Sauberkeit sichtbare Armut war erschreckend.

Nach dem Abstecher auf die Insel ging unsere Fahrt weiter. Kurz vor Kiew passierten wir eine luxuriöse Neubausiedlung. Dort wurden nicht Einfamilienhäuser für Durchschnittsbürger, sondern regelrechte „Paläste“ gebaut, einer größer als der andere. Ein Reiseleiter berichtete uns auf

Nachfrage, die Einheimischen würden diesen Vorort als „Zarenstadt“ bezeichnen. Hier haben sich „Neureiche“ niedergelassen. Als wir uns erkundigten, woher diese Leute ihr Geld hätten, zuckte der Begleiter nur mit den Achseln. Er bestätigte, daß man nach dem Ende der Sowjetunion jedenfalls mit ehrlicher Arbeit nicht so viel Scheine habe aufhäufen können.

Kiew war mit Werbung aller Art gepflastert. Hinzu kamen die Plakate zu den damals gerade anstehenden Parlamentswahlen in der Ukraine. Auch hier sahen wir die krasse Kluft zwischen Arm und Reich. Dichter Verkehr umflutete uns auf allen Straßen. Der Fahrstil aber hatte sich gegenüber einst nicht geändert. Das Neue erklärte uns der Reiseleiter folgendermaßen: „Früher blieben die Leute stehen, wenn sie eine ausländische Karosse erblickten. Heute muß man sehr lange suchen, um einen Pkw aus hiesiger Produktion zu entdecken. Vor allem teure ausländische Wagen der Oberklasse bestimmen die Szenerie.“

Einzig die Metro erinnerte uns an unseren Kiew-Aufenthalt, als es die Sowjetunion noch gab. Massen von Menschen und schier endlose Rolltreppen beherrschen das Bild auf ihren Stationen.

Wir erlebten einen interessanten Urlaub, der uns viele neue Eindrücke vermittelte. Es wird einige Zeit dauern, bis wir sie verarbeitet haben. Erschreckend ist in jedem Falle, was das Kapital innerhalb von knapp zwei Jahrzehnten aus einem ehemals starken sozialistischen Land gemacht hat. **Dr. Manfred Graichen**

Herzlich gratulieren wir zum **85. Geburtstag:**
Karl Redschlag (1. Januar) aus Ilseburg,
Anni Dörmer (9. Januar) aus Berlin,
 Zu den **80jährigen** rücken auf:
Heinz Berger (11. Januar) aus Kahla,
Prof. Dr. Wilhelm Wehling (14. Januar) aus Apolda und
Heinz Oelschläger (17. Januar) aus Strausberg
 Das Trio der neuen **75jährigen** besteht aus:
Hartwig Meissner (4. Januar) aus Münchehofe,
Hans-Peter Wokittel (16. Januar) aus Berlin und
Egon Messerschmidt (26. Januar) aus Jena
 Am **22. Januar** wird
Dr. Hans-Joachim Gollnick aus Berlin **70 Jahre** alt.
 Den Reihen der **65jährigen** strömen zu:
Walter Illmann (1. Januar) aus Schwerin,
Ute Schindlmeier (5. Januar) aus Harnekop,
Klaus Zöller (9. Januar) aus Zella-Mehlis,
Brigitte Dressel (16. Januar) aus Berlin und
Bernd Neudeck (29. Januar) aus Leipzig
 Nachwuchskader ist
Karl-Heinz Meinig aus Freiberg,
 der am **22. Januar** seinen **60. Geburtstag** begeht.

Evo Morales: Risiko eines Staatsstreichs Boliviens Präsident zur Lage

Der bolivianische Präsident Evo Morales von der linksgerichteten Bewegung für den Sozialismus (MAS) – der erste Staatschef indianischer Herkunft in dem südamerikanischen Andenland – gewährte der italienischen kommunistischen Zeitung „Il Manifesto“ ein Interview. 21 Monate nach seiner Wahl erklärte er: „Bolivien schreitet mit Höhen und Tiefen voran. Es tut das gegen den Widerstand einer Opposition des konservativen Milieus, das seine Privilegien nicht verlieren möchte. Es will die Verstaatlichung unserer reichen Erdgas-Lagerstätten und anderer Bodenschätze nicht akzeptieren. Ebensovienig ist es bereit, sich damit abzufinden, daß die ökonomische und politische Macht einiger Familien der Oligarchie an das Volk übergeht. In den Reihen der Opposition befinden sich ausgemachte Rassisten und Faschisten. Die Schlacht wird hart sein, geht es doch um eine demokratische, friedliche und gerechte Revolution. Aber ich bin sicher, daß wir unser Ziel erreichen werden.“

Nach den forcierten Autonomiebestrebungen traditionell in einigen Provinzen konzentrierter rechter und ultrarechter Kräfte sowie der Gefahr einer „Balkanisierung“ Boliviens, ja sogar eines Bürgerkrieges gefragt, antwortete Evo Morales: „Ich schließe eine Balkanisierung aus. Doch die extreme Rechte ist nicht bereit, uns Indianer – einen großen Teil der Bevölkerung dieses Landes – als regierende Kraft hinzunehmen. Ich besitze Informationen, daß man in Kreisen der politischen Opposition ganz offen von einem Staatsstreich, einem Militärputsch spricht. Wäre das nur ein regionaler Putsch, würden unsere Streitkräfte damit fertig werden. Aber man hat auch Attentate gegen Personen ins Auge gefaßt.“ Ob es in Bolivien Gruppen sogenannter Paramilitärs gebe, wollte der Interviewer Roberto Zanini von Morales

wissen. Dieser erwiderte, kürzlich habe sich der USA-Botschafter mit einem kolumbianischen Paramilitär im Lande

getroffen. Der Mann sei festgenommen worden und befinde sich in Haft.

„Wir sind davon unterrichtet, daß es in Bolivien bewaffnete und organisierte paramilitärische Kräfte gibt, denen rechte und kriminelle Elemente angehören“, sagte Evo Morales. Dann brachte der italienische Journalist das Gespräch auf die Lage der bolivianischen Industrie nach der Nationalisierung der wichtigsten Ressourcen. Der Präsident erläuterte, die größte Schwäche bestehe derzeit im Fehlen einheimischer Fachleute, die erst ausgebildet werden müßten. Andererseits seien der wichtigste positive Faktor die gestiegenen Einnahmen: Habe Bolivien im Jahr der Verstaatlichung für sein Erdgas weniger als 300 Millionen Dollar erhalten, so könne es jetzt mit jährlichen Einnahmen von 2 Milliarden Dollar rechnen. 2004 hätten die bolivianischen Valutareerven 2 Mrd. Dollar betragen. Für 2007 gehe man bereits von 5 Mrd. Dollar aus. Das seien ermutigende Zahlen.



Evo Morales steht fest an der Seite Kubas, Venezuelas, Ecuador und Nicaraguas gegen Imperialismus und Oligarchie.

R. F., gestützt auf „Il Manifesto“, Rom

Ungarns Klassenjustiz verurteilte KP-Führer

Am 6. November sind die sieben Mitglieder der engeren Führung der Ungarischen Kommunistischen Arbeiterpartei (UKAP), unter ihnen der Vorsitzende Dr. Gyula Thürmer, wegen „Verleumdung“ zu jeweils zwei Jahren Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden. Ihnen hatte die Anklage vorgeworfen, sich öffentlich gegen die Einmischung eines Budapest

Gerichts in innere Angelegenheiten der UKAP gewandt zu haben. Das Tribunal hatte von der Partei ausgeschlossene „Dissidenten“ in ihre angeblichen „Rechte“ wiederingesetzt.

Den verurteilten Kommunisten, die sofort Rechtsmittel einlegten, wurde bedeutet, daß die über sie verhängten Freiheitsstrafen bei „Rückfälligkeit“ anzutreten seien.

Wir protestieren entschieden gegen diesen erneuten Willkürakt antikommunistischer Gesinnungsterroristen und versichern die ungarischen Genossen unserer festen Verbundenheit.

R. F.



Protest gegen das Urteil

Die Regionalgruppe **Bautzen-Oberlausitz** lädt für den **21. Januar um 18 Uhr** zu einer Mitgliederversammlung auch Leser und Sympathisanten in die Begegnungsstätte Große Brüdergasse ein.

Als Thema wurde gewählt:

**Linke Presse
frei
nach
Marx**

Ein KP-Abgeordneter des 4. Athener Bezirks sitzt der Bourgeoisie im Nacken

Der rote Stadtrat von Kalithea

Vassilis Dimopoulos, 55, ist von Beruf Anwalt. Zwischen 1995 und 2005 leitete er die gewerkschaftliche Arbeiterkampffront (P.A.M.E.) – sie steht unter Führung der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) – im Raum von Athen. Im Jahr 2006 war er bei den Kommunalwahlen Spitzenkandidat seiner Partei im hauptstädtischen Bezirk Kalithea. Er wurde in den Stadtrat gewählt. W. V. Dimopoulos ist einer von Tausenden Abgeordneten der KKE aller Ebenen. Bei den letzten Parlamentswahlen kam die Partei im Landesmaßstab auf 8,2 % der Stimmen. Die belgische kommunistische Zeitung „Solidaire“ befragte den Kommunalpolitiker und erfuhr, daß Kalithea nach offizieller Lesart 110 000, tatsächlich aber mehr als 220 000 Einwohner zählt. Die eigenständige Stadt – auch als 4. Bezirk von Athen bezeichnet – beschäftigt 1200 Arbeiter und Angestellte. Unter ihnen ist die P.A.M.E. am einflußreichsten. Von 1963 bis 1974 – damals hebelten die „Schwarzen Obristen“ mit einem faschistischen Putsch die bürgerliche Demokratie aus – wurde Kalithea durch die Kommunisten regiert. Nach dem Sturz der Diktatur stellte die KKE bis 1990 dort wiederum den Bürgermeister. Doch dann siegten ihre Gegner. Dennoch ist der kommunistische Einfluß – auch im Rathaus – nach wie vor stark. Die KKE-Mitglieder kämpfen dort mit offenem Visier für ihre Positionen und verhehlen weder ihr politisches Programm noch ihre Standpunkte in Einzelfragen. Ihre gründlichen Analysen stoßen auch bei jenen auf Interesse, welche die Ansichten der KKE sonst nicht teilen.



Ein Kernproblem der griechischen Kommunalpolitik ist, so Vassilis Dimopoulos, die Frage der örtlichen Finanzen. Nach einem Gesetz aus dem Jahre 1990 steht den Städten und Gemeinden ein Teil des Staatshaushalts zu. Doch die Athener Regierung hält sich nicht an diese Festlegung. In den letzten 15 Jahren ist die Summe der Regierungsschulden bei den Kommunen – nach Schätzungen der KKE – auf über 10 Mrd. Euro angewachsen. Um den Ausfall der Einnahmen zu kompensieren, haben die Bürgermeister der PASOK (Sozialdemokraten) und der Neuen Demokratie (Konservative) lokale Abgaben eingeführt. Um sicherzugehen, daß diese Steuern auch gezahlt werden, wurden sie zum Bestandteil der Energierechnungen erklärt. Wenn die Leute säumig sind, wird ihnen einfach der Strom abgeschaltet. Die kommunistischen Bürgermeister und Stadträte wenden sich strikt gegen diese Methode und fordern von Athen, den örtlichen Organen stattdessen endlich die ausstehenden Summen zu überweisen. Sie fordern für Städte und Gemeinden einen Anteil von 8 bis 15 Prozent des nationalen Budgets. Vassilis Dimopoulos informierte auch darüber, daß es in Griechenland unterschiedliche Ebenen der örtlichen Macht gibt:

die Kommunen und die diesen übergeordneten Präfekturen. Manche von letzteren haben nur 20 000 Einwohner. Doch Kalithea wird trotz der elffachen Zahl weiterhin als Kommune behandelt. Über den Präfekturen rangieren dann die Regionen. Deren Chefs besitzen den Rang von Vizeministern und unterstehen direkt der Regierung. Ihre Aufgabe ist es, eine Art Aufsicht über die örtlichen Organe zu führen.

Die griechischen Kommunisten konzentrieren sich darauf, die Bürger für ganz konkrete Forderungen zu gewinnen. Vor allem kämpfen sie gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums. In Kalithea gibt es z. B. eine alte Pferderennbahn. Deren Territorium umfaßt 20 ha, die der Gemeinde gehören. Die Familie des Reiders und Milliardärs Niarchos will die Fläche erwerben. Die KKE hat eine Widerstandsbewegung ins Leben gerufen, um diese Pläne zu durchkreuzen. Im Stadtrat prangern ihre Mandatsträger PASOK und Neue Demokratie an, deren Abgeordnete Niarchos – mit der Athener Regierung im Rücken – das Hippodrom in die Hände spielen wollen.

In Kalithea gibt es auch einen 70 ha großen Uferstreifen, der mit Bauten für die Olympischen Spiele 2004 zubetoniert worden ist. Die Regierung will diese Fläche jetzt privatisieren. Die Kommunisten aber verlangen, daß die aus öffentlichen Mitteln errichteten Immobilien der Einwohnerschaft gratis für Zwecke der Sports, der Kultur und der Freizeitgestaltung zur Verfügung gestellt werden.

Natürlich kümmert sich die KKE-Fraktion nicht nur um lokale Angelegenheiten, sondern greift auch in die „große Politik“ ein. So hat sie z. B. Resolutionen eingebracht, mit denen die gewaltsame Sprengung von Maikundgebungen durch die türkische Polizei und die antikommunistische Unterdrückung in Estland angeprangert wurden.

Auf die Frage, womit er sich beruflich befasse, erwiderte Vassilis Dimopoulos dem Interviewer: „Seit 1978 arbeite ich als Anwalt. Ich habe schon viele Genossen und Gewerkschafter vor den Schranken der griechischen Klassenjustiz verteidigt. Derzeit steht der neue Bürgermeister von Nikea, einem Bezirk der Hafenstadt Piräus, vor Gericht, weil er mehrere Überwachungskameras und eine Antenne des Konzerns Vodafone hat demontieren lassen. Der Champion der Unbotmäßigkeit war allerdings Genosse Folopoulos, der kommunistische Bürgermeister von Peristeri, dem 3. Bezirk Athens. Innerhalb von 20 Jahren handelte er sich nicht weniger als 220 Strafanzeigen und Prozesse ein. Mit solchen Wahlsiegern habe ich manchmal eine Menge Arbeit.“

Fotografik: Bernd Gutte



**Kuba geht die
Havanna nicht aus**

**R. F.,
gestützt auf „Solidaire“, Brüssel**

Warum Brasiliens Fortschrittskräfte den Staatspräsidenten Lula unterstützen Zwischen zwei Feuern

Brasilien ist mit 8,5 Millionen Quadratkilometern hinter Rußland, Kanada, China und den Vereinigten Staaten das fünftgrößte Land der Welt. Seine Einwohnerzahl beziffert sich auf 186 Millionen. Die Republik hat Grenzen zu allen südamerikanischen Ländern außer Chile und Ecuador. Brasilien besteht aus 26 Bundesstaaten. Die Bevölkerungsmehrheit lebt in den großen städtischen Ballungsgebieten an der 8896 Kilometer langen Atlantikküste. Dieses und anderes muß man wissen, wenn man sich zum Kurs der von zwei Seiten – einer einflußreichen Volksbewegung und der durch Washington gestützten Reaktion – unter Druck geratenen Regierung des Präsidenten Lula äußern will. Zu dessen sehr heterogen zusammengesetzter Mannschaft gehört übrigens auch ein Vertreter der KP Brasiliens (PCdoB). Sie stellt allerdings nur den Sportminister – gewissermaßen eine symbolische Geste. Wie unlängst verlautete, zählt die PCdoB derzeit 180 000 Mitglieder, darunter 80 000 Aktivisten. Sie verfügt über das Wochenblatt „A Classe Operaria“ und gibt als theoretisches Organ die Zeitschrift „Principios“ heraus. Ihre Website wird monatlich von etwa einer Million Brasilianer besucht.

Doch zurück zu Lula, wie man den Präsidenten allgemein nennt. Seine Wiederwahl im Jahr 2006 wurde als großer Sieg der Linken gefeiert. Der Triumph des Sozialdemokraten berechtigte zu Hoffnungen, die der Präsident durch eine unabhängige und zum Teil antiimperialistische Haltung in bestimmten internationalen Fragen zunächst auch zu rechtfertigen schien: Lula wandte sich gegen die von den USA gewünschte lateinamerikanische Freihandelszone, verurteilte den Pentagon-Krieg in Irak und ging Bündnisse mit Ländern der Dritten Welt ein. Er setzte auf den Dialog mit den starken brasilianischen Massenbewegungen – vor allem jener der Landlosen –, statt sie wie seine Vorgänger zu kriminalisieren und zu unterdrücken. Indes blieb der sozialökonomische Status quo, der durch die Macht in- und ausländischer Konzerne bestimmt wird, unangetastet.

Dabei hatte Lula im Wahlkampf durchaus volksnahe Positionen bezogen, um seinen rechtskonservativen Gegenkandidaten in Bedrängnis zu bringen. So wandte er sich gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, wies Drohungen Washingtons zurück und plädierte für die lateinamerikanische Integration. Das brachte ihm beim Urnengang mehr als 60 % der Stimmen ein. Doch die parteipolitische Konstellation in Brasilien ist ganz anderer Art. Lulas sozialdemokratische Partei der Arbeit (PT) und deren linke Bündnispartner, die PCdoB und die Sozialistische Partei, verfügen im nationalen Parlament zusammen nur über knapp ein Drittel der Mandate. Lediglich in Abgeordnetenversammlungen von fünf Bundesstaaten ist die PT die einflußreichste politische Kraft.

Lula muß also ein riesiges Land regieren, in dem der Schwerpunkt bei den rechtsgerichteten Parteien der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer liegt. Diese aber sind aufs engste mit dem USA-Imperialismus und dessen Strategie verzahnt. Das schränkt den Handlungsspielraum des Präsidenten von vornherein stark ein und erklärt, höflich ausgedrückt, dessen Zurückweichen. Lula ist in seiner zweiten Amtszeit noch prononcierter als in der

ersten darum bemüht, jeglicher Konfrontation mit den einheimischen Ausbeuterklassen und deren mächtigen Schutzherrn im Norden des Doppelkontinents aus dem Wege zu gehen. Das begründet seine faktische Allianz mit der größten brasilianischen Partei, der zentristischen PMDB.

Diese widerspruchsvolle Situation gibt Aufschluß darüber, warum der Präsident einerseits die Verbindung mit Venezuelas Hugo Chávez, ja selbst zu Castros Kuba bewahren möchte, während er andererseits Bush nach Brasilien holt, strategische Wirtschaftsabkommen wie den Ethanol-Pakt über „grünes Benzin“ mit den Vereinigten Staaten schließt und sich als erster Staatsführer Lateinamerikas in die Sommerresidenz des USA-Präsidenten, nach Camp David, einladen läßt.

Unter diesen Umständen fragt es sich, warum die KP Brasiliens Lula weiterhin unterstützt. Sie tut es nicht ohne beständige Kritik an der Linie der Regierung, aber in der Gewißheit, daß der Sturz dieses Staatschefs dessen wesentlich weiter rechts stehende Gegner voll zum Zuge kommen und die Regierung übernehmen ließe.

**R. F., gestützt auf einen
Beitrag von David Pestieau
in „Solidaire“, Brüssel**

газета выходит с 1 января 1924 года
КРАСНАЯ ЗВЕЗДА

Erinnern an Markus Wolf

Die Zeitung des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation „Krasnaja Swesda“ (Roter Stern) hat am 9. November 2007 folgende Erklärung der Gruppe der Veteranen der Auslandsaufklärung veröffentlicht:

Vor einem Jahr, am 9. November, starb unser Berufskollege, der treue Freund der Sowjetunion Markus Wolf. Im Verlauf von mehr als 30 Jahren leitete er die Auslandsaufklärung der Deutschen Demokratischen Republik, die unter seiner Führung einer der effektivsten Nachrichtendienste der Welt wurde. Er war ein hochgebildeter, prinzipienfester und immer pflichtbewußter Mensch, ein Patriot seines Landes. Markus Wolf hinterließ eine nachhaltige Spur, sowohl in der Geschichte der DDR, als auch in der Geschichte der Sicherheitsorgane seines Landes. Viele sowjetische Aufklärer

kannten ihn persönlich und arbeiteten eng mit ihm bei der Lösung gemeinsamer Kampfaufgaben in den Jahren des kalten Krieges gegen den Imperialismus, für die Sicherung des Friedens und die Festigung der Positionen der Länder des Sozialismus, zusammen.

Die Veteranen der Auslandsaufklärung gedenken an diesem Novembertag ihres Kollegen und treuen Freundes. Das Wirken und die Persönlichkeit von Markus Wolf werden uns für immer gegenwärtig sein.

Die „Rossiskaja Gaseta“ brachte ebenfalls einen würdigenden Artikel unter der Überschrift „Genie der Aufklärung“. Das Pressebüro des Auslandsaufklärungsdienstes der Russischen Föderation sowie die Nachrichtenagenturen Interfax und RIA-Nowosti verbreiteten ähnliche Texte.

Am **21. November** ist unser langjähriger Leser, der Kommunist und Arbeiterschriftsteller

Alfred Krajewski

im **94. Lebensjahr** verstorben.

Wir werden diesem treuen Genossen ein ehrendes Andenken bewahren.

Welchen Stellenwert besitzen gewisse NGOs in der Strategie des Westens? Teufel im Engelsgewand

Es wäre sehr einfach, meine Worte zu einer Anklage gegen sämtliche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu verdrehen. Das wäre eine Unwahrheit. In den trüben Gewässern falscher NGOs, die geschaffen wurden, um Schenkungen zu verschieben oder Steuern zu hinterziehen (in indischen Unionsstaaten wie z. B. Bihar werden sie als „Mitgift“ deklariert), gibt es natürlich auch solche, die eine wertvolle Arbeit leisten. Aber es ist wichtig, das Phänomen der NGOs im weitesten politischen Zusammenhang zu betrachten.

In Indien begann die Explosion der NGOs, die Gelder bekamen, Ende der 80er und in den 90er Jahren. Das traf mit der Öffnung der Märkte unseres Landes für den Neoliberalismus zusammen. In dieser Zeit zog der indische Staat, um dem Diktat der Strukturanpassungen zu gehorchen, die Fonds für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Energie, Transport und staatliche Gesundheitsfürsorge zurück. Da er seine traditionelle Rolle aufgab, setzten sich die NGOs in Bewegung, um auf diesen Gebieten tätig zu werden. Der Unterschied besteht allerdings darin, daß die ihnen zur Verfügung gestellten Gelder nur einen winzigen Teil der Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben betragen.

Die Mehrheit der großen NGOs, die Unterstützung erhalten, wird durch Hilfs- und Entwicklungsagenturen finanziert, welche ihrerseits von den westlichen Regierungen, der Weltbank, der UNO und einigen multinationalen Konzernen gefördert werden. Obwohl es sein kann, daß sie nicht genauso sind wie diese Agenturen, gehören die betreffenden NGOs gewiß aber zu dem gleichen politischen Gebilde, das das neoliberale Projekt überwacht

und die drastischen Kürzungen bei den Regierungsausgaben fordert.

Warum sollten diese Agenturen den NGOs Gelder geben? Könnte das etwas mit dem alten Enthusiasmus des Missionierens zu tun haben? Einem Schuldgefühl? Es ist ein bißchen mehr als das. Die NGOs erwecken den Eindruck, als würden sie die vom abwesenden Staat hinterlassene Leere füllen. Und sie tun das auch, aber auf eine materiell inkonsequente Weise. Ihr konkreter Beitrag besteht im Befrieden des politischen Zorns und im Verteilen dessen, als Hilfe oder Wohlwollen deklariert, was die Menschen zu Recht bekommen sollten.

Sie entstellen die öffentliche Psyche, machen die Leute zu abhängigen Opfern und mindern die Schärfe des politischen Widerstandes. Die NGOs bilden eine Art Puffer zwischen Regierung und Öffentlichkeit, zwischen dem Imperium und seinen Untertanen. Die Herren sind zurückgekehrt, die Deuter und die Förderer. Im Grunde sind die NGOs nur jenen, welche sie finanzieren, verantwortlich, nicht aber dem Volk, unter dem sie arbeiten. Sie sind das, was die Botaniker eine Art Indikator nennen würden. Je größer die vom Neoliberalismus verursachte Katastrophe ist, um so mehr blühen die NGOs auf. Nichts veranschaulicht diese Form scharfsinniger als die Haltung der USA, die die Invasion eines Landes und gleichzeitig die NGOs vorbereitet, damit sie sich dorthin begeben, um das Desaster zu „schönen“.

Um abzusichern, daß ihre Gelder nicht in Gefahr sind und daß die Regierungen der Länder, in denen sie tätig sind, sie gewähren lassen, müssen die NGOs ihr Wirken mehr oder weniger in einem Rahmen ohne politisch-historischen Zusammenhang

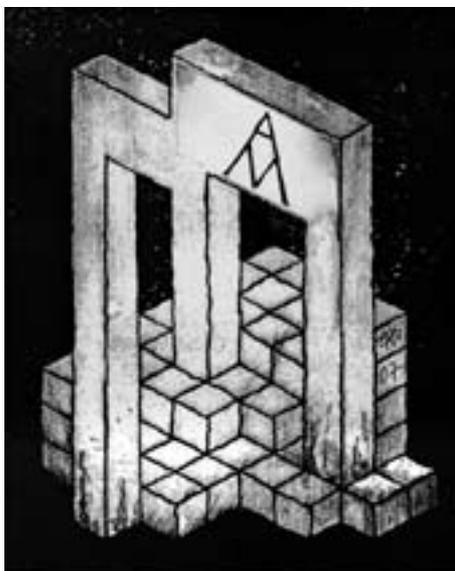
präsentieren. Ihre gänzlich unpolitischen Berichte, die gerade deswegen extrem politisch sind, über die Notwendigkeit von Hilfe in armen Ländern und Kriegsgebieten bewirken mit der Zeit, daß die überwiegend dunkelhäutigen Menschen solcher Regionen als pathologische Opfer betrachtet werden. Ein weiterer unterernährter Inder, noch ein halbverhungertes Äthiopier, ein weiteres afghanisches Flüchtlingslager, noch ein verstümmelter Sudanese ... sind auf die Hilfe des weißen Mannes angewiesen. Unbewußt verstärken diese Berichte die rassistischen Stereotypen und befestigen den Erfolg, die Bequemlichkeiten und das Mitleid (die harte Liebe) der westlichen Zivilisation. Die NGOs sind die weltlichen Missionare der modernen Zeit.

Schließlich, zwar in geringerem Grade, dafür aber hinterhältiger, spielen die für NGOs verfügbaren Gelder in der Alternativpolitik die gleiche Rolle wie das Spekulationskapital, das in die armen Länder hinein- und von ihnen hinausgeht. Die NGOs beginnen die Tagesordnung zu bestimmen. Sie verwandeln Konfrontation in Geschäft, entpolitisieren den Widerstand, mischen sich in traditionell genügsame Volksbewegungen ein.

Die NGOs haben Fonds, die jenen Menschen in den Orten Arbeit geben, welche in anderen Situationen Aktivisten einer Widerstandsbewegung sein könnten. Diese haben das Gefühl, sofort etwas Gutes, Kreatives zu unternehmen und sich den Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Der authentische politische Widerstand bietet solche Abkürzungswege nicht an.

Arundhati Roy

Der Text wurde über das Info-Netzwerk „Rebellion“ verbreitet. Übersetzung: Isolda Bohler



SIEGESPORTAL DER KANZLERIN
MERKELINER SANDSTEINBAGKASTEN

Grafik: Karlheinz Effenberger



Angela Merkel inspiziert friedliebende ISAF-Truppen der BRD in Afghanistan von Bord eines Kampfhubschraubers.

Ein CIA-Führungsoffizier, der die Karten aufdeckte Philip Agee lebt in Kuba

Philip Agee, heute 72, hat zwischen 1960 und 1968 als Case officer – also als Führungsoffizier aus der einheimischen Bevölkerung Angeworbener – für die Central Intelligence Agency, den USA-Geheimdienst, in Ekuador, Uruguay und Mexico gearbeitet. 1975 brachte er die schmutzigen Geschäfte der CIA in seinem international zum Bestseller gewordenen 586-Seiten-Werk „Tagebuch eines Geheimagenten“ minutiös ans Tageslicht. Er berichtete über das Eindringen von USA-Spionen in Spitzenpositionen von Konzernen, Regierungsbehörden und Organisationen zahlreicher Länder, die systematische Durchsetzung ihrer Nachrichtenagenturen und Massenmedien zur Lancierung gezielter, gezinkter oder irreführender „Informationen“, politische Morde und paramilitärische Operationen. Was veranlaßte Philip Agee dazu, seinen gutbezahlten Job aufzugeben und der CIA den Rücken zu kehren? „Ich begann zu be-

greifen, daß die ‚Firma‘ in Lateinamerika nichts anderes tat, als die traditionellen Machtstrukturen zu stützen, die es wenigen Familien gestatteten, den Reichtum, die Einnahmen sowie die staatliche und ökonomische Herrschaft zu kontrollieren, während die Mehrheit der Bevölkerung völlig davon ausgeschlossen war. Ich faßte den Entschluß, dabei nicht länger mitzumachen“, schrieb er in seinem Buch.

Auch in seinem Kündigungsschreiben an CIA-Direktor Richard Helms benannte Agee unumwunden die Gründe seiner Demission: „Die führende Klasse Lateinamerikas wird niemals auf ihren Luxus und ihre Privilegien verzichten. Wir nennen das die ‚freie Welt‘, aber die einzige Freiheit ist unter diesen Umständen die der Reichen, die Armen auszubeuten. Das ist ein Klassenkampf, der auch die Erklärung dafür liefert, warum sich die Massen vom Kommunismus angezogen fühlen.“

Kuba sei das einzige Land des Doppelkontinents, das die sozialen Kriterien der von USA-Präsident John F. Kennedy seinerzeit verkündeten Lateinamerika-Strategie („Allianz für den Fortschritt“) tatsächlich erfülle.

Nach seinem freiwilligen Ausscheiden aus der CIA suchte Agee eine Möglichkeit des Exils. Er fand zunächst kein Land, das ihn aufzunehmen bereit war. Unter dem Druck der USA-Regierung wurde er nacheinander von Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Italien und der BRD abgewiesen. Allein Kuba gewährte dem einstigen CIA-Agenten Asyl. Dort verbringt er seinen Lebensabend, wobei er die Hände noch nicht in den Schoß legt: Philip Agee leitet in Havanna das Reisebüro Cubalinda, das den USA-Boycott zu durchkreuzen und nordamerikanischen Touristen einen attraktiven Aufenthalt auf der Insel zu ermöglichen sucht.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Der Beweis

Einstein ist gestorben und steht vor dem Perltor zum Himmel. Der Heilige Petrus sagt: „Du siehst wohl wie Einstein aus, aber wie kannst du es beweisen?“ Einstein überlegt und sagt: „Kannst du eine Tafel besorgen?“ St. Petrus winkt, und schon kommen Engel mit Tafel und Kreide. Einstein schreibt die Formel der Relativitätstheorie nieder. „Ja, du bist wirklich Einstein“, sagt St. Petrus, „tritt ein!“ Als nächster kommt Picasso ans Tor. Wiederum fragt St. Peter nach einem Erkennungszeichen. „Darf ich die Tafel benutzen?“ fragt Picasso, und nach erhaltener Erlaubnis wischt er

Einsteins Formel weg und skizziert mit wenigen Strichen ein frappierendes Wand-Tableau auf die Tafel. Petrus applaudiert. „Ja, du bist wirklich der große Künstler, wie du angibst. Komm' nur herein!“ St. Petrus wendet sich um und sieht George W. Bush dastehen. Der heilige Pfortner runzelt die Stirn und sagt: „Einstein und Picasso konnten beide belegen, wer sie waren. Wie kannst du es?“ Dabbelju schaut überrascht drein und fragt: „Wer sind Einstein und Picasso?“ St. Petrus seufzt und sagt: „Komm herein, George!“
Aufgeschrieben von Dr. Vera Butler, Melbourne



Vor dem Krieg: „Irak entwickelt Massenvernichtungswaffen ...“ „Die Welt muß sicherer werden!!!“

Nach dem Krieg: „Irak hat keine Massenvernichtungswaffen ...“ „Dann ist die Welt ja jetzt sicherer.“

Ein neuer Hetz-Film gegen die DDR folgt alten Klischees Jenseits der Grenze des Erträglichen

„An der Grenze“ heißt ein Fernsehfilm, der im Oktober vergangenen Jahres gesendet wurde. „Ein Soldat der NVA dient an der Grenze. Einziger Lichtblick in der Welt der Minen, Selbstschußanlagen und Schikanen ist die Liebe zu einer LPG-Bäuerin, die ihn eines Tages um einen großen Gefallen bittet.“ So steht es in „TV TODAY“; von G. D. (Gunnar Decker?) wurde der Streifen im ND besprochen, natürlich unparteiisch und frei von Vorgeschmack. Zum Staatsbürgerkundeunterricht an DDR-Schulen hieß es dort: „Da sollte man nicht denken, sondern bloß die geforderten Antworten geben. ... Ein bemerkenswert ehrlicher, ein irritierend nahekommender Film, den man sehen sollte“, lockte der Rezensent. „Bitter, aber ohne Denunziation.“ Zum Posten bemerkte er: „Diese Angst beim Streifenfang: Hoffentlich kommt keiner (der flüchtet). Darüber bekam er Magengeschwüre.“

Seiner Liebe wegen begeht der Grenzsoldat Verrat. Seine Genossen besitzen den „Liebreiz“ der Barras-Kameraden. Die Vorgesetzten sind Figuren. Der Kompaniechef, ein gebrochener Mann, bringt sich um, weil sich die ungetreue Gattin vor seinen Augen mit seinem Untergebenen einläßt. Mit den Mitteln des Films, vor allem aber durch bewußtes Weglassen realen Lebens, werden Antipathien geweckt, schlägt man die DDR mittels seines verzerrt gezeichneten Grenzregimes zum x-ten Male tot. Auch G. D. hat darin keinerlei Skrupel, natürlich auf „ganz seriöse“ Weise: „Es wäre (allzu) einfach, die NVA oder die Grenztruppen als rein menschenverachtende Einrichtungen vorzuführen – was sie zweifellos auch waren.“ Und weiter: „Man muß also das Grenzregime mit Minen, Stacheldraht und Selbstschußanlagen nicht mehr demaskieren.“

Wie gut es doch ist, durch einen solchen Film die Unmenschlichkeit des Sozialismus wieder und wieder aufgetischt zu bekommen. Das lenkt ab vom Nachdenken über die kolossalen sozialen Verwerfungen im Land, über die militante Außenpolitik der BRD und die neuerlichen Kriegskosten, über Tote, die im Zinksarg zurückgebracht werden.

Auf der gleichen ND-Seite wurde im Zusammenhang mit der Verleihung des Büchnerpreises auch der Dichter selbst zitiert: „Wenn man so wollte, dürfte man keine Geschichte studieren, weil sehr viel unmoralische Dinge darin erzählt werden ... Was nennt ihr den gesetzlichen Zustand? Ein Gesetz, das die große Masse der Staatsbürger zum frondenden Vieh macht, um die unnatürlichen Bedürfnisse einer unbedeutenden und verdorbenen Minderzahl zu befriedigen?“

Allein schon Büchner neben dieser Filmkritik ist für mich eine Zumutung, weil er damit mißbraucht wird.

Dieser Film überschreitet wie andere seiner Machart die Grenze des Erträglichen. Sollen er und die entsprechende Kommen-

terierung den 1. Weltkrieg mit seinen katastrophalen Folgen und die Verbrechen der Hitlerwehrmacht im 2. Weltkrieg relativieren und die Bundeswehr weißwaschen, die noch immer deren Traditionen pflegt und völkerrechtswidrig Krieg führt? Sollen damit die Abertausende Toten an der „EU-Außengrenze“ vergessen werden, an denen auch die Bundesrepublik ihre Aktie hat? Gab es in Deutschland je eine andere Armee als die NVA, die keinen Eroberungsfeldzug führte? Existierte je ein Grenzregime, das unter schwierigsten Bedingungen die Bürger vor diesen durch Büchner genannten Auswüchsen einer kranken Gesellschaft schützte?

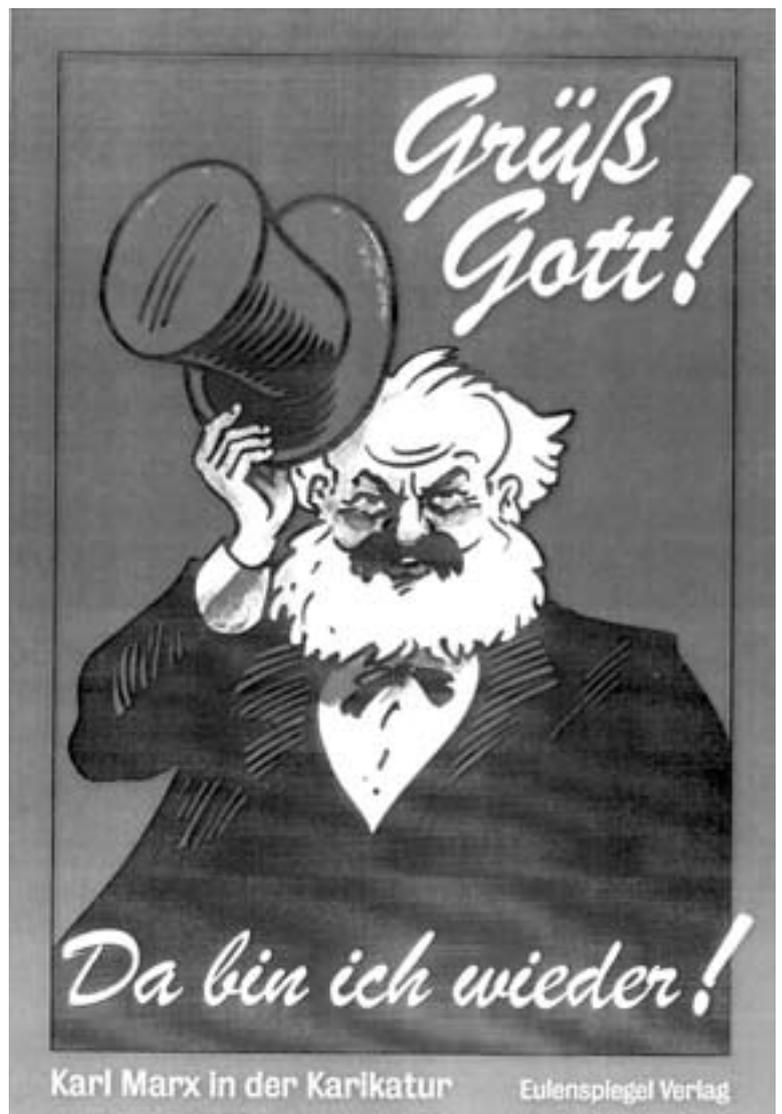
Als einstiger Lehrer für Staatsbürgerkunde an einer Berufsschule weiß ich sehr wohl, daß über solche oder andere historische Zusammenhänge unterrichtet wurde und daß es darauf auch nur eine Antwort gab und geben kann (natürlich nicht im Sinne heutiger Geschichtsschreibung): jene, welche Büchner formulierte, wenn auch im Zeitkolorit.

Dieser Gesetzeszustand vor allem war es doch, der Deutschland in Krieg, Verder-

ben und letztlich auch in die unheilvolle Teilung stürzen ließ. Und er ist es wieder, der die staatliche Einheit auf Kosten eines Teils der Deutschen zu einem Supergeschäft werden ließ, nämlich derer, die ihn auf ganz „demokratische Weise“ herbeizwingen lassen. Er kündigt den ungeschriebenen „Gesellschaftsvertrag“ auf, indem er die wachsende Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche festschreibt und neue Risiken heraufbeschwört, die uns in allen Lebenssphären so empfindlich treffen.

Dieses Produkt der Filmemacher und dessen Bewertung sind typisch dafür, wie „Kunst“ und ein gewisser Journalismus die Wirklichkeit im Sinne des sogenannten Zeitgeistes verfälschen, wie sie im Dienst dieser „verdorbenen Minderzahl“ einer ehrlichen Aufarbeitung der Geschichte aus dem Weg gehen. Der Titel des erwähnten ND-Artikels lautete übrigens „Verlorene Unschuld“. Er kommt wohl eher dem Autor und den „Schöpfern“ des Machwerkes zu als dessen Protagonisten.

Rudi W. Berger



**Ein demnächst
erscheinendes
Buch, das mit
Spannung er-
wartet wird.**

Liebengrün ist ein kleiner Ort im Thüringischen. So heißt auch die Autobiographie Gerhard Branstners, der natürlich nicht, wie sein Urgroßvater, von dort stammt, sondern in Blankenhain geboren wurde. Was ihn dazu veranlaßt hat, seinem Werk den Titel „Liebengrün“ zu geben, liegt also in der familiären Vergangenheit begründet. Wie dem auch sei: Die Ortsbezeichnung ist auffällig; eingängig ist sie allemal. Daß Branstner mit seiner Selbstdarstellung als Schriftsteller, Philosoph und Gesellschaftskritiker keinerlei Probleme hat, beweist seine prachtvolle, als Paperback erschienene Lebens- und Schaffensgeschichte aufs neue. Bereits ihr Entree, die Vorstellung des Elternhauses, seiner landstreichenden Vorfahren inklusive seines Namens, setzt den Leser ob der erzählten Ungewöhnlichkeiten in heiteres Erstaunen. Schritt für Schritt sagt Branstner, verfremdet in Gestalt seines „Schutzengels“, aus: über seine schon sehr früh erkennbaren und von ihm selbst erkannten und genutzten Begabungen nebst deren Folgen, über den Schulbesuch mit seinen unerläßlichen Rankämpfen und über die Lehrzeit des Jünglings. Der Werner-Holt-Generation angehörend, wird Branstner, wie dieser, vom Krieg heimgesucht und kommt gleich zweimal in Gefangenschaft, aus der er höchst abenteuerlich und ständig unter dem drohenden Standrecht laborierend flieht. Geglückte Heimkehr, Besuch der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät, ernsthaftes Studium, forsches Studentendasein und eine frühe gesellschaftswissenschaftliche Dozentur an der Humboldt-Universität. Dort entsteht, „nebenbei“, wie es sich für Branstner gehört, seine außergewöhnliche Dissertation, die erst einmal nicht angenommen wird, aber – in Buchdeckel gepreßt – 40 Jahre später noch immer aktuell ist.

Mit Vergnügen lesen wir von seiner Tätigkeit als agiler „Chef der Eule und des Neuen Berlin“ und gelangen so, abwechslungsreich unterhalten, zu seiner ureigensten Existenz: der des überaus vielseitigen schöngeistigen Schriftstellers, dem „30 Genres der Belletristik“ und „über 10 Genres der Dramatik“ nur so von der Hand gegangen sind. Wir begegnen dem erfolgreichen Theaterautor und Theatertheoretiker, dem nicht erwarteten Komponisten, dem Verfasser von Sprüchen und geistreichen Gags, dem Schreiber des international erfolgreichen Fabelbuchs „Der Esel als Amtmann“ und der lehrreichen orientalischen Anekdoten „Die

In „30 Genres der Belletristik, 10 der Dramatik und 18 Berufen“ perfekt Gerhard Branstners moderate Bilanz

Ochsenwette“, von den feuchtfrohlichen „Sängen und Reimen“ („Das Verhängnis der Müllerstochter“) ganz zu schweigen. Auf weiter Geleistetes einzugehen, verbietet uns leider der zur Verfügung stehende Raum. Gesagt aber werden muß, daß uns in „Liebengrün“ eine stattliche Anzahl prominenter Persönlichkeiten aus Literatur, Kunst, Philosophie und Gesellschaft begegnet – gesehen durch die scharfe und eigenwillige Optik des Verfassers der grobianischen „Plebejade“ und der „Weisheit des Humors“.

Im Epilog, der „Lebensernte“ betitelt ist, stellt uns Branstner die Quellen seines Schaffens, das Wesen seiner Begabung und seines Arbeitsstils sowie seinen kompromißlosen Drang zum „Klartext“ vor. Er demonstriert seine „18 Berufe“ sowie die Quintessenz seiner Auseinandersetzungen provozierenden Philosophie und der von Brecht abgehobenen Theatertheorie der heiteren Verstellung.

Mit einem Dutzend „Anstandsregeln“ verlassen wir die Lektüre von „Liebengrün“, diese durchaus originelle Autobiographie,

die nach Branstners Aussagen in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts gar nicht hätte geschrieben werden können; denn damals hatte er sein literarisches Werk als in sich abgerundet und abgeschlossen erklärt. Durch die sogenannte Wende, die vielerlei gewendet hat, konnte es natürlich nicht bei dem löblichen Versatz bleiben; und wie wir sehen – zu Recht. Branstner überrascht, bewegt und erregt in „Liebengrün“ den Leser mit seinen An- und Einsichten, seiner provokanten „Dialektik von unübertreffbarer Selbstbewertung“, vielen unerwarteten Urteilen und bissigen Lebensweisheiten und einer salopp-heiteren, aber auch geschliffenstrengen Sprache. In ihm hält er sich und damit auch uns als „großer Spaßmacher“ einen Spiegel vor und heißt uns mit Zuversicht hoffen.

Dr. Bernhard Igel

Gerhard Branstner, Liebengrün. Ein Schutzengel sagt aus. Autobiographie. Kai-Homilius-Verlag, Edition Zeitgeschichte Band 35, Berlin 2007, 254 S., 14,80 Euro

Bevor der „RotFuchs“ verpackt und auf den Weg gebracht werden kann, müssen unzählige Umschläge etikettiert werden.

Genosse **Hans Ludwig**,

der am **23. Januar** seinen **75. Geburtstag** begeht,

„befiehlt“ die Elitetruppe unserer Kleber.

Herzlichen Glückwunsch!



Das britische Verteidigungsministerium hat die Entwicklung der Welt in den nächsten 30 Jahren zu analysieren versucht. Es warnt vor einer Zunahme der Klassengegensätze und der Ungleichheit auf der Erde. Das lasse den Marxismus wieder aufblühen. Aus: „Proletären“, Göteborg

Günter Görlich zählt zu den ostdeutschen Schriftstellern, die von Anfang ihres Schaffens mit nahezu jedem Buch beachtliche Resonanz fanden. Gerhard Holtz-Baumert sah eine Ursache bereits 1960 darin, daß Görlich über eine ungewöhnliche Originalität und zugreifende Schreibweise verfügt, aber auch ein ihm eigenes Gefühl für die Gegenwart. Günter Görlich wurde am 6. Januar 1928 in Breslau (Wrocław) geboren und wuchs bei seinen Großeltern auf. Zur Verteidigung der Festung Breslau wurde er eingesetzt und geriet mit 17 Jahren in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Sein Lager befand sich im Ural. Nach der Entlassung

(1982), die ebenfalls im Verlag Neues Leben Berlin erschien. Von Görlichs Erzählungen seien wenigstens noch genannt: „Unbequeme Liebe“, „Eine Sommergeschichte“ und „Der erste Start“. Der Berliner Schriftsteller profilierte sich auch als Kinderbuchautor und zählt wie Benno Pludra zu den Erfolgreichen dieses Genres. Die Reihe seiner beliebten Kinderbücher ist beachtlich: „Der Fremde aus der Albertstraße“, „Vater ist mein bester Freund“, „Der blaue Helm“, „Der unbekannte Großvater“, „Omas neuer Opa“, „Der verrückte Onkel Willi“ und „Keine Ferien für Jonas“. Immer gelang es dem Autor, überzeugend ethische Fragen und

werden die eigenen Skrupel Görlichs erkennbar, sein Wissen um einstige Verbiegungen. Seine Erinnerungen legte Görlich in dem Buch „Keine Anzeige in der Zeitung“ (1999) vor.

Er hielt in Hamburg von Anfang 1991 bis 1997 vornehmlich Rückschau auf sein gesamtes Leben, da seine Frau in der Stadt an der Elbe tätig war. Görlich versagte es sich, den eigenen Weg chronologisch Revue passieren zu lassen und reflektierte teilweise beziehungsreich in Zeitsprüngen. Er war 13 Jahre Mitglied des ZK der SED. Ehrlich benannte Görlich sein politisches Grunderlebnis und deutete zugleich Konflikte zwischen den Pflichten als Parteifunktionär und seinen Neigungen als Schriftsteller an. Er verglich wiederholt die DDR-Jahre und die gegenwärtige Zeit und apostrophierte: „Heute weiß ich ...“

Der Schriftsteller versuchte in seiner Autobiographie eine kritische Bilanz, legte aber keine Beichte ab. Er betete nicht Floskeln und Klischees des neuen „Zeitgeistes“ nach, sondern versuchte glaubhaft und als Zeuge des Geschehens, die Dinge mit historischer Distanz zu analysieren.

Günter Görlich präsentierte in fünfzig Jahren weit über zwanzig Kinder- und Jugendbücher, Erzählungen und Romane. Von ihm stammen auch Fernsehspiele, wie „Das Opfer“, „Feinde“, „Wilhelm Rochnow ärgert sich“ (alle 1958), „Wochenendurlaub“ (1965) und „Das verlorene Jahr“ (1967). Nach Görlichs Prosawerken entstanden weitere sieben Fernsehfilme wie: „Den Wolken ein Stück näher“ (1971, Regie: Christian Steinke), „Heimkehr in ein fremdes Land“ (1976, Regie: Manfred Mosblech), „Das Mädchen und der Junge“ (1982, Regie: Manfred Hübner), „Der unbekannte Großvater“ (1986, Regie: Günther Friedrich) und „Drei Wohnungen“ (1990, Regie: Juri Kramer).

Günter Görlich stellte in seinen Werken den DDR-Alltag sachlich, authentisch und umfassend dar. Lebensgeschichten arbeitete er sensibel und verständnisvoll auf. Generationskonflikte und zwischenmenschliche Verhaltensweisen leuchtete er psychologisch aus. „Literatur kann Nachdenken provozieren und tieferes Verständnis für die Generationen der Väter und Großväter fördern“, meinte er. Vielfach war die Schule für den Schriftsteller ein „Kraft- und Spannungsfeld“, denn „in der Schulstube trifft alles aufeinander, was geschieht, von der Familienerziehung bis zum Beruf und Betrieb der Eltern ...“ Immer wieder bewies Görlich seine Fähigkeit, die jugendliche Psyche sensibel vorzustellen. Der Schriftsteller entwickelte sich zu einem „Meister im Erfassen von generationstypischen Zügen ganz verschiedener Altersgruppen und deckte poetisch das Beziehungsgefüge zwischen den Generationsschichten auf“ (Renate Drenkow). Nicht zuletzt bestechen Görlichs Bücher durch ihre klare, schnörkellose Sprache. Er wies sich als „unbändiger Geschichtenerzähler“ (Fred Rodrian) aus, der provozierend darauf abzielte, den Leser emotional und moralisch zu bewegen. Herzlichen Glückwunsch zum 80!

Dieter Fechner

Meister im Erfassen des Beziehungsgefüges zwischen den Generationen Günter Görlich zum 80. Geburtstag

1949 übte er verschiedene Tätigkeiten aus, war Bauarbeiter und Volkspolizist. Nach einem Pädagogikstudium arbeitete er als Heimerzieher und Lehrer, später als Journalist. 1958 bis 1961 studierte er am Literaturinstitut in Leipzig und ist seit 1964 freier Schriftsteller in Berlin.

Bereits 1958 debütierte Görlich mit dem Roman „Der schwarze Peter“, in dem er den qualvollen Weg eines Zwölfjährigen 1946 gestaltete. Es folgten die Romane „Das Liebste und das Sterben“ (1963), „Den Wolken ein Stück näher“ (1971) und „Heimkehr in ein fremdes Land“ (1974). In dem besonders erfolgreichen Roman aus dem Jahre 1971 beleuchtete er eine Jungenfreundschaft. Der Herztod des Lehrers Magnus bildete einen Kristallisationspunkt für die Auseinandersetzungen der Schüler mit der nachfolgenden jungen Lehrerin. In der Erzählung „Eine Anzeige in der Zeitung“ (1978) wollte Görlich die Erziehung der Gefühle im Hinblick auf die Erziehung selbst beschreiben. Hier löste der Selbstmord des jungen, erfolgreichen Pädagogen Manfred Just eine breite Leserdiskussion aus. Einen besonderen Platz nahm die poetische Erzählung „Das Mädchen und der Junge“ (1981) ein, in der die Geschichte einer jungen Liebe erzählt wurde. Es folgte „Die Chance des Mannes“

Konflikte zwischenmenschlicher Beziehungen aus dem natürlichen Empfinden der Kinder heraus zu reflektieren und zu lösen.

Görlichs Roman „Drei Wohnungen“ (1988) enthielt mehr als die Lebensgeschichte des Witwers Georg Loth, seine Beziehungen zu seinem Sohn und seinen Mitbewohnern. Der Autor plädierte für tolerantes Miteinander und Füreinander. Er ließ den Leser das Außergewöhnliche manchen Alltags spüren und eine Vielfalt von Lebenshaltungen gelten, wobei Generationsfragen und Krisen nicht ausgespart wurden. Auch dieser Roman bestach durch seine ungewöhnliche innere Spannung und Eindringlichkeit, aber auch die magische Kraft, mit der der Leser schnell in die Handlung einbezogen wurde. Folglich konnte es nicht ausbleiben, daß alle wesentlichen Prosawerke Görlichs hohe Auflagen erlebten. Etliche wurden verfilmt und somit einem weiteren Millionenpublikum bekannt. Görlich war 20 Jahre lang Vorsitzender des Berliner Schriftstellerverbandes, dem über 500 Mitglieder angehörten.

In den 90er Jahren erschien aus seiner Feder die Erzählung „Die verfluchte Judenstraße“ (1992), die in der letzten Phase der Verteidigung Breslaus handelt. Es folgten im Spotless-Verlag die Erzählung „Tom und Franziska“ (1993) und das Bändchen „Die Nacht davor“ (1995) mit sechs Geschichten. Mit dem autobiographisch gefärbten Roman „Ein Anruf mit Folgen“ (1995) setzte er die Reihe seiner großen Romane fort. In ihm rätselt der Schriftsteller Berger über das Leben und Sterben seines einst hoffnungsvollen Schützlings. In jener Selbstbefragung nach den Ursachen des Mordes oder Selbstmordes

Das Januar-Konzert des Ernst-Busch-Chores Berlin e.V.

findet am **26. und 27.** des Monats jeweils um **15 Uhr** im

Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur
in der Berliner Friedrichstraße statt.

Eintritt: 10 Euro

Leserbriefe an RotFuchs



Bei einem Besuch in Berlin erfuh ich von einem Bekannten, daß im Zusammenhang mit dem Abriss des Palasts der Republik neben 15 weiteren Bildern auch ein großformatiges Werk („Wenn Kommunisten träumen“) des Künstlers Walter Womacka abgeräumt und in unzugängliche Lagerräume „entsorgt“ wurde. Vorher kannte ich diesen Künstler nicht. Später unterhielt ich mich mit einer Passantin auf dem Alexanderplatz, und sie erzählte mir, es gäbe einen „Womacka-Brunnen“.

Nach der Rückkehr in meinen Heimatort erzählte ich dies meinem Bekannten am Telefon, und zwei Tage später hatte ich die November-Ausgabe des „RotFuchs“ zugesandt bekommen. Wie überrascht war ich, als ich darin das auf Kunstdruckpapier erschienene „RF-Extra“ zum Gespräch mit Walter Womacka entdeckte! Ich war ganz beeindruckt von den positiven Worten des Künstlers zum Friedensstaat DDR und den schönen Bildern und möchte ihm auf diesem Wege danken.

Eva-Sabine Bliesmer, Bardowick

Gruß und Kompliment für den Oktober-RF: Mit der Womacka-Beilage ist Ihnen wirklich ein „Kracher“ gelungen! **Helmuth Helge, Berlin**

Die beiden letzten Sätze im Interview mit Walter Womacka sind ganz toll und eine Erbauung. Sagt ihm Dank und höchste Anerkennung dafür, daß er geliebt ist, was er war: ein stolzer DDR-Bürger. Herzliche Grüße aus der Stadt der Bergarbeiter, der Automobilbauer und Robert Schumanns. **Günter Löschner, Zwickau**

Viele Jahre habe ich in der DDR gearbeitet. Ich kenne und schätze ihre Städte und ihre Kultur. Noch heute unterhalte ich sehr gute Beziehungen zu vielen früheren DDR-Bürgern, besonders meinen Kollegen aus dem MfS. Die Genossen haben in voller Übereinstimmung mit den Gesetzen ihres weltweit anerkannten Staates pflichtbewußt gehandelt. Es ist sehr zu bedauern, daß sie heute deswegen verfolgt und bestraft werden. Die Wiedervereinnahmung der DDR hat zwar Teilen der Bevölkerung Vorteile gebracht, aber auch das Leben sehr vieler guter und ehrlicher Menschen zerstört.

Großen Anteil an der Vernichtung der DDR hatte der Verräter Gorbatschow. Bei Verhandlungen mit Kohl, die vor der DDR-Führung geheimgehalten wurden, erklärte er wiederholt: „Wie ihr mit den bewaffneten Organen oder der Staats- und Parteiführung der DDR verfährt, ist ausschließlich eure Sache. Wir mischen uns da nicht ein ...“

Der damalige KGB-Chef der UdSSR, der unlängst verstorbene Generaloberst Kriutschkow, soll hinter dem Rücken der eigenen Regierung, die da völlig anders dachte, in geheimen Gesprächen mit dem BRD-Innenminister versucht haben, das Schicksal der MfS-Genossen positiv zu beeinflussen. Er hatte aber keinen Erfolg. So konnte sich die Klassenjustiz reichlich austoben.

Ich bin davon überzeugt, daß die Mehrheit unserer Veteranen Euch, liebe deutsche Freunde, unterstützt.

Oberst a. D. Witali Korotkow, Moskau

Am 26. Oktober nahm ich an einer Versammlung der „RotFuchs“-Lesergemeinschaft Nord-West in Wismar teil. Redner war Egon Krenz. Er sprach über das Thema „Der November 1989 und was daraus geworden ist“. Ich war gespannt, was er dazu sagen würde. Als ich das Lokal erreichte, hatte ich Mühe, noch einen Platz im Nebenraum zu finden, da der Saal bereits brechend voll war. Im Laufe der Versammlung war ich erstaunt, mit welcher Präzi-

sion Egon Krenz argumentierte. Sein gesamtes Auftreten beeindruckte mich stark. Nach der einstündigen Rede beantwortete er geduldig und exakt alle an ihn gestellte Fragen.

Während der Veranstaltung bekam ich Kenntnis von der Existenz Ihres Vereins und hielt zum ersten Mal ein Exemplar Ihrer Zeitschrift in Händen. Bis dahin war mir beides völlig unbekannt. Einige Tage danach stellte mir mein Nachbar ältere Ausgaben zur Verfügung, die ich regelrecht studiert habe. Ich nahm ausnahmslos alle Beiträge mit großem Interesse zur Kenntnis. Ein Wort zu mir selbst: Ich war viele Jahre Offizier der NVA bzw. der Grenztruppen und anschließend (bis 1991) Lehrer im Hochschuldienst. Aufgrund des Erlebten habe ich mich entschlossen, Leser Ihrer Zeitschrift zu werden. **Helmut Wagner, Wismar**

Die Nachricht über die jüngste „Ehrung“ des einstigen HJ-Aktivisten Helmut Kohl (er war 1944/45 in Berchtesgaden als vertraulicher Kurier der Nazis eingesetzt), habe ich als Shoah-Überlebender Medienberichten entnommen. Kohls Auszeichnung erfolgte ausgerechnet durch das Jüdische Museum. (!) Im ND erschien die Meldung auf Seite 1.

Meine Mutter Gertrud Teppich war während des Reichspogroms in die Niederlande geflohen, wurde nach dem Einmarsch der Hitlerwehrmacht deportiert. Gleich Millionen Juden, Slawen, Sinti, Roma und anderen wurde sie von den Faschisten vergast. Mein jüngster Bruder Helmut wurde im Zuge einer KZ-Räumung erschossen. **Fritz Teppich, Berlin**

1994 waren mehr als doppelt so viele Westdeutsche als Ostdeutsche antisemitisch eingestellt. Dieser Unterschied bestätigte sich im Jahre 2002, wenn auch insgesamt eine Zunahme erfolgte.

Auf diesem Hintergrund bis heute nur geringer Vorbehalte gegenüber Juden in der früheren DDR-Bevölkerung im Vergleich zum Westen der BRD ist es völlig unverstündlich, daß eine verleumderische Ausstellung mit dem Titel „Das hat's bei uns nicht gegeben! Antisemitismus in der DDR“ durch Ostdeutschland und Berlin tourt. Sie wurde zuletzt im Kulturhaus „Peter Edel“, Weißensee, gezeigt.

Sponsor ist die „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“, Betreuer die „Amadeu-Antonio-Stiftung“.

Geld für die Erfassung antisemitischer Vorkommnisse in der alten BRD gab es nicht. Ein vergleichendes Projekt wurde abgelehnt. An eine wahrhaftige und wissenschaftliche Aufarbeitung von dargestellten antisemitischen Einzelercheinungen in der DDR, abgesehen von dreisten Verfälschungen, ist nicht zu denken.

Schon auf den ersten der 36 Tafeln wird starker Tobak dargeboten: In der DDR habe man „keinen Grund gesehen, sich mit dem Erbe des Nationalsozialismus und des Antisemitismus in den Köpfen der Menschen auseinanderzusetzen“, heißt es da.

Nehmen wir die Dokumentation „Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR“. In bedauerlichen etwa 100 Fällen erfolgten zwischen 1945 und 1989 Grabbeschädigungen durch Kinder oder Jugendliche. Im gleichen Zeitraum gab es in Westdeutschland etwa 1400 solcher Vorfälle und allein seit 1991 etwa 650.

Das entschiedene Vorgehen der staatlichen Stellen in der DDR, der Schulen und Eltern gegen Antisemitismus, die Bildungs- und Kulturarbeit sowie gesetzliche Regelungen (z. B. das Gesetz zum Schutz jüdischer Friedhöfe, 1977) werden überhaupt nicht erwähnt.

Die Ausstellung entspricht den Zielen der „überarbeiteten Gedenkstättenkonzeption“, die im Juli 2007 im Entwurf vorgelegt wurde. Mit ihr soll die „Aufarbeitung des DDR-Unrechts“ verstärkt und der Antifaschismus des sozialistischen deutschen Staates ins Gegenteil verkehrt werden. **Uta Mader, Bernau**

Natürlich steht die Oktoberrevolution wie die Französische Revolution und die Pariser Kom-

mune in der Reihe welthistorischer Ereignisse. Die Preisgabe der politischen und sozialen Errungenschaften in der Sowjetunion und anderswo ist mit Sicherheit keine dauerhafte Niederlage.

Dennoch waren die Glorifizierung der Ereignisse in der sowjetischen Geschichtsschreibung (und nicht nur dort) ab 1924, aber auch deren Heroisierung in Filmen, in der Literatur sowie bei Gedenkveranstaltungen oftmals übertrieben. Der „Sturm auf das Winterpalais“, angeblich minutiös von Lenin geplant, war keine dramatische Schlacht, sondern „nur“ ein „Handgemein“ zwischen Soldaten, Offizierschülern und Rotgardisten, wie der amerikanische Journalist John Reed als Zeitzeuge damals schrieb. Die bürgerliche Kerenski-Regierung war am Ende und ohne Macht, so daß es nur noch eines geringen Anstoßes bedurfte, sie hinwegzufegen. Diese Situation richtig erkannt zu haben, die Doppelherrschaft zu beenden und „alle Macht den Sowjets“ zu übertragen, war das Verdienst der Bolschewiki und Lenins. Damit begann die erste erfolgreiche proletarische Revolution der Menschheitsgeschichte, deren Anfang und Verlauf wir heute historisch sachlich und nicht übertrieben und verklärt darstellen sollten.

Hans-Dietrich Grundmann, Eberswalde

Seit geraumer Zeit lese ich mit Interesse den RF. Es sind vielfach vertraute Gedankengänge, die in ihrer Tiefgründigkeit so heute selten zu finden sind. Ich habe auch alles verfolgt, was bei Euch zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution geschrieben wurde. Es deckt sich mit meinen Überlegungen zu jenem Ereignis, das tatsächlich die Welt erschütterte.

Bei aller Würdigung und historischen Einordnung darf man aber auch die Fehlentwicklungen nicht außer acht lassen, welche zum Untergang des Sozialismus nicht nur in der UdSSR geführt haben.

Die Geschichte besteht eben nicht nur aus Siegen, sondern auch aus Niederlagen, die ihre Ursachen nicht in erster Linie außerhalb, sondern innerhalb der gesellschaftlichen Systeme haben.

Hubertus Scholz, Saalfelder Höhe

Zum Beitrag von Manfred Hocke im November-RF („Archie am Schwarzen Meer“): Das von ihm Erlebte hat mich berührt. Es erinnerte mich an einen Tag 1980 hier bei uns in der DDR: Meine Tochter Ina studierte damals in Moskau Landwirtschaft und brachte in den Ferien einen Freund von der Universität, den Usbeken Schachin, als Besuch mit. Da ich LPG-Mitglied und sehr stolz auf unseren weitgehenden Maschineneinsatz war, besichtigte Schachin, Ina und ich unsere Kälberaufzuchtanlage. Einer der Tierpfleger war noch im Stall, und wir suchten das Gespräch. Dem Gast zugetan, erklärte der ältere Kollege, welche Landstriche der UdSSR er im Zweiten Weltkrieg kennengelernt habe. Die nun folgende Verwandlung unseres usbekischen Freundes machte uns betroffen. Hochgradig erregt sprach er auf Ina ein und verließ empört das Stallgelände. Wie könnten wir ihm einen Mann gegenüberstellen, der mitschuldig am Tod vieler seiner Landsleute und Verwandten gewesen sei! Nur nach und nach vermochten wir ihn zu beruhigen.

Karin Dvorák, Kuchelmiß

Ich stimme Joachim König aus Dresden, dessen Leserbrief im November-RF veröffentlicht wurde, insofern zu, daß man die Zeitschrift nicht in ein „akademisches Fernstudienmaterial“ verwandeln sollte. Manches, was im RF steht, ist für mich viel zu hoch, obwohl ich es nicht abwerten möchte oder kann. Mir einfachem Bürger reicht es, Zusammenhänge erklärt zu bekommen, ohne dabei auch die wissenschaftlichen Hintergründe studieren zu müssen. Ich möchte vor allem Antworten, Ratschläge und Sichtweisen zum aktuellen politischen Geschehen lesen, auch, um das eigene Verhalten auf den Prüfstand stellen zu können.

Dirk Heinrich, Strausberg

Dem Leserbriefschreiber Joachim König ist anscheinend entgangen, daß sich der „RotFuchs“ zum Ziel gesetzt hat, unsere wissenschaftliche Weltanschauung zu verbreiten und die Sache von Marx, Engels und Lenin zu verteidigen. Als Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland betrachte ich ihn deshalb nicht als „Sammlungsbewegung“, sondern als kollektiven Agitator, Propagandisten und Organisator. Meines Erachtens geht es nicht darum, „Herz und Hirn eines jeden“ zu gewinnen und zu einem „fruchtbaren Gedankenaustausch für alle und durch alle“ zu gelangen. Mein Eindruck besteht nicht darin, daß es im RF einen „erkennbaren Trend zum akademischen Fernstudienmaterial“ gibt.

Helge Tietze, Bautzen

Große Anerkennung für Horst Schneiders neuestes Buch „Hysterische Historiker“. Ich habe es mit Begeisterung gelesen (manche Kapitel mehrfach) und halte es für die wissenschaftlich beweiskräftigste historische und klassenmäßige Analyse der Entwicklung in der DDR und der BRD. Insbesondere die authentischen Zitate aus dem Munde der Prominenten unserer Gegner machen Prof. Schneiders Argumentation nahezu unangreifbar. Da das Buch unmittelbar vor seinem 80. Geburtstag erschien, hat er sich selbst ein würdiges Geschenk bereitet.

Schon die erste Begegnung mit Horst Schneider im Chemnitzer „Rothaus“ veranlaßte mich zur Korrektur meines Pauschalurteils, nach der Konterrevolution hätten sich die Historiker insgesamt als Geschichtsfälscher erwiesen. Es macht Mut, daß es Wissenschaftler wie Prof. Schneider gibt, die gegen den offiziellen Medienstrom anschwimmen und die Wahrheit nicht verbiegen.

Berndt Großer, Hainichen

Den Leserbriefen zu „Strafanzeige gegen Birtler und Co“ im Heft 118 stimme ich voll zu. Die Bemerkungen des Kollegen RA Armin Fiand, „mit der Anzeige im Ergebnis keinen Erfolg zu haben ...“ veranlassen mich zu einem Vorschlag: Allen ehemals politisch aktiven DDR-Bürgern ist die von der alten BRD eingerichtete dubiose „Erfassungsstelle Salzgitter“ bekannt. Dort wurden angeblich in der DDR begangene Rechtsbrüche registriert. Sollte man nicht eine neue Erfassungsstelle „Salzgitter II“ einrichten, die sämtliche Rechtsbeugungen der heutigen BRD gegen Linke festhält?

Vorbereitet sein ist alles! Eine der ersten Eintragungen könnte Armin Fiands Anzeige sein.

Harry Schröder, Berlin

Das die Agenda 2010 begleitende „Sozialprogramm“ und dessen Umsetzung sind aufs engste mit dem Namen Müntefering verknüpft. Er selbst war die Verkörperung dieser Politik. Als Bundesarbeitsminister und Vorgesetzter der Bundesanstalt für Arbeit wurde „Münthe“ zum Synonym für die staatlich organisierte Diskriminierung von Millionen Arbeitslosen, ihre Entmündigung und Versklavung. Nun hat er sich verabschiedet, allerdings nicht in die Arbeitslosigkeit. Als Bundestagsabgeordneter bezieht er die von ihm selbst mit bewilligten erhöhten Diäten.

Noch vor kurzem wurde Müntefering als Schutzpatron der Schwachen ausgegeben, obwohl die Wirklichkeit das Gegenteil bewies. Hat er selbst bemerkt, wie realitätsfern seine Konzepte waren, oder wollte ihn seine bis ins Mark korrupte Partei nicht mehr haben? Denn mit einer derart sozialfeindlichen Politik sieht sich die SPD ihrer Wahlchancen beraubt. Die Kanzlerin gönne ihrem Mitspieler und Rivalen keinen Triumph und blockiere den Mindestlohn für die Postzusteller oder andere wahltaktische Werbeaktionen der SPD, hieß es. Ob der profillosse Phrasendrescher Scholz allerdings einen gerissenen Demagogen wie Müntefering zu ersetzen vermag, erscheint mehr als zweifelhaft.

Jochen Singer, Leipzig

Meine volle Zustimmung zum Artikel von Prof. Harry Milke „Vorurteilsfrei und illusionslos“. Solange allerdings „Die Linke“ keine Aus-

einandersetzung mit Abgeordneten aus den eigenen Reihen führt, die beispielsweise im Europa-Parlament sogar Resolutionen gegen Kuba unterstützt haben, bin ich skeptisch. Auch jene Mandatsträger, die mithelfen, kommunales Eigentum zu verschern, oder die in Verleumdungen der DDR einstimmten, untergraben die Glaubwürdigkeit dieser Partei. Dadurch verspielt sie das Vertrauen heutiger und künftiger Wähler.

Klaus Schmidt, Zwickau

Ich begrüße, daß Prof. Harry Milke in seinem Artikel das Verhältnis des „RotFuchs“ zur Linkspartei als konstruktiv-kritisch begleitend beschreibt. Will „Die Linke“ in Deutschland dauerhaft eine Zukunft haben, dann muß sie im weiteren Prozeß der Herausbildung ihr Profil schärfen und sich deutlich vom Hamburger SPD-Programm abheben. Eine solche Haltung kann ihr nur helfen.

Manfred Holfert, Löbau

Der Artikel von Prof. Harry Milke signalisiert kritische Unterstützung für die Partei „Die Linke“ und findet meine volle Zustimmung. Zu den aufgezählten Initiativen und Vorschlägen, die diese Partei bei jeder passenden Gelegenheit in den Bundestag einbringen sollte, gehören für mich die Wiedereinführung der durch die Kohl-Regierung abgeschafften Vermögenssteuer sowie eine Börsenumsatzsteuer (Tobin), ein deutschlandweit geltender Mindestlohn von 8 Euro in der Stunde sowie die generelle Einrichtung von Gemeinschaftsschulen zur Förderung aller Kinder.

Ich habe keine Illusionen, aber ich bin für kämpferische politische Arbeit.

Dr. Willi Paubel, Berlin

Befremdlich, wenn Linke zu Kaffeesatzlesern mutieren und sich in wilden Spekulationen über mögliche politische Bündnisse in acht bis zehn Jahren ergehen. Sie wollen mit den Mächtigen schwadronieren, ohne daß sie uns um unseren Dreier gefragt hätten. Ähnlicher machtpolitisch-er Ansatz wurde erst vor kurzem auch in Sachsen verkündet. Die Häme beim politischen Gegner darüber ist grenzenlos. Eingedenk der Erfahrungen aus den bisherigen Tolerierungen und Koalitionen ist doch zu erkennen, daß man uns gar nicht braucht – wir werden lediglich verbraucht.

Wir sollten uns auf unsere realen Möglichkeiten besinnen, eine kommunal- und landespolitische Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger leisten, die vor allem ihre soziale und persönliche Lage verbessern und Frieden nicht nur im Lande, sondern auch auf der ganzen Welt schaffen hilft. Nur so werden wir Verbündete sowie Wählerinnen und Wähler für unser Programm gewinnen. Erst ein gehöriger politischer Druck von links wird mögliche Einsichten und dann auch Bündnisse befördern. Dies hat uns doch der jüngst abgehaltene Hamburger SPD-Parteitag bewiesen. Nur, wenn „Die Linke“ drückt, bewegt sich was – bei Hartz IV und Mindestlohn und vielleicht noch woanders.

Wir sollten also lieber ernsthaft politisch arbeiten und handeln, als nach Koalitionen und vielleicht auch nach Posten zu spielen.

Raimon Brete, Chemnitz

Es ist der Partei „Die Linke“ in Berlin im Interesse ihres prinzipienlosen Bündnisses mit der SPD gelungen, das neue Polizeigesetz des Herrn Körtling am 22. November durch das Abgeordnetenhaus zu bringen. Nicht einmal die CDU konnte sich dazu entschließen, die zusätzlichen Restriktionen in dieser Novelle zu unterstützen. Sie brauchte es auch nicht, da „Linke“ und SPD zur Freude des Herrn Schäuble dort die Drecksarbeit übernommen hatten, während sich die Berliner CDU-Politiker gemeinsam mit Grünen und FDP als Musterdemokraten aufspielen konnten.

Kritische und nachfragende Linke wie Evrim Baba und Mari Weiß wurden mit Hilfe der Fraktionsdisziplin zum Schweigen gebracht, um „die Koalition nicht zu gefährden“! Trotz

entschiedener Bedenken stimmten sie nicht gegen das Gesetz, sondern enthielten sich des Votums. Offensichtlich gehört heute schon Mut zu diesem Schritt, denn der Druck des Berliner Landesvorstandes um Lederer auf die Abgeordneten muß enorm groß gewesen sein.

Die Polizeinovelle dient in erster Linie der Disziplinierung und Einschüchterung oppositioneller Kräfte im eigenen Land. Dabei steht uns Heiligendamm plastisch vor Augen.

Klaus Baunack, Berlin

Vor längerer Zeit wollte ich bei Strausberg verhindern, daß ein Hakenkreuz an eine gläserne Telefonzelle vor einer Kaufhalle geschmiert würde. Eine Verkäuferin kam heraus, nahm mich bei der Hand und sagte: „Kommen Sie schnell rein, guter Mann, und lassen Sie sich nicht zum Krüppel schlagen, da hilft Ihnen auch keine Polizei! Machen Sie sich nicht unglücklich!“

Unlängst konnte man im ZDF sehen, wie ein Moçambiquaner mit Familie in Liebstadt aus der Sächsischen Schweiz rausgekelt wird und sein Haus zum Verkauf anbietet. Aber ganz Liebstadt kriegt das Maul nicht auf und bleibt stumm. Bis auf den Bürgermeister eiern alle anderen herum oder quatschen dämlich.

Manfred Hocke, Berlin

Die Novemberausgabe des RF habe ich mit besonderer Aufmerksamkeit gelesen. Hier wird die historische Wahrheit mit vorzüglichen Beiträgen, vor allem auch mit dem Leitartikel „Lenin im Oktober“ von Klaus Steiniger, vom Kopf auf die Füße gestellt. Sehr gefreut habe ich mich auch über die informative Rezension von Prof. Horst Schneider in der Oktober-Ausgabe zu dem im „Ossietzky“-Verlag erschienenen Buch von Ralph Hartmann „Die DDR unterm Lügenberg“. Das Buch mit seiner überzeugenden Widerlegung der zehn gängigsten Lügen über die DDR ist gerade in der Gegenwart, in der die Diffamierung unseres untergegangenen Staates und damit der sozialistischen Idee kein Ende nimmt, für jeden aufrechten Sozialisten und Kommunisten ein Labsal für die Seele. Es gehört auch in die Hände ihrer Freunde, Kinder und Enkel.

Maria Walther, Zeuthen

Sehnsüchtig warte ich jeden Monat auf unseren „RotFuchs“. Mit ihm erweitere ich mein politisches Wissen, bleibe standhaft und erhalte mir meine marxistisch-leninistische Einstellung. Durch den RF wurde ich auf die Schrift von Ralph Hartmann „Die DDR unterm Lügenberg“ aufmerksam. Der Inhalt dieses Buches hat mich tief beeindruckt. Die Hauptursache für unseren sang- und klanglosen Untergang bestand wohl darin, daß die Menschen tatsächlich unter dem Lügenberg über die DDR und den Sozialismus vor und nach der Konterrevolution systematisch weichgeklopft wurden. Unsere eigenen Fehler trugen dazu bei. Es gelang uns in Anbetracht des oftmals dürftigen Niveaus unserer Agitation nicht, die Lügen hinreichend zu entkräften.

Heute hilft uns der „RotFuchs“ durch seine Beiträge, daß wir nicht unter der Last der Verleumdungen, die auf uns niederprasseln, zusammenbrechen und statt dessen einen klaren Kopf behalten.

Wolfgang Hilbert, Kahla

Als die Konterrevolution im Herbst 89 entfesselt wurde, galten dem Machtanspruch der Arbeiterklasse und ihrer Partei die heftigsten Haßtiraden. Es folgte dann die Jagd auf Träger der Macht und die Tilgung aller Symbole, Namen und Bauten, die auch nur entfernt damit in Zusammenhang zu bringen waren. Koste es, was es wolle – der Palast der Republik mußte weg. Und vieles andere.

Wodurch wird das aber ersetzt? Da soll das Schloß der Hohenzollern wieder erstrahlen. Der Berliner Luxustempel „Adlon“ feierte gerade sein 100jähriges Bestehen als einstiges Lieblingshotel des Kaisers. Zur Geschichte der letzten zehn Jahre des „Adlon“, das sich wieder im alten Besitz befindet, las man u. a.: „... Dimensionen erster Güte. Seit 1997 öffneten Kellner 100 000 Flaschen Champagner, Schuhputzer

wienerten 292 000 Paar Schuhe, Konditoren verbrauchten 24 000 Kilogramm Schokolade.“ Es darf gefragt werden: Für wen knallen die Korken, wer putzt wem die Schuhe, und wer kann sich bestenfalls die Nase an der Scheibe plattdrücken? **Roland Winkler, Remseck**

„Und sie füllten alle Plätze, wo man Weiber hat und Wein, und sie führten die Gesetze von ganz früher wieder ein. Stahlen auch mit langen Fingern Land und Häuser, Vieh und Brei. Und ein Heer von Peitschenschwingern brachte uns Gehorsam bei.“

Diese Zeilen von Peter Hacks beschreiben treffend die Situation meiner Familie, im besonderen den Stand unserer Klage gegen einen Wessi, der uns die Inbesitznahme des von uns 1983 bebauten Flurstücks verweigert, obwohl wir die Erstklage vor dem Landgericht gewonnen haben.

„Wie geht's in Deutschland?“ wollte Heinrich Heine von einem seiner Freunde wissen: „Ich höre, jeder will sich sein Zimmer zum Gefängnis einrichten, um der Regierung unter die Arme zu greifen.“ **Adolf Eduard Krista, Worbis**

Lieber Herr Steiniger, Ihre im Bericht wiedergegebenen Worte als „letzter Diskussionsredner“ auf der „RotFuchs“-Mitgliederversammlung haben mich erreicht und mich angefeuert, weiterzumachen. **Andreas Rösler, Hamburg**

„Ich bedaure, daß es bereits viel zu viel DDR-Nostalgie gibt.“ Und weiter: „18 Jahre nach dem Fall der Mauer müssen wir (Wer sind wir? frage ich, G. F.) feststellen, daß es eine dramatische Unwissenheit über das gibt, was einmal der DDR-Sozialismus war. Dem müssen wir durch mehr Aufklärung und Bildung entgegenreten.“ Die Aussage von Ministerpräsident Althaus (LVZ vom 8. November) wirft die Frage auf, warum das so ist.

Herr Althaus gehört schon seit langem zu den Hardlinern bei der Bewertung der DDR. Unter Aufklärung und Bildung versteht er, üble Verleumdungen über sie auszuschütten. Den Bürgern soll mit geradezu missionarischem Eifer eingebleut werden, wie sie ihren früheren Staat zu sehen haben, völlig unberührt von deren eigenen positiven Erfahrungen. Vor allem Jugendlichen, Kindern und Besuchern aus dem Westen, die die DDR aus eigenem Erleben nicht kennengelernt haben, wird durch „Bildung und Aufklärung“ ein Negativbild vermittelt. Durch die ständige Wiederholung der Begriffe „Unrechtsstaat“ und „Diktatur“ in BRD-Geschichtsbüchern und Traktaten aller Art erhalten junge Menschen „Kenntnisse vermittelt, die sie in Widerspruch zum Wissen ihrer Eltern und Großeltern geraten lassen. Glücklicherweise kann man inzwischen auf sachliche und gründlich recherchierte Literatur zurückgreifen, in der seriöse und namhafte Autoren das Bild über die DDR zurechtrücken. Diese Bücher sollte man bei der von Althaus angeregten „Bildungs- und Aufklärungskampagne“ zu Rate ziehen.

Gottfried Fleischhammer, Leipzig

Neulich befragte mich ein Meinungsforschungsinstitut, ob ich stolz sei, Deutscher zu sein. Ich erwiderte, ich sei stolz darauf, Bürger der DDR gewesen und im Innersten geblieben zu sein. In der BRD bin ich auch nach 18 Jahren nicht angekommen.

Der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in unserer Geschichte hatte das Image Deutschlands in der Welt aufgepoliert. Nun düst die Bundeskanzlerin in andere Länder und belehrt deren Regierungen anmaßend in Sachen Wohlverhalten, während im eigenen Land elementare Menschenrechte im argen liegen. Man könnte sich als nunmehriger BRD-Staatsangehöriger nur dafür schämen. Wie vermag ich da stolz zu sein? **Wolfgang Müller, Bad Dübén**

Ein Sprichwort lautet: Sag mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist. Kanzlerin Merkel sonnte sich angesichts der jüngsten Einladung des Kriegstreibers Nr. 1 auf der

Bush-Ranch in den USA. Mich hat das zutiefst empört. Auch anderes erregte meinen Zorn: Die Abgeordneten des Bundestages erhöhten sich ihre Diäten um 9,4 %, während man die Rentner, die so manchem dieser Leute eine solide Ausbildung mitfinanziert haben, mit ganzen 0,54 % abspesite.

Die Gewerkschaft der Lokführer wird von Politikern und Medien durch den Dreck gezogen. Dabei kämpft sie doch nur um eine ihrer schweren Arbeit angemessene Entlohnung, während sich Herr Mehdorn Monat für Monat 36000 Euro in die Tasche schiebt.

P. S. Den uns von Schäuble verordneten Fingerabdruck auf dem Paß hatten wir übrigens schon einmal – auf der Kennkarte in der Nazi-Zeit. Mich wundert es nicht, daß sich das jetzt wiederholt.

Marianne Wuschko, Hoyerswerda

Als „historisches Dokument“ wird der Film „Das Leben der anderen“ verkauft. Die Mischung aus Psychothriller und Melodrama mit die Gefühle des Publikums einer Sondervorführung in unserer Stadt beeindruckt. Auch durch die oft unzureichende Medienpolitik der DDR bedingt, wirken Spekulationen und antikommunistische Hetze bis in die Gegenwart hinein. So hat das Publikum in Bad Kreuznach selbst die absurdesten Szenen, die ich als komische Einlage empfand, ernstgenommen.

Petra Reichel, Bad Kreuznach

Die BRD behauptet steif und fest, kein kriegsbeteiligter Staat zu sein, doch das ist eine Verdrehung der Tatsachen.

Wie war das denn mit dem NATO-Angriff auf Jugoslawien? War nicht zuvor feierlich erklärt worden, kein USA-Bomber sollte deutsches Territorium überfliegen oder von ihm starten, um Serbien zu bombardieren? Doch was geschah? Nach und nach wurde das Überflugverbot gelockert, bis die BRD voll in den Krieg verstrickt war.

Was folgte, waren der weiter anhaltende Einsatz am Horn von Afrika, die libanesische Küstenblockade und das massive „Engagement beim Wiederaufbau Afghanistans“. Das verstand sich von selbst, da Deutschland ja jetzt am Hindukusch verteidigt werden muß. Dieses Täuschungsmanöver, das eine Beteiligung der Bundeswehr in Abrede stellte, gipfelte schließlich in den Tornado-Flügen. Keine direkte Kriegsteilnahme?

Hildegard Wolff, Halle/Saale

Der Deutschlandfunk berichtete im Oktober über eine 50 Jahre zuvor getroffene Entscheidung des Bundesgerichtshofes zur Anwendung der Prügelstrafe in der BRD. Unmißverständlich sprach sich der BGH damals für die Rechtmäßigkeit körperlicher Züchtigung an allen Schulen aus. Dieser „Rechtszustand“ wurde generell im Jahre 1974 und im Bundesland Bayern erst 1980 aufgehoben. Er widersprach der Unantastbarkeit der Würde des Menschen (Art. 1 GG), des Rechts auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 GG), war aber auch aus strafrechtlicher Sicht als Körperverletzung zu beurteilen. Bekanntermaßen galt das Grundgesetz seit Mai 1949, was die Entscheidung vom Oktober 1957 als Verfassungswidrigkeit charakterisierte. Trotz dieses Sachverhalts wurde die Prügelstrafe bis zum genannten Zeitpunkt in der gesamten BRD praktiziert. Damit beging man eine permanente Verletzung der durch die Bundesrepublik ratifizierten Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. 11. 1950.

Ergänzend soll daran erinnert werden, daß auch das Züchtigungsrecht der Eltern gegenüber ihren Kindern erst im Jahre 2000 durch die Reform des Familienrechts abgeschafft wurde. Die viele Jahrzehnte höchstrichterlich legalisierte Prügelpädagogik gehört zur Geschichte der alten BRD.

In der DDR war die Anwendung von Prügel- und Körperstrafen seit ihrer Gründung strikt untersagt.

Prof. Dr. Manfred Naundorf, Rangsdorf

Bis 1998 war ich nebenberuflich als Fachautor für drei führende Reitsport-Zeitschriften der BRD tätig. Meine Themen: praktische Pferdehaltung, Grünlandbewirtschaftung und Verbandswesen. Als statt Fachwissen Boulevardstil Einzug hielt, zog ich mich zurück. Ab 1990 etwa kam eine neue Generation Journalisten in die Redaktionen. Pferde waren für sie unbekannte Wesen. Man orientierte sich an BILD. Das konnte sich auch halten, weil das Niveau der Leser in den Keller ging. Rotznasen aus gutsituierten Elternhäusern betrachteten das Pferd als reines Statussymbol.

Nach zehnjährigem Kampf gründeten wir den Verband der Freizeitreiter. Den „Bonzen“ gingen 150 000 zahlende Mitglieder verloren. Reiten ist nicht nur Sport für elitäre Gruppen. Hunderttausende sparen sich das Geld für ihr Hobby mühsam ab, verzichten auf Urlaub, halten ihr Pferd am Haus oder zahlen für einen Pensionsplatz. Diese Leute sind auch nicht in dem der Oberschicht vorbehaltenen Turniersport unterwegs.

Erich Kronschnabel, Torgau

Unlängst kaufte ich in der Apotheke schleimlösende Hustentropfen Bromhexin zum Preis von 3,47 Euro. Im „Unrechtsstaat“ DDR kostete die gleiche Menge desselben Präparats 3,70 Mark der DDR. Mit der Währungsunion 1990 wurde meine Kaufkraft halbiert: 2 Mark der DDR waren jetzt nur noch 1 Mark der BRD. Danach hätten 30 ml Bromhexin jetzt nicht mehr als 1,85 DM kosten dürfen.

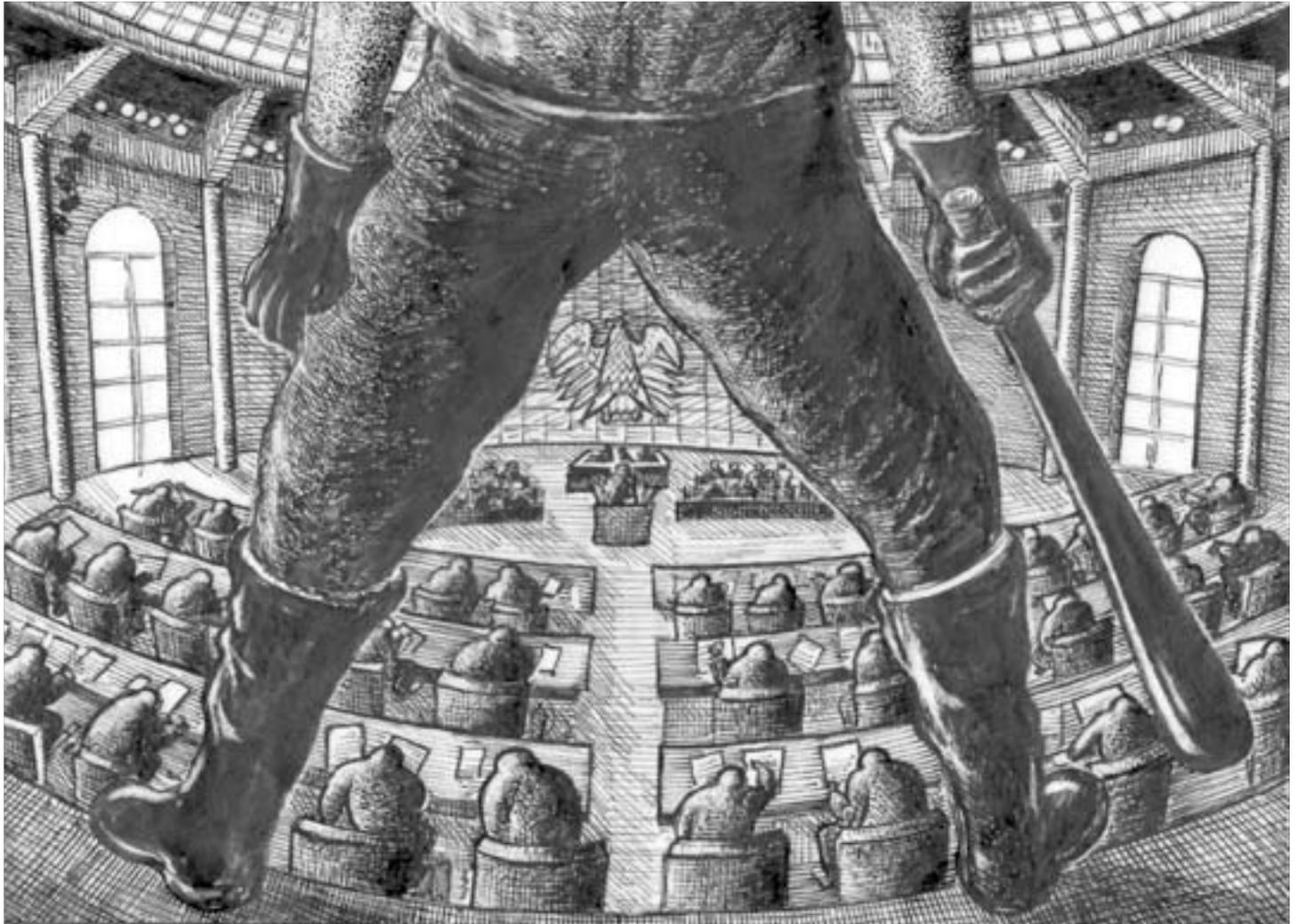
Im Jahre 2001 kam dann die Euroumstellung. Für 1,95583 DM gab es jetzt 1 Euro. Damit hätten 30 ml Bromhexin auf der Basis des DDR-Preises nunmehr 0,95 Euro ausmachen müssen. Das taten sie aber nicht. Statt dessen sind es 3,47 Euro. Und das gilt in unterschiedlicher Form für sämtliche aus der DDR „übernommenen“ Arzneimittel. **Horst Jablonski, Berlin**

Einige Zeit nach dem konterrevolutionären Umsturz machte ich eine Woche Urlaub in Kühlungsborn. Dort hörte ich auch einen Vortrag über die Entwicklung des Ortes und seiner Umgebung. Einzelheiten sind mir entfallen, doch eines blieb mir bis heute im Gedächtnis. Der Referent berichtete, nach 1945 sei eine von ihm genannte Pension enteignet worden, weil man dort einen Sack Mehl nicht nachweisbarer Herkunft gefunden habe. Offen bleibt, ob der Grund für die Enteignung tatsächlich nur dieser eine Sack Mehl gewesen ist. Damals gab es ja viele dunkle Geschäfte. Aber nehmen wir das mal an. Es war gewiß ein hartes Urteil. Wegnahme des Besitzes wegen eines einzigen Sackes Mehl.

War es nun Recht oder Unrecht? Ein Sack Mehl hätte vielleicht manchem damals das Leben retten können. Die Hungerschwindsucht, ärztlich als Tbc bezeichnet, grassierte in jener Zeit als Volkskrankheit. Auch ich litt darunter und sah viele Mitpatienten sterben. Doch dank der aufopferungsvollen Gesundheitsfürsorge, die ich erfuhr, und meiner anscheinend nicht schlechten Gene überlebte ich. Inzwischen bin ich 76 und hoffe, noch ein paar Jahre drauflegen zu können.

Ein Sack Mehl gegen ein Haus, das den Eigentümern Profit zu bringen versprach. Mehl, das Leben für ein paar Menschen bedeutet hätte. Wie setzt man hier die Prioritäten?

Nebenbei gesagt: Aus der beschlagnahmten Villa wurde ein Ferienhaus des FDGB, in dem sich jahrzehntlang Tausende und Abertausende Werktätige zu extrem günstigen Bedingungen erholen konnten. Nach Wiederherstellung der alten „Ordnung“ wurde das Haus sofort reprivatisiert. **Dieter Hainke, Magdeburg**



Fünf Minuten vor zwölf

Grafik: Klaus Parche

Die **Regionalgruppe Berlin** lädt zu ihrer Veranstaltung

Rußland heute – eine Bilanz der Präsidentschaft Putins

für den **18. Januar** um **16.30 Uhr** in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, alle Interessenten herzlich ein.

Genosse **Willi Gerns** aus Bremen, der sich als Rußlandexperte der UZ einen Namen gemacht hat, ist der Redner.

Am **19. Januar** findet in Cottbus, Gaststätte Brandenburger Hof, Friedrich-Ebert-Straße 33, ab **10.00 Uhr**, die Bildung der **Regionalgruppe Cottbus und Umgebung** statt.

Botschafter a. D. Rolf Berthold, Vorsitzender des RF-Fördervereins, berichtet über die

Ergebnisse der jüngsten Gesamtmittgliederversammlung in Berlin

Die **Regionalgruppe Güstrow** trifft sich am **31. Januar** um **15.30 Uhr** wie immer im Bürgerhaus, Sonnenplatz 1, mit dem Historiker und Publizisten **Dr. Norbert Podewin** aus Berlin. Er spricht über das Thema:

Droht ein neuer Faschismus?

Mitglieder, Leser und Gäste werden erwartet.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:
Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn
Dr. Erhard Kegel

Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Matho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Karl Schlimme
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:
Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
Heinrich Ruynat

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74